Free21
Credible news mounted on paper

DAS Magazin
Nr. 1, 5. Jg., Februar/2018
Im Netz: www.free21.org

Themen:

Eritrea – ein Stern in der Nacht Afrikas
Interview mit dem Dokumentarfilmer Fulvio Grimaldi ▶ SEITE 31

Wider die Identitätspolitik
Interview mit dem Philosoph Robert Pfaller ▶ SEITE 39

Reagans psychologische Kriegsführung
Informationen als Mittel der Manipulation ▶ SEITE 42

Wir sind Frieden
Unbekannte Friedensaktivisten auf die Bühne ▶ SEITE 46

Besetztes Land
Vor 100 Jahren versprach Großbritannien den Juden das Land der Palästinenser ▶ SEITE 49

Das Free21-Prinzip:

Bomben und Granaten aus abgereichertem Uran

Die Beiträge von Klaus-Dieter Kolenda und Frieder Wagner beschäftigen sich mit dem Einsatz dieser verheimlichten Massenvernichtungswaffen und zeigen die Folgen auf.

SEITE 3–12

Das Erdkampfflugzeug A-10 Thunderbolt II, Spitzname „Warzenschwein", ist das Hauptvehikel der US-Streitkräfte zum Abschuss von DU-Munition. Pro Sekunde können bis zu 60 Schuss der hochexplosiven, panzerbrechenden, radioaktiven Uranmunition verschossen werden. (Foto: public domain)

Nato-Krieg in Libyen basierte auf Lügen

Eine Untersuchung des britischen Parlaments aus dem Jahre 2016 verurteilte die Rolle Großbritanniens im Libyenkrieg scharf. ▶ SEITE 12

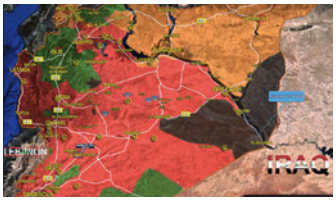
Syrien, Kurdistan und **das große Schachspiel**

Die in den westlichen Medien meist auf die Unterdrückung der Kurden verengte Sicht ist eine zu einseitige Betrachtung des Problems. ▶ SEITE 17

Die neuen Herren der Weltwirtschaft

Unternehmen, deren Geschäft man früher als „Vermögensverwaltung" umschrieben hätte, sind die neuen Herren der Weltwirtschaft. ▶ SEITE 25

Lange Schatten des **Greater Middle East**



Das Projekt für das neue (US-) amerikanische Jahrhundert bleibt trotz geänderter Kräfteverhältnisse aktuell. ▶ SEITE 21

Die Krim und das **Völkerrecht**

Ist Russland ein Aggressor, der fremde Gebiete erobert und annektiert? Interview mit Prof. Reinhard Merkel ▶ SEITE 28

Nur Mut! Aufruf zum zivilen Ungehorsam

Was wir noch heute von Stanley Milgram lernen können. Ein Aufruf von Katrin McClean ▶ SEITE 35

Free21

Credible news mounted on paper

DAS Magazin

Nr. 1, 5. Jg., Februar/2018 www.free21.org

Das Free21-Prinzip:

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spendenkonto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, 10369 Berlin, Karl-Lade-Str. 36a, E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Chefredakteur: Tommy Hansen

ViSdPR: Tommy Hansen, Bennigsenstraße 15, 12159 Berlin
Telefon: +49 176 57 91 28 83
E-Mail: info@free21.org

Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Der Krieg der Großen

Seit US-Verteidigungsminister Jim Mattis Anfang Januar die neue nationale Verteidigungsstrategie der USA vorgestellt hat, wird in den USA jetzt zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges über den kommenden „Big Countries War" geredet. Von Russland und China gehen „wachsende Bedrohungen" aus. „Revisionistische Mächte" wollen eine Welt schaffen, die mit ihren „autoritären" Staatsmodellen übereinstimmt, so Jim Mattis.

Der Regierung Chinas wirft das US-Verteidigungsministerium vor, mittels einer „räuberischen Wirtschaftspolitik" seine Nachbarstaaten einzuschüchtern. Damit beschäftig also die Wirtschaft in Fernost offenbar das amerikanischen „Verteidigungsministerium".

Bei der Präsentation der Strategie, die der Business Insider als eine Vorbereitung des „Großen Krieges" bezeichnet, hat Jim Mattis der Presse versichert, dass „das Strategiekonzept nicht auf ‚Konfrontation' mit Russland und China angelegt sei, der militärische ‚Wettbewerb' mit diesen beiden Staaten aber zugenommen habe."

Seit Jahrzehnten stimmen westliche Medien weitestgehend zu, wenn die USA in den Krieg ziehen – und das, obwohl die Kriege in Kuwait, Irak, Syrien usw. belegen, dass wir in der neueren Geschichte schon mehrfach bzgl. der Kriegsursachen belogen wurden. Jetzt steht also, aufgrund zunehmenden militärischen Wettbewerbs – vielleicht ein Krieg zwischen „den Großen" vor der Tür. Das wäre ein weiterer Krieg, der von den USA ausgeht, aber nicht auf amerikanischem Boden geführt wird.

Um es mit den Worten von George Friedman, Gründer des Thinktanks Stratfor und Berater für etliche Präsidenten der USA zu sagen: „Fast jede andere Industrie-Nation der Welt hat zerstörerische Kriege im 19. Jahrhundert erlebt. Die USA haben Kriege geführt, aber nie selbst erlebt. Militärmacht und geographische Realität haben zusammen eine ökonomische Realität erschaffen. Die Länder benötigten Zeit, um sich nach den Kriegen zu erholen, die USA nicht. Wir haben durch die Kriege Wachstum erlebt" („The Next 100 Years, A Forecast for the 21th Century, Doubleday 2009, Seite 17).

Nur drei Monate nach Beginn des Koreakrieges 1950 hatte sich die Flugzeugproduktion bedingt durch die Kriegsindustrie in den USA vervierfacht. Man kann aber auch sagen: Das Produktionspotential wurde vor dem Krieg nur zu 25% ausgenutzt, dank Krieg wurde die Produktion rentabel.

Laut offiziellen Angaben geben die USA rund 15% ihres gesamten Haushaltes für „Verteidigung" aus. Der wahre Betrag liegt aber deutlich höher, weil Dutzende von Regierungsinstitutionen auch im Militärisch-Industriellen Komplex tätig sind: darunter NASA, NOAA, CIA und andere. Hinzu kommen Aktivitäten in den riesigen Konzernen, die rund um die Forschungsprogramme entstanden sind, sowie die Förderung und Finanzierung durch die Finanzindustrie.

Das ist nichts Neues. Bereits Präsident Eisenhower hat klar vor dem Einfluss des Militärisch-Industriellen Komplexes gewarnt. Präsident Kennedy ebenfalls, er wollte die CIA sogar in „Tausend Stücke zersplittern". Zwei Präsidenten hintereinander haben uns eine deutliche Warnung gegeben, danach wurde es still. Seit den Morden auf Kennedy (1963) und dem schwedischen Premierminister Olof Palme (1986) ist jede Kritik gegen die USA und ihre Kriege verstummt. Fast alle europäischen Politiker des gesamten Spektrums stimmen zu, wenn die USA Kriegsvorbereitungen trifft. Und nun sind also Russland und China im Visier. Die USA haben 12 Flugzeugträger, Russland einen und China zwei. Wer will wen angreifen?

Putin nutzt jede Gelegenheit, um zu sagen, dass es allein aufgrund dieser Machtverhältnisse absurd sei, dass Russland den Westen angreifen wolle. Das hört aber niemand im Westen. Wir sind auf dem Weg in den großen Krieg.

Power to the Paper!
Tommy Hansen,
Chefredakteur

Bomben und Granaten **aus abgereichertem Uran**

Über den Einsatz dieser verheimlichten Massenvernichtungswaffen und den Arzt, der als Erster auf ihre Folgen hingewiesen hat.

von Klaus-Dieter Kolenda

Der folgende Text möchte aus der Sicht eines Mediziners über den verheimlichten Einsatz von Uranwaffen in den jüngsten Kriegen des Westens informieren und soll darüber hinaus eine Würdigung des deutschen Arztes Prof. Siegwart-Horst Günther sein. Dieser hat mehrere Jahrzehnte im Nahen und Mittleren Osten als Hochschullehrer gewirkt und war der Erste, der über den Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen und ihre Folgen im Irak, aber auch in Bosnien, Serbien und im Kosovo, die Öffentlichkeit unterrichtet hat.

„Highway of death", Irak 2003 (Foto: Christiaan Briggs, Flickr, CC-BY-SA)

Viele politisch interessierte Zeitgenossen kennen die Bilder aus dem Weltsicherheitsrat der UNO, die aus dem Jahre 2003 kurz vor dem zweiten Irakkrieg stammen und zeigen, wie der US-amerikanische Außenminister Colin Powell mit einem kleinen durchsichtigen Röhrchen in der Hand demonstriert, dass der Beweis unwiderruflich erbracht sei: Der Irak ist im Besitz von Massenvernichtungswaffen! Das war die Begründung und Rechtfertigung für den bald darauf beginnenden völkerrechtswidrigen zweiten Angriffskrieg gegen den Irak, der dieses Land völlig zerstört und eine verelendete Bevölkerung mit mehr als 1 Million toter Zivilisten und vielen hunderttausend verwundeten und kranken Menschen zurückgelassen hat [1]. Heute wissen wir, dass diese Begründung eine ungeheuerliche Lüge war.

Was Colin Powell verschwiegen hat und die meisten Zeitgenossen bis heute nicht erfahren haben, weil es in den Leitmedien seit langer Zeit kein Thema mehr ist: Schon im ersten Irakkrieg 1991 haben die USA und ihre Alliierten zum ersten Mal Massenvernichtungswaffen in Form von vielen Tonnen Bomben und Granaten aus abgereichertem Uran (englisch: depleted uranium, abgekürzt: DU), auch Uranwaffen oder Uranmunition genannt, eingesetzt [2].

DU ist ein billiges Abfallprodukt bei der Herstellung atomarer Brennstäbe aus Uran 235 für die Atomindustrie. Es enthält aber noch etwa 60 Prozent der Radioaktivität des ursprünglichen Uranerzes aufgrund seines hohen Gehaltes an Uran 238, einem langsam zerfallenden Alpha-Strahler mit einer Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren [2].

Wenn DU in den menschlichen Organismus gelangt, ist es doppelt gefährlich: Als Schwermetall ist es giftig und als Alpha-Strahler schädigt es mit seiner Strahlenwirkung die Gewebszellen in der Lunge und den übrigen Organen. Beim Einsatz von Uranwaffen, zum Beispiel gegen Panzer und Stahlbetonbauten, werden die getroffenen Ziele nicht nur in Sekunden zur Explosion gebracht, sondern ein Teil des Urangeschosses entzündet sich aufgrund der hohen Temperaturen durch die Reibungshitze. So entsteht ein Aerosol, das heißt, ein Metallgas aus mikroskopisch kleinen Partikeln DU, welches von den Menschen, die dem ausgesetzt sind, über die Atmung, aber auch über Nahrung und Trinkwasser, aufgenommen werden kann.

> „Uranwaffen schädigen den Körper in vielfältiger Weise und gefährden nicht nur die exponierten Personen, sondern auch ihre später gezeugten Kinder. Die häufigsten Gesundheitsschäden sind: Chromosomenschäden, die die Ursache für Missbildungen und Krebs sind, Schädigung der Nieren und des Nervensystems, angeborene Fehlbildungen, transgenerationelle Effekte.

Der Einsatz von Uranwaffen im ersten Irakkrieg wurde von den USA und Großbritannien aber zunächst geleugnet, bis der ehemalige US-Justizminister Ramsay Clark 1997 die verbrecherischen Praktiken des Pentagons mit seiner Streitschrift mit dem Titel „Metal of Dishonor" (wörtlich übersetzt: Metall der Unehre, damit ist abgereichertes Uran gemeint) offen gelegt hat [2].

Im zweiten Irakkrieg 2003 sollen es dann mindestens 2000 Tonnen Uranmunition gewesen sein, die gegen Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, Bunker und Bauwerke aus Stahlbeton abgeschossen wurden. Das hat zu den Folgen geführt, die von Frieder Wagner in seinen beiden Dokumentarfilmen, „Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra" aus dem Jahre 2003 und „Deadly Dust- Todesstaub: Uranmunition und die Folgen" aus 2007, so eindringlich aufgezeigt werden [3][4]. Sehr informativ und eindrucksvoll ist auch der Dokumentarfilm „Leiser Tod im Garten Eden" von Karin Leukefeld und Markus Matzel aus dem Jahre 2016 [5]. Alle genannten Filme können über YouTube aufgerufen und angesehen werden.

Uranwaffen: Ein Tabu-Thema in Deutschland

Claus Biegert, freiberuflicher Autor, Rundfunkjournalist und Filmemacher, hat in einem lesenswerten Buchbeitrag, der 2015 erschienen ist, beschrieben, wie das Thema Uranwaffen aus den Medien verschwand [2].

Im Januar 2001 hat der Journalist Siegesmund von Ilsemann, langjähriger Militärexperte des „Spiegel", die letzte Veröffentlichung zu diesem Thema geschrieben, die zu einer großen Mediendebatte führte. Der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping geriet unter Druck, weil Vorwürfe erhoben wurden, dass Uranwaffen auch im völker-

rechtswidrigen Krieg gegen Serbien und im Kosovo 1999 eingesetzt worden seien. Minister Scharping rechtfertigte den Einsatz und erklärte wörtlich:

> „Uran wird als Metall, nicht als strahlendes Material verwendet. Deshalb haben auch alle Untersuchungen ergeben, dass die Strahlung aus diesem Uran unterhalb der natürlichen Umwelteinflüsse liegt."

Claus Biegert hat diese Erklärung des Ministers treffend kommentiert: „Uran, das nicht strahlen soll, strahlt auch nicht! Der Minister als Magier" [2].

Scharping stellte daraufhin einen Arbeitsstab zusammen, der die Ungefährlichkeit der Uranmunition bestätigen sollte. Zum Leiter wurde Theo Sommer, der ehemalige Chefredakteur und Herausgeber der „Zeit", ernannt. Weitere Mitglieder waren ein Redakteur der „FAZ", ein Vertreter der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" und eine Reihe hoher Militärs. Auf Wissenschaftler glaubte man offensichtlich verzichten zu können. Der Arbeitsstab kam zu dem gewünschten Ergebnis, das dann im Sommer 2001 in der „Zeit" in einem Artikel von Gero von Randow mit dem Titel „Die Blamage der Alarmisten" veröffentlicht wurde. Seitdem wird das Thema in den überregionalen Leitmedien und der Regionalpresse in Deutschland bis auf seltene Ausnahmen nicht mehr aufgegriffen [2]. Im Gegensatz dazu haben sich aber alternative Online-Medien wie zum Beispiel die „Nachdenkseiten" mit dieser Thematik befasst und auch ausführliche Dokumentationen dazu veröffentlicht [6] [7] und [8].

Eine Erklärung für das Schweigen der Leitmedien über den Einsatz von Uranwaffen und dessen Folgen sei, meint Claus Biegert, dass mächtige Institutionen gar kein Interesse an einer Diskussion des Themas haben, denn das internationale Recht sieht vor: Für die Beseitigung von Kriegsmaterial, vergifteten Böden und Wasser sind die Verursacher verantwortlich. Für zivile Opfer müssten sie sich vor dem Internationalen Gerichtshof verantworten. Eine Ächtung der Uranwaffen schmälere nicht nur die Gewinne der Waffen- und Transportindustrie, sondern sie werfe auch Fragen der Entschädigung auf, die nicht vorgesehen waren [2].

Der US-amerikanische Außenminister Colin Powell mit einem kleinen durchsichtigen Röhrchen in der Hand als „Beweis" von Massenvernichtungswaffen in Irak - was Colin Powell aber verschwiegen hat: Schon im ersten Irakkrieg 1991 haben die USA und ihre Alliierten zum ersten Mal Massenvernichtungswaffen in Form von vielen Tonnen Bomben und Granaten aus abgereichertem Uran eingesetzt. (Foto: Wikimedia Commons CC 3.0)

Was meint die Wissenschaft zu diesem Thema?

Journalisten und Wissenschaftler, die sich mit der Tabu-Erklärung des Themas Uranwaffen nicht abfinden wollen, müssen immer wieder erleben, dass ihnen vorgeworfen wird, sie würden einer „Verschwörungstheorie" aufsitzen. Das ist ein Totschlag-Argument und bedeutet, dass die so Beschuldigten entweder naiv sind oder keine Ahnung von der Materie haben. Claus Biegert und Frieder Wagner ist es so ergangen und Prof. Günther ebenfalls. Deshalb wollen wir uns ansehen, was die Wissenschaft heute zum Thema Uranwaffen zu sagen hat.

Zu diesem Thema liegt seit 2012 eine Broschüre mit einem Report der deutschen Sektionen der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung" (IPPNW) und der „Internationalen Koalition zur Ächtung von Uranwaffen" (ICBUW) vor [9]. Dieser umfangreiche Report mit dem Titel „Die gesundheitlichen Folgen von Uranmunition. Die gesellschaftliche Debatte um den Einsatz einer umstrittenen Waffe" basiert auf 275 Literaturhinweisen und Anmerkungen. Aus den zahlreichen vorgestellten und kritisch bewerteten wissenschaftlichen Forschungen, Feldstudien und Rechtsexpertisen zum Thema wird deutlich, dass die einzige Konsequenz aus ärztlicher und politischer Sicht nur ein Uranwaffen-Verbot sein kann, um weiteres Leid von Zivilbevölkerungen und Militärpersonal zu verhindern und die Verseuchung unserer Umwelt über Millionen Jahre so gering wie möglich zu halten.

In der Zusammenfassung heißt es auf Seite 56 bis 57 dieser Broschüre [9], dass der Report unter anderem belegt:

> **Uranmunition unterscheidet in ihrer Mittel- und Langzeitwirkung nicht zwischen Kombattanten und Zivilisten.**

Inkorporiertes DU wirkt als Schwermetall chemotoxisch und als radioaktive Substanz radiotoxisch. Die chemischen und die Strahleneffekte ergeben einen Wirkungscocktail, bei dem oft nicht eindeutig zugeordnet werden kann, ob die Ursachen von der giftigen Wirkung des Schwermetalls oder von der Alpha-Strahlung des Urans herrühren.

Fest steht allerdings: Die beiden Schadwirkungen – Chemo- und Radiotoxizität – verhalten sich synergistisch, das heißt, sie verstärken im menschlichen Körper gegenseitig ihre spezifischen Zerstörungs- und Veränderungskräfte.

Uranwaffen schädigen den Körper in vielfältiger Weise und gefährden nicht nur die exponierten Personen, sondern auch ihre später gezeugten Kinder. Die häufigsten Gesundheitsschäden sind: Chromosomenschäden, die die Ursache für Missbildungen und Krebs sind, Schädigung der Nieren und des Nervensystems, angeborene Fehlbildungen, transgenerationelle Effekte, das heißt, schädigende Effekte können auch die Kindeskinder betreffen, und Fertilitätsstörungen, das sind Störungen der Fruchtbarkeit bei Männern und Frauen.

Die Gefahr, an Krebs zu erkranken, nimmt bei mit DU exponierten Personen sehr deutlich zu.

Abgereichertes Uran, das im Skelett gespeichert und in den Lymphknoten oder in der Lunge angesammelt wurde, verbleibt über Jahre bis Jahrzehnte im Körper. In den Körper eingedrungene DU-Splitter geben ihre giftigen Wirkstoffe und Strahlen lebenslang ab.

DU wird beim Aufprall teilweise zu einem Aerosol. Darunter versteht man ein Gemisch aus festen und flüssigen Schwebeteilchen in einem Gas. Die kleinsten Teilchen sind nur wenige Nanometer (Millionstel Millimeter) groß. Die dadurch bedingten Umweltfolgen sind mannigfaltig. Durch Wind und Wiederaufwirbelungen, zum Beispiel beim Pflügen, verteilt sich das Aerosol auf einer größeren Fläche.

Bei einer Treffergenauigkeit der uranhaltigen Waffen von ca. 10 % liegen viele Geschosse unerkannt bis zu einem Meter tief unter der

Publiziert auf Free21 am 11.12.2017, 23:35 Uhr, von Klaus-Dieter Kolenda auf www.nachdenkseiten.de, Lizenz: Klaus-Dieter Kolenda

Erde. Je nach Bodenbeschaffenheit wird die toxische Wirkung entweder „verkapselt“ oder es werden weitere Erdschichten oder das Grundwasser von Kontamination bedroht. Wetterbedingte Erosionen sind langfristig eine zusätzliche Gefahr.

Die Dekontamination muss großflächig erfolgen. Sie ist schwierig, aufwendig und teuer und gelingt in der Regel nicht vollständig.

Für die betroffenen Staaten auf dem Balkan oder dem Irak, aber auch für die Verwenderstaaten und die Weltgemeinschaft, stellt der Report weiterhin fest:

Die betroffenen Staaten müssen von den kriegführenden Parteien schnell umfassende Informationen über den Einsatz von DU-Munition erhalten und die betroffene Bevölkerung muss über die Risiken von DU-Munition informiert und im praktischen Umgang mit verseuchten Materialien geschult werden.

Die Verursacherstaaten und die Weltgemeinschaft sind in der Pflicht, die Gefahren für die Zivilbevölkerung und ihre Leiden so gering wie möglich zu halten, dies schließe auch fiskalische, das heißt, die Staatskasse betreffende Verantwortung für die Verwenderstaaten nachdrücklich ein.

Um das Ausmaß der gesundheitlichen Folgen des Einsatzes von DU-Munition einschätzen zu können, sind unabhängige epidemiologische Forschungen notwendig, die in erster Linie von den Verwenderstaaten zu finanzieren sind.

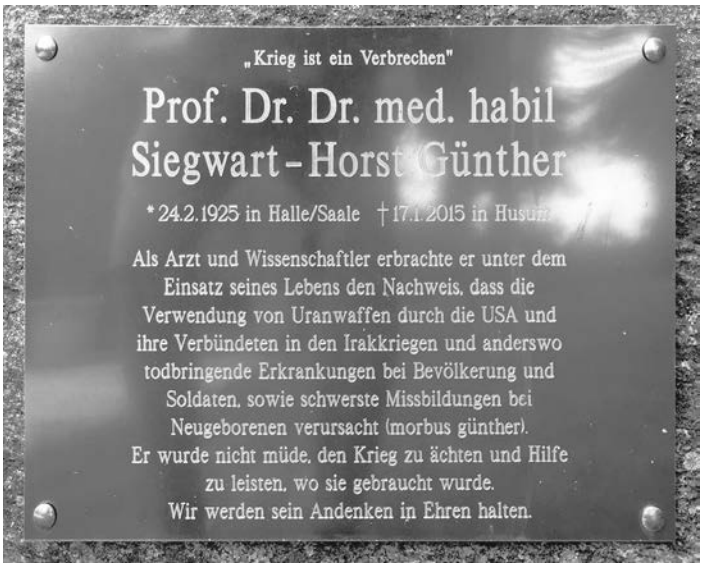
Weiterhin ist der Aufbau eines Fehlbildungs- und Krebsregisters von großer Bedeutung, da ohne solche Register die Vergleichsgrößen für wissenschaftliche Studien in den betroffenen Regionen fehlen.

Im vorliegenden Report wird auch das Völkerrecht daraufhin untersucht, ob die bestehenden zwischenstaatlichen Verträge beziehungsweise das Gewohnheitsrecht ein Verbot von DU-Munition ermöglichen. Obwohl sich die große Mehrheit der UNO-Mitglieder für ein Verbot von Uranwaffen ausgesprochen hat, sind uranhaltige Waffen ebenso wie Atomwaffen derzeit ja leider noch nicht explizit verboten.

Nach Meinung der Autoren des Reports könnte jedoch schon heute auf Grund der Bestimmungen des Humanitären Völkerrechts und speziell des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen für ein Verbot von Uranwaffen argumentiert werden, denn das Zusatzprotokoll verbietet Angriffe „… bei denen Kampfmethoden oder -mittel angewendet werden, deren Wirkungen nicht entsprechend den Vorschriften dieses Protokolls begrenzt werden können“. Grundsätzlich verboten ist eine Kriegsführung, die nicht zwischen Kombattanten und Zivilpersonen unterscheidet beziehungsweise die Umwelt schädigt. Mit dieser Argumentation setzt sich seit Jahren der Berliner Völkerrechtler Prof. Manfred Mohr, einer der Autoren des Reports und Sprecher der ICBUW, für eine Ächtung von Uranwaffen ein [9].

Die ICBUW Deutschland teilt auf ihrer Website mit, dass die UN-Generalversammlung der Vereinten Nationen die anhaltenden Befürchtungen über Gesundheitsrisiken von abgereichertem Uran anerkennt. Das Plenum der UN-Generalversammlung verabschiedete am 5. Dezember 2016 eine neue Resolution zu Uranwaffen mit 151 zu 4 Stimmen bei 28 Enthaltungen. Die Resolution ist die sechste angenommene Resolution seit 2007 [10].

Obwohl eine überwältigende Mehrheit der Staaten für die Resolution stimmte, enthielt sich eine kleine Minderheit. Rund die Hälfte davon sind EU- Mitgliedsstaaten, die zuvor durch das EU-Parlament zur Zustimmung aufgefordert worden waren. Deutschland, das die Resolution bis 2014 unterstützte, wurde von der ICBUW für seine Bemühungen kritisiert, die Sprache der Resolution zu schwächen und andere Staaten zur Enthaltung zu bewegen. Wie gewöhnlich wurde die Resolution von den USA, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Israel abgelehnt. Die erste Abstimmungsrunde über die Resolution fand nur wenige



Gedenktafel zum Prof. Siegwart-Horst Günther, ein deutscher Arzt, der Zusammenhänge zwischen der im Irakkrieg verwendeten Uranmunition von Seiten der USA und ihrer Alliierten und dem gehäuften Auftreten von Leukämien, Krebserkrankungen und Missbildungen bei Säuglingen und Kleinkindern schon 1991 vermutet. Er verstarb nach langer und schwerer Krankheit im Januar 2015

Tage nach dem Eingeständnis der USA statt, dass sie DU-Munition in Syrien eingesetzt haben [11].

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch noch, dass auf nationaler Ebene Gerichte sowohl in Italien als auch in Großbritannien in der jüngeren Vergangenheit Soldaten beziehungsweise deren Angehörigen Entschädigungen dafür zugesprochen haben, dass die Soldaten im Einsatz abgereichertem Uran ausgesetzt gewesen waren. In den USA verharrt die Rechtsprechung auf dem Stand, dass grundsätzlich keine Entschädigung für im Militärdienst erlittene Gesundheitsschäden gewährt wird [9].

Zum Abschluss dieses Kapitels soll noch auf eine epidemiologische Studie aufmerksam gemacht werden, die im Jahre 2010 in der in Basel herausgegebenen renommierten wissenschaftlichen Zeitschrift „International Journal of Environmental Research and Public Health“ erschienen ist und die zu dem Ergebnis kommt, dass die Region von Fallujah im Irak, die 2004 stark umkämpft gewesen ist, in 2005 bis 2008 eine höhere Rate an Krebs, Leukämie und Kindersterblichkeit aufgewiesen hat als Hiroshima und Nagasaki im ersten Jahr nach dem Atombombenabwurf [2][12].

Wer war Siegwart-Horst Günther?

Siegwart-Horst Günther war ein deutscher Arzt, der Zusammenhänge zwischen der im Irakkrieg verwendeten Uranmunition von Seiten der USA und ihrer Alliierten und dem gehäuften Auftreten von Leukämien, Krebserkrankungen und Missbildungen bei Säuglingen und Kleinkindern schon 1991 vermutet und als Erster bewiesen hat, dass die zurückgebliebenen Geschosshülsen auf den Schlachtfeldern, mit denen die Kinder dort spielten, aus abgereichertem Uran bestanden und radioaktiv strahlten.

Prof. Siegwart-Horst Günther verstarb nach langer und schwerer Krankheit im Januar 2015 in einem Alten- und Pflegeheim in meiner Heimatstadt Husum an der Nordsee mit fast 90 Jahren und ist dort begraben worden. In der regionalen Zeitung erschien eine Traueranzeige von seinem Freundeskreis. Ansonsten wurde sein Tod von den Medien totgeschwiegen. Es ist eine Schande, dass sein Tod den regionalen und überregiona-

len Medien keine Redaktionszeile wert gewesen ist!

Er hat uns aber zum Glück ein Buch hinterlassen, das spannend und lesenswert ist und autobiographische Skizzen von der Zeit seiner Kindheit und Jugend an bis in die Zeit nach dem zweiten Irakkrieg Anfang der 2000er Jahre enthält [13]. Und es gibt die zwei oben erwähnten erschütternden Dokumentarfilme von Frieder Wagner, die auf YouTube leicht aufgerufen werden können, so dass man jederzeit auf dem Monitor oder der Leinwand Prof. Günther erleben kann [3][4].

Siegwart-Horst Günther wurde 1925 in einem Dorf in der Nähe von Halle an der Saale geboren. Die Mutter war gebürtige Polin und stammte aus einer polnisch-jüdischen Familie. Wegen ihrer Herkunft gab es familiäre Auseinandersetzungen zwischen den Eltern, die auch das weitere Leben des Jungen geprägt haben. Der Vater, Lehrer an einer einklassigen Dorfschule, war streng konservativ und nationalistisch eingestellt. Seit 1931 waren beide Eltern in der NSDAP, ab 1935 begann eine Parteikarriere des Vaters, der stellvertretender Gauleiter von Halle wurde.

1931 erfolgte die Einschulung und 1935 der Wechsel an die Oberrealschule in Halle. Wegen Schulproblemen wechselte er dann 1939 an die Dr. Karl-Peters-Schule, die „Reichskolonialschule“, nach Berlin-Pankow, wo er bei einer Tante lebte. Er hatte dort eine glückliche Zeit bis zu seinem Abitur 1941. Hier wurde auch sein Interesse für fremde Länder geweckt.

1942 absolvierte er den Reichsarbeitsdienst, meldete sich anschließend mit 18 Jahren als Kriegsfreiwilliger und wurde als Offizier an der Ostfront eingesetzt, wo er mehrfach schwer verwundet wurde. Nach seiner Wiederherstellung kam er als Kurier im Bendler-Block (Kommando des Ersatzheeres in Berlin) zum Einsatz.

Nach dem fehlgeschlagenen Stauffenberg-Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde er verhaftet, mehrere Wochen im Gestapo-Gefängnis inhaftiert und danach in das KZ Buchenwald eingewiesen, wo er wegen seines schlechten Gesundheitszustands die Befreiung im April 1945 im Krankenrevier erlebte.

Unmittelbar nach der Entlassung aus dem KZ als „Muselmane“ (54 kg bei 1,86 m Körpergröße) begann er in der Hungerzeit nach 1945 sein Medizinstudium in Jena und legte dort 1949/50 das Staatsexamen ab. 1951 arbeitete er nachmittags als Assistenzarzt in der Universitäts-Frauenklinik in Jena und vormittags im dortigen Physiologischen Institut als Lehrbeauftragter und an einer tierexperimentellen Arbeit zum Thema weibliche Sterilität (Unfruchtbarkeit). 1953 erfolgte die Promotion. 1954 wechselte er an das Physiologische Institut der Humboldt Universität zu Berlin als Dozent und Vertreter des Institutsleiters, der in den Westen gegangen war. Im selben Jahr erfolgte die Habilitation. 1957 wurde er im Fach Physiologie zum jüngsten Medizinprofessor der DDR ernannt.

Im selben Jahr erhielt er einen Ruf an das Physiologische Institut der Universität Kairo und begann dort eine dreijährige umfangreiche Lehr- und Forschungstätigkeit über weibliche Sterilität und die weit verbreitete tropische Infektionskrankheit Bilharziose. 1960 bis 1963 war er als ordentlicher Professor für Pathophysiologie und Tropenmedizin an der Universität Damaskus tätig. 1963 bis 1965 hat er in Lambarene/Gabun bei Albert Schweitzer gearbeitet und Forschungsarbeiten über Lepra, Malaria und Elephantiasis durchgeführt. In seinem Buch findet sich eine eindrucksvolle Schilderung der damaligen Verhältnisse im Urwaldkrankenhaus in Lambarene, wo er eine sehr intensive und beglückende Zeit verbracht hat.

1966 bis Anfang der 1970er Jahre hat er Studien- und Forschungsaufenthalte in London im Institut für Tropenmedizin und in Glasgow in der Klinik für Dermatologie absolviert. Seine damaligen Arbeiten über die Heilwirkung der Vitamin-A-Säure bei Psoriasis und Lichen ruber planus, einer relativ häufigen Hauterkrankung, wurden für so innovativ eingeschätzt, dass sie für den Nobelpreis eingereicht wurden. Diesen erhielt Prof. Günther aber seiner Meinung nach deshalb nicht, weil er Ostdeutscher war.

Anfang der 1970er Jahre erfolgte eine erneute Tätigkeit in Kairo im Institut für Tropenmedizin, wo er weiter über die Bilharziose forschte und über dieses auch im Nahen und Mittleren Osten sehr weit verbreitete Krankheitsbild ein einschlägiges Fachbuch schrieb.

Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre war er als Chefarzt einer Dermatologischen Klinik in St. Peter-Ording in Schleswig-Holstein tätig. 1982 wurde er mit der ärztlichen Leitung eines Behandlungszentrums für Psoriasis am Toten Meer in Israel betraut. 1984 wurde ihm dort jedoch gekündigt, weil er aus einer Nazi-Familie stamme. Zu dieser Zeit musste seine Frau in St. Peter-Ording, die dort als niedergelassene Ärztin tätig war, antisemitische Beschimpfungen und Schmierereien erleiden. Seine Frau sei dem Druck nicht gewachsen gewesen, schreibt Prof. Günther, habe sich schließlich von ihm getrennt und sei mit den gemeinsamen Kindern nach Süddeutschland gezogen. Nach diesen und einer Reihe weiterer unglücklicher Erfahrungen kehrte Prof. Günther Ende der 1980er Jahre in die DDR zurück.

Im Oktober 1990 wurde Prof. Günther zu einer neuerlichen ärztlichen und Vortragstätigkeit in den Irak eingeladen. Nach dem ersten Irakkrieg 1991 machte er dort viele Reisen in Städte wie Bagdad, Basra und Mossul. Dieser Abschnitt in seinem Buch ist besonders eindringlich. Dabei stellte er fest, dass in den Krankenhäusern, die er besuchte und die er schon aus früheren Zeiten gut kannte, bei Kindern vermehrt Leukämien und Krebserkrankungen festzustellen waren, aber auch Missbildungen, die er vorher noch nicht gesehen hatte und die ihn an Tschernobyl erinnerten [13][14].

Er brachte diese erschreckenden Erkrankungen und Gesundheitsschäden mit Geschossen und Geschosshülsen in Verbindung, die auf den Schlachtfeldern in größerer Zahl verstreut herumlagen und mit denen die Kinder oft spielten und sie dabei zum Beispiel als Puppen anmalten. Um diese Fragen zu klären, verbrachte er mehrere dieser Geschosse im Diplomatengepäck mit nach Deutschland und ließ sie in verschiedenen Instituten in Berlin untersuchen. Dabei stellte sich heraus, dass die Geschosse aus strahlendem Uran bestanden.

Das bekam er von den Untersuchungsstellen schriftlich und hatte damit den Beweis, dass es sich bei den von ihm beobachteten gehäuften schweren Erkrankungen und Missbildungen bei den Kindern im Irak um strahlungsbedingte Schäden handeln könnte. Aber anstatt dass ihm für diese Entdeckung gedankt wurde, musste er sich wegen „illegaler Einführung von gefährlichen Stoffen“ vor Gericht verantworten und wurde zu einer Geldstrafe von 3000 DM verurteilt.

In den Jahren darauf folgte eine rege Vortragstätigkeit mit Radio- und Fernseh- Interviews weltweit, auch in der UNO, um dieses Kriegsverbrechen bekannt zu machen. Außerdem organisierte er verschiedene Hilfsprojekte für die Menschen im Irak. Er erhielt weltweite Anerkennung für dieses Engagement und wurde mit vielen Preisen und Ehrentiteln ausgezeichnet. 2007 erhielt er in Salzburg bei der 10. Preisverleihung des „Nuclear Free Future Awards“ diesen Preis in der Kategorie „Aufklärung“. Es handelt sich um eine bedeutende internationale Auszeichnung, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass 2016 diesen Preis die „Internationale Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen“ (ICAN) erhielt, die 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. In seiner Dankesrede sagte Prof. Günther damals [15]:

„Als ich 1991, nach dem 1.Golfkrieg entdeckte, dass die Alliierten in diesem für mich völ-

Publiziert auf Free21 am 11.12.2017, 23:35 Uhr, von Klaus-Dieter Kolenda auf www.nachdenkseiten.de, Lizenz: Klaus-Dieter Kolenda

kerrechtswidrigen Krieg Urangeschosse eingesetzt hatten, mit allen ihnen schon damals bekannten schrecklichen Konsequenzen, war ich wegen dieser Ungeheuerlichkeit zutiefst empört. Krieg ist sowieso eine furchtbare Sache und sollte heute obsolet sein, aber der Einsatz dieser Munition und Bomben aus abgereichertem Uran, ist eine Menschen und Umwelt verachtende Ungeheuerlichkeit.

Sie wissen vielleicht, dass meine Zeit mit Albert Schweitzer mich tief geprägt hat. Sein Credo: „Ehrfurcht vor dem Leben“ wurde auch mein Leitmotiv als Mediziner und Mensch. Und ich muss Ihnen sagen: Ich war nie ein sonderlich politischer Mensch, mich interessierten Menschen immer mehr als politisches Pokern. Die Ehrfurcht vor dem Leben ist bei mir erheblich größer, als vor Ämtern oder Institutionen. Ich komme daher mit dem Vorwurf gut zurecht, in meiner Naivität und Unbedarftheit wäre ich für die eine Seite ein nützlicher Idiot und für die andere Seite ein störrischer Quälgeist. Ich bin Arzt, meine Damen und Herren, mehr nicht!“

2003 erfolgte ein erneuter Besuch des Irak, aber auch von Bosnien, Serbien und dem Kosovo – zusammen mit dem Dokumentarfilmer Frieder Wagner. Daraus sind die beiden oben schon vorgestellten Filme entstanden [3][4].

Ich habe erst einige Monate nach seinem Tode in Husum von Siegwart-Horst Günther gehört und ihn deshalb nicht mehr persönlich kennenlernen können. Ich führe diesen Umstand auf das Tabu zurück, welches in den Medien über das Thema Uranwaffen im Allgemeinen und das Wirken von Prof. Günther im Besonderen bis heute besteht.

Ich habe mich dann mit den vorliegenden Informationen über ihn beschäftigt, wozu vor allem seine Bücher und die Filme von Frieder Wagner gehören. Aus den mir zur Verfügung stehenden Informationen habe ich den Schluss gezogen, dass Prof. Günther ein selbstloser, mitfühlender, mutiger Mensch und ein vorbildlicher Arzt und Wissenschaftler gewesen ist, der sich um die Gesundheit der Menschen verdient gemacht hat.

Als langjähriges Mitglied der IPPNW bin ich für die Herausgabe des von Kolleginnen, Kollegen und Wissenschaftlern erarbeiteten Reports über die gesundheitlichen Folgen der Uranmunition, aus dem ich in diesem Artikel ausführlich zitiert habe, dankbar. Es handelt sich um eine beachtenswerte wissenschaftliche Leistung, die eine wichtige aufklärende Funktion erfüllt und für die es derzeit wohl keinen Ersatz gibt. Prof. Günther wird in diesem Report zwar mit einem Satz erwähnt. Ich würde mir jedoch wünschen, dass die IPPNW nicht weiter über seine Verdienste schweigt und ihm posthum die Ehre erweist, die er verdient hat, damit er auch in Deutschland bei allen Menschen, die sich für die Bewahrung des Friedens einsetzen, in würdiger Erinnerung bleibt.

Quellen:

[1] Body Count. Opferzahlen nach 10 Jahren. “Krieg gegen den Terror”- Irak- Afghanistan- Pakistan. Herausgeber: PSR- Physicians for Social Responsibility, IPPNW Germany, Physicians for Global Survival. 1. Auflage, deutsche Version, September 2015

[2] Claus Biegert: DU: Das tödliche Kürzel. Wie das Thema Depleted Uranium aus den Medien verschwand. In: Ronald Thoden (Hg): ARD & Co. Wie Medien manipulieren. Band 1. Selbrund Verlag 2015, S. 160- 171

[3] Frieder Wagner: Dokumentarfilm „Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra“, Fernsehfassung, 44 min.

[4] Frieder Wagner: Dokumentarfilm „Deadly Dust- Todesstaub: Uranmunition und die Folgen“, Langfassung, 90 min.

[5] Karin Leukefeld und Markus Matzel: Dokumentarfilm: Irak: Leiser Tod im Garten Eden. Fernsehfassung, 44 min

[6] NachDenkSeiten: Krieg ohne Ende – Jens Wernicke im Gespräch mit Peter Jaeggi

[7] NachDenkSeiten: Vertuschter Skandal: Die tödlichen Wirkungen der Urangeschosse – Wolfgang Lieb

[8] NachDenkSeiten: Eine Frage der Ächtung – Wolfgang Lieb

[9] Die gesundheitlichen Folgen von Uranmunition- die gesellschaftliche Debatte um den Einsatz einer umstrittenen Waffe. Ein Report der deutschen Sektionen von IPPNW und ICBUW. 1. Auflage, Dezember 2012

[10] uranmunition.org

[11] uranmunition.org: Sechste UN-Resolution zu abgereichertem Uran (DU) – Ignoranz und Desinteresse seitens der Bundesregierung

[12] Busby C, et al. Cancer, Infant Mortality and Birth Sex-Ratio in Fallujah, Iraq 2005-2008. Int J Environ Res Public Health 2010, 7 [7], 2828- 2837

[13] Siegwart-Horst Günther: Zwischen den Grenzen. Mein Leben als Zeitzeuge. Verlag Park am See, Berlin 2006

[14] Siegwart-Horst Günther: Urangeschosse: Schwerbehinderte Soldaten, missgebildete Neugeborene, sterbende Kinder. Mit einem Geleitwort von Tony Benn, Margarita Papandreou &Freimut Seidel. Ahriman Verlag, Freiburg 1996

[15] Frieder Wagner: Eine Art Nachwort- und eine Hommage. In: Uranbomben. Die verheimlichte Massenvernichtungswaffe. Herausgeber: Frieder Wagner. Kai Homilius Verlag, Berlin 2010, S. 96-100

Autor:

Klaus-Dieter Kolenda

Jahrgang 1941, Prof. Dr. med., Facharzt für Innere Medizin und Facharzt für Physikalische und Rehabilitative Medizin, war von 1985 bis 2006 Chefarzt einer Rehabilitationsklinik und ist seit über 40 Jahren als medizinischer Gutachter bei den Sozialgerichten in Schleswig-Holstein tätig. Er hat zahlreiche wissenschaftliche Artikel und eine Reihe von Fach- und Sachbüchern über die Prävention chronischer Krankheiten verfasst. Zuletzt hat er auch sozialmedizinische und gesundheitspolitische Beiträge im Blog „Maskenfall“ veröffentlicht.

Dieser Text wurde zuerst am 16.11.2017 auf den Nachdenkseiten unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=41095› veröffentlicht. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

‹http://www.free21.org/?p=28557›

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

Ein Menschheits-verbrechen

Uranwaffen sind das größte Kriegsverbrechen unserer Zeit. Doch die Medien schweigen. Und die Regierung lügt.

von Frieder Wagner

Als Zielscheibe bei Cannon Range in der Nähe von Fort Leonard Wood, MO, verwendet, wurde dieser M113 Schützenpanzer wiederholt von 30 mm-Kugeln aus der A-10s 442nd Fighter Wing getroffen. Cannon Range, das von der Missouri Air National Guard betrieben wird, ist für das Training der A-10-Piloten im ganzen Land von entscheidender Bedeutung. Mit dem Erdkampfflugzeug A-10 wird ein Großteil der verwendeten Uran-Munition verschossen. (Foto der US Air Force / Maj. David Kurle, gemeinfrei)

Die USA setzen in ihrem Kampf gegen den IS in Syrien jetzt auch Uranmunition ein. Sie haben dazu zwölf A-10 Boden-Kampfflugzeuge „Thunderbolt 2“ nach Syrien verlegt. Das Pentagon hat nun zugegeben, diese für Mensch und Umwelt höchst gefährliche Waffe nun schon mindestens zweimal eingesetzt zu haben. Bisher hatte das Pentagon behauptet, in Syrien keine panzerbrechende Uranmunition einzusetzen, weil der IS kaum Panzer besitzt. Durch den Einsatz der neuen Waffe wurden aktuell 350 Tankfahrzeuge des IS zerstört. Diese sogenannten „weichen Ziele“ hätte man aber auch mit herkömmlicher Kriegsmunition vernichten können. Allein beim Einsatz gegen diese Tankfahrzeuge des IS wurden etwa 1,5 Tonnen Uranmunition aus abgereichertem Uran verschossen. Dieses abgereicherte Uran ist radioaktiv und hoch giftig. Bei einem Beschuss verbrennt dieses Uran bei Temperaturen bis zu 5000 Grad Celsius zu winzigsten Nanopartikeln, 100 Mal kleiner als ein rotes Blutkörperchen. Es entsteht also nach jedem Beschuss praktisch ein gasähnlicher Feinstaub, der weiterhin radioaktiv und hoch giftig ist, die Umwelt kontaminiert und so Gesundheit und Leben der Menschen bedroht.

Nach Hiroshima und Nagasaki sollten die Verantwortlichen eigentlich erkannt haben, was für eine furchtbare Katastrophe sie ausgelöst hatten. Eindringlich mussten sie erfahren, dass die radioaktive Strahlung dieser Bombe ganz schnell das Ende der Menschheit bedeuten könnte.

Diese Erkenntnis führte allerdings nicht zu einem generellen Verbot, sondern nur zu dem sogenannten Gleichgewicht des Schreckens durch die Atom- und Wasserstoffbomben. Die entsetzliche Gewissheit der gegenseitigen Vernichtung wurde zu einer vagen Garantie der Nichtanwendung dieser tödlichen Waffen. Während der Zeit der oberirdischen Atombombenversuche stieg jedoch weltweit beängstigend die Leukämierate bei kleinen Kindern an. Und sie sank erst wieder auf normalere Werte, als sich die Großmächte darauf geeinigt hatten, diese Versuche einzustellen. [1]

Zur gleichen Zeit hatte man damit begonnen, in allen Industrienationen Atomkraftwerke und Schnelle Brüter zu bauen. Der Bevölkerung wurde erzählt, dass damit sauberer Strom erzeugt würde und dass die Wiederaufbereitung der Brennstäbe für die Atomkraftwerke ein ewiger Kreislauf sei – von hochradioaktivem Müll sprach man ungern.

Die Katastrophe von Tschernobyl hätte die Anhänger dieser Technik eigentlich zu besseren Erkenntnissen führen müssen. Viele werden sich nach Tschernobyl noch an die Bilder von missgebildeten Kindern und Tieren erinnern, die nach dieser Katastrophe geboren wurden: Babys ohne Augen, ohne Beine und Arme, Tiere mit fünf Beinen oder zwei Köpfen, Babys, die ihre inneren Organe in einem Hautsack außen am Körper trugen. All diese armen Kreaturen lebten unter entsetzlichen Schmerzen nur wenige Stunden.

Solche furchtbaren Missbildungen musste ich wieder sehen, als ich für einen Fernsehfilm und später für einen Kinodokumentarfilm den Irak, Serbien, Bosnien und den Kosovo besuchte. Die Ursache für solche Missbildungen und für hoch aggressive Krebserkrankungen und Leukämien in diesen Ländern ist heute aber nicht mehr die Tschernobyl-Katastrophe, sondern die Anwendung von Uranmunition und -bomben durch die alliierten Streitkräfte in den vergangenen Kriegen (in Bosnien 1995, in Jugoslawien 1999, Afghanistan 2001, im Irakkrieg 2003 und dann auch in Libyen und in Syrien).

Was macht diese Uranwaffen für Mensch und Natur so gefährlich?

Uranmunition und Uranbomben sind die furchtbarsten Waffen, die heutzutage in Kriegen eingesetzt werden, weil sie die Menschheit unweigerlich in einen Abgrund führen. Eine der Folgen von Uranwaffen ist, dass sie bei Mensch und Tier zu Chromosomenbrüchen führt und so der genetische Code verändert wird. Das ist seit Jahrzehnten eine wissenschaftliche Tatsache, und der amerikanische Arzt Dr. Hermann Joseph Muller hat für diese Erkenntnisse bereits 1946 den Nobelpreis bekommen. [2]

Trotzdem haben die alliierten Streitkräfte in den vergangenen Kriegen so getan, als gäbe es diese Tatsache nicht: 1991, im ersten Irakkrieg, haben sie mindestens 320 Tonnen dieser Uranmunition eingesetzt. Aus einer vertraulichen Mitteilung des britischen Verteidigungsministeriums wissen wir inzwischen, dass nach ihren Erkenntnissen schon die Anwendung von 40 Tonnen dieser Uranmunition in bewohnten Gebieten zu 500.000 Nachfolgetoten führt und zwar durch die danach entstehenden hoch aggressiven Krebstumore und Leukämien. [3]

Als die alliierten Streitkräfte 1994/95 im Bosnienkrieg die Stadt Hadzici, 12 Kilometer von Sarajevo entfernt, mit GBU 28 Uranbomben angriffen, ahnten die Serben, dass die Bevölkerung durch die Bombardierung – womöglich durch das Einatmen des entstandenen „Bombenrauch-Gases“ – einer Kontamination ausgesetzt sein könnte. Sie siedelten

Publiziert auf Free21 am 29.12.2017, 08:56 Uhr, von Frieder Wagner auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC-BY-NC-ND 4.0

daraufhin fast 4000 Einwohner der Stadt in die nicht gefährdete Bergregion von Bratunac um. Aber es war zu spät, denn viele Menschen waren schon verseucht. Von den 4.000 Evakuierten starben in den nächsten Jahren 1.112 an aggressiven Krebserkrankungen und Leukämien – das heißt, über ein Viertel der Umgesiedelten. Unter der ursprünglichen Bevölkerung der Bergregion von Bratunac gab es dagegen keinen Anstieg solcher Krebserkrankungen. Der britische Journalist Robert Fisk schrieb darum zu Recht im „Independent“: „Man hätte auf die Grabsteine dieser Menschen schreiben können: Gestorben an den Folgen von Uranmunition.“ [4]

Uranwaffen werden aus abgereichertem Uran hergestellt. Abgereichertes Uran, englisch Depleted Uranium kurz DU, ist ein Abfallprodukt der Atomindustrie. Wenn man aus Natururan Brennstäbe herstellt, fallen viele Tonnen abgereichertes Uran an. Diese vielen Tonnen sind zwar als Alphastrahler nur schwach radioaktiv, müssen aber entsprechend entsorgt und bewacht werden und das kostet Geld, viel Geld. Dieses abgereicherte Uran, das als Schwermetall wie Blei auch noch hochgiftig ist, hat eine Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren. Das heißt, diese radioaktive Zeitbombe bleibt uns ewig, und inzwischen gibt es davon weltweit etwa 1,3 Millionen Tonnen und es werden täglich mehr.

So stellte sich alsbald die Frage: Wie wird man dieses radioaktive und hochgiftige Zeug wieder los? Da entdeckten die Waffenentwickler der Militärs, dass dieses Metall als Abfallprodukt sehr billig zu haben ist und für militärische Zwecke zwei ausgezeichnete Eigenschaften besitzt: Formt man dieses Metall zu einem spitzen Stab und beschleunigt ihn entsprechend, dann durchdringt er aufgrund seines enormen Gewichtes – fast doppelt so schwer wie Blei – Stahl und Stahlbeton, wie ein heißes Messer ein Stück Butter. Dabei entsteht an diesem abgereichertem Uranmetallstab ein Abrieb, der sich bei der enormen Reibungshitze von Temperaturen zwischen 3000 bis 5000 Grad Celsius selbst entzündet.

Das heißt, wenn sich ein solches Geschoss in Sekundenbruchteilen durch einen Panzer schweißt, entzündet sich das abgereicherte Uran explosionsartig und die Soldaten in dem Panzer verglühen.

2 bis 3 Sekunden später explodiert dann die im Panzer befindliche Munition und das Fahrzeug wird so völlig zerstört. Wegen dieser beiden Eigenschaften: Stahl wie Butter zu durchdringen und die Fähigkeit sich selbst zu entzünden und so wie ein Sprengstoff zu wirken, ist das Abfallprodukt „abgereichertes Uran“ heute bei den Militärs so beliebt.

Das ist aber noch nicht alles: Bei den hohen Temperaturen von bis zu 5000 Grad Celsius verbrennt das Urangeschoss zu keramisierten Nano-Partikelchen. Es entsteht praktisch ein Metallgas, das ebenfalls radioaktiv und hochgiftig ist. [5]

Auch amerikanische Militärwissenschaftlern kennen inzwischen die Tatsache, dass diese Nano-Partikelchen – eingeatmet oder mit der Nahrung aufgenommen – im menschlichen oder tierischen Körper überall hinwandern können: in sämtliche Organe, ins Gehirn, in die weiblichen Eizellen und in den männlichen Samen. [6]

Schon 1997 wurde bei 5 von 25 US-amerikanischen Veteranen, die seit dem 1. Golfkrieg Uranpartikel im Körper hatten, abgereichertes Uran im Sperma festgestellt. Überall, wo sich dieses Uran im menschlichen Körper ablagert, kann es – und das ist wissenschaftlich bewiesen – zu folgenden Krankheitsbildern kommen:

- einem Zusammenbruch des Immunsystems wie bei Aids mit ansteigenden Infektionskrankheiten,
- schweren Funktionsstörungen von Nieren und Leber,
- hoch aggressiven Leukämien und anderen Krebserkrankungen,
- Störungen im Knochenmark sowie,
- genetischen Defekten und Missbildungen mit Aborten und Frühgeburten bei Schwangeren, wie wir es auch schon nach der Tschernobyl-Katastrophe gesehen haben und jetzt auch wieder nach Fukushima. [7]

Die weltweit anerkannte Wissenschaftlerin Dr. Rosalie Bertell, die in Atomfragen auch die BRD beraten hat, sagt deshalb: „Es ist wissenschaftlich unbestritten, dass das abgereicherte Uran beim Verbrennen bei Temperaturen bis zu 5000 Grad Celsius einen unsichtbaren gefährlichen Metallrauch erzeugt. Dies allein stellt eine Verletzung des Genfer Protokolls für das Verbot des Gebrauchs von Gas im Krieg dar, denn Metallrauch entspricht juristisch einem Gas.“ [8]

Und Rosalie Bertell ist sich mit anderen renommierten Wissenschaftlern wie den US-Amerikanern Prof. Asaf Durakovic und Dr. Lennard Dietz, den deutschen Professoren Dr. Siegwart-Horst Günther und Dr. Albrecht Schott, und der kanadischen Geophysikerin Leuren Moret – um nur einige wenige zu nennen – darüber einig: Allein im Irak, wo im Krieg 2003 noch einmal circa 2000 Tonnen Uranmunition beziehungsweise -bomben eingesetzt wurden, werden in den nächsten 15 bis 20 Jahren etwa 5 bis 7 Millionen Menschen - Männer, Frauen und Kinder - an den Folgen der Anwendung dieser Uranwaffen sterben. Das wäre ein bewusst und willentlich herbeigeführter Genozid.

Die für diesen illegalen, völkerrechtswidrigen Krieg Verantwortlichen, der US-amerikanische Präsident George W. Bush und der ehemalige britische Premierminister Tony Blair, gehören beide aufgrund dieser Kriegsverbrechen eigentlich vor ein Kriegsverbrechertribunal wie dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Schon der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan hat 2003 den Irakkrieg für illegal, also für völkerrechtswidrig erklärt. Und auch das deutsche Bundesverwaltungsgericht hat diesen Krieg 2005 als völkerrechtswidrig eingestuft.

Trotzdem hörte man aus Den Haag nichts, obwohl in diesem Angriffskrieg nach Angaben der unabhängigen amerikanisch-irakischen „Lancet-Studie“ bis 2006 schon 600.000 zivile Opfer, die meisten durch US-Truppen getötet, zu beklagen sind. Und das ebenfalls unabhängige britische Opinion Research Business Instituts (ORB) ermittelte in 2008, dass im Irak über eine Million Menschen ums Leben kamen. Darüber hinaus wurden eine Million verletzt und fast 5 Millionen sind auf der Flucht wie wir heute nur zu gut wissen.

Durch die Anwendung dieser Uranmunition und -bomben sind im Irak, im Kosovo und natürlich auch in Afghanistan heute inzwischen ganze Regionen wegen radioaktiver und hochgiftiger Kontaminationen nicht mehr bewohnbar. Dies bestätigte schon 2007 eine Veröffentlichung der irakischen Presseagentur. Danach haben irakische Wissenschaftler in Untersuchungen festgestellt, dass durch die Bombardierung der Alliierten mit Uranbomben im Krieg 1991 und 2003 im Irak heute 18 Regionen nicht mehr bewohnbar sind und die Bevölkerung deshalb dort evakuiert werden muss. In dem Film „Leiser Tod im Garten Eden: Die Folgen der Golfkriege“ des Bayerischen Fernsehen vom 25. März 2015 ist inzwischen sogar von 30 solchen Regionen die Rede. [9]

Darüber berichtet keine der üblichen Zeitungen und auch die TV-Medien schweigen, denn Uranmunition und die Folgen sind ein Tabuthema geworden. Denn nicht die viel beschworene Klimakatastrophe ist heute die unbequemste Wahrheit, nein: Die unbequemste Wahrheit sind die Folgen der Uranmunition. Ich prognostiziere an dieser Stelle, und bin da mit vielen unabhängigen Wissenschaftlern weltweit einig, dass von den Tausenden eingesetzten deutschen Soldaten im Kosovo und in Afghanistan

– und das gilt natürlich für alle anderen Soldaten – etwa 30 Prozent durch Uranmunition kontaminiert nach Hause zurückkommen werden. Und diese Soldaten werden Kinder zeugen und werden, ohne es zu wissen, ihre Kontamination über die DNA an ihre Kinder und Kindeskinder weitergeben, mit allen furchtbaren Folgen von Missbildungen, Immunschwäche, Leukämie und Krebstumoren. Man darf auch nicht hoffen, das Problem wäre mit dem Tod dieser kontaminierten Soldaten gelöst, nein: ihre Kinder und Kindeskinder werden den deformierten genetischen Code weitergeben an ihre Kinder und Kindeskinder - wie bei einer Epidemie und wir werden nichts dagegen tun können. [10]

Die Ärzte im Krankenhaus von Kosovska-Mitrovica im Norden des Kosovo haben 30.000 Patienten klinisch untersucht, und zwar im Zeitraum von 1997 bis 2000. Während in der Vorkriegszeit die Zahl der malignen Erkrankungen mit 1,98 Prozent beziffert wird, stieg sie im ersten Jahr nach dem Kosovokrieg auf 5,45 Prozent an. Noch gravierender ist der Anstieg bei den Lungenkrebs-Erkrankungen. Hier verzeichnete man 1997 noch 2,6 Prozent Erkrankte, im Jahr 2000 dann aber 22 Prozent. Die am stärksten betroffene Bevölkerung ist dabei die der 30- bis 40-Jährigen, die als Soldaten im Kosovokrieg in der Region Pec eingesetzt waren. Dort sind von den Alliierten etwa zehn Tonnen Uranmunition eingesetzt worden. In der Schlussfolgerung heißt es in der Studie: „Auf Grund dieser Erforschung haben wir den bedeutenden Anstieg maligner Erkrankungen durch den Krieg und den Einsatz der Uranwaffen bewiesen.“ (Eine Kurzfassung der Studie liegt dem Autor vor.)

Serbien wird darum jetzt die NATO wegen des Einsatzes von Uranmunition und -bomben verklagen. Denn wegen der illegalen Bombardierungen mit Uranwaffen im Jahr 1999 und die dadurch verursachten Katastrophen für Mensch und Umwelt, hat

Ein Stück hochangereichertes Uran, das aus Schrott gewonnen wurde. (Foto: gemeinfrei)

Serbien ein internationales Expertenteam zusammengestellt, um diese Klage durchzusetzen. In diesem Team befinden sich Rechtsanwälte und Ärzte aus der Europäischen Union, aus Russland, China, Indien, der Türkei, Großbritannien und Serbien. Der Leiter dieses Teams ist der serbische Anwalt Srdjan Aleksic. Er sagt: „In Serbien erkranken inzwischen pro Jahr 33.000 Menschen an den Auswirkungen dieses Uranwaffeneinsatzes, Tendenz steigend”. Es ist zu hoffen, dass diese Thematik durch die Aktion der Serben wieder in das Bewusstsein einer größeren Öffentlichkeit kommt.

Was sagt die WHO zu dem Problem Uranmunition?

Nun könnte man an dieser Stelle fragen: Was sagt eigentlich die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu diesem Problem? Als das so genannte Golfkriegs-Syndrom und später das Balkan-Syndrom im Januar 2001 noch einmal groß Schlagzeilen machte, begnügte sich die WHO damit, eine vier Seiten lange Ausarbeitung zu veröffentlichen, die angeblich alles Wesentliche zu diesem Thema zusammenfasst. Doch dieser Text sollte vor allem die Öffentlichkeit beruhigen, er enthält nur sehr allgemeine Informationen. Wo die Verfasser genauer werden, ergeben sich Widersprüche zum aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand. Es heißt dort, die Strahlung – sofern sie überhaupt auftrete – überschreite nicht die zulässigen Grenzwerte: „Aus wissenschaftlicher Sicht erscheint es wenig wahrscheinlich, dass unter dem Militärpersonal im Kosovo eine erhöhte Leukämieanfälligkeit durch Kontakt mit abgereichertem Uran nachzuweisen ist.“ [11]

Warum diese Zurückhaltung? Recherchiert man ein wenig, erfährt man sehr schnell, dass die Weltgesundheitsorganisation 1959 mit der Internationalen Atomenergiekommission (IAEO) ein Abkommen geschlossen hat, das ihr die Befassung mit Fragen von Strahlung und Gesundheit nur mit Zustimmung der IAEO gestattet. In diesem Abkommen heißt es: „Wenn eine der beiden Parteien eine Aktivität oder ein Programm in einem Bereich beginnen will, der für die andere Partei von Interesse ist oder es sein könnte, wird sie die andere Partei konsultieren, um die betreffende Frage einvernehmlich zu regeln.“ [12]

Genau diese Verpflichtung auf eine „einvernehmliche Regelung“ erlaubt es der IAEO seither, fast alle Bemühungen der WHO zu unterbinden, mögliche Zusammenhänge von Strahlung und Erkrankungen in der Bevölkerung zu untersuchen.

Fragen wir heute einen Onkologen, warum weltweit Krebserkrankungen die Todesursache Nr. 1 sind und warum die Erkrankungen so rasant zunehmen, so wird er uns antworten, dass das mit der Umweltverschmutzung unserer Erde zu tun hat. Wenn wir den Mann dann weiter fragen, ob zu der Umweltverschmutzung auch die zunehmende Radioaktivität auf dieser Erde gehört, dann wird er uns antworten: Ja, die besonders. Und wenn wir ihn dann noch fragen, warum das so ist, wird er wahrscheinlich etwas verlegen mit den Schultern zucken.

Eine Erklärung gab dagegen die “Medical Tribune” am 29.01.2008, die leider kaum Beachtung fand. An dem Tag meldete sie:

„In einer gemeinsamen Pressekonferenz teilten die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Internationale Atomenergie Kommission (IAEO) mit, dass im Jahre 2005 weltweit 7,6 Millionen Menschen an Krebs gestorben sind. Im Jahre 2020 werden sich die tödlichen Krebserkrankungen dann auf weltweit 15 Millionen Tote pro Jahr verdoppeln, so WHO und IAEO. In den Jahren danach könnte diese Zahl dann sogar auf insgesamt 84 Millionen Krebstote pro Jahr anwachsen.”

Aus der Erklärung wurde nicht klar, ob die Ursache des Anwachsens dieser Zahlen auf eine radioaktive Verseuchung der Atmosphäre zurückzuführen ist. Journalisten befürchten das allerdings, weil WHO und IAEO eigentlich nur bei Meldungen im

Publiziert auf Free21 am 29.12.2017, 08:56 Uhr, von Frieder Wagner auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC-BY-NC-ND 4.0

Zusammenhang mit Radioaktivität und deren Folgen gemeinsame Erklärungen abgeben.

Nach einer Aussage des früheren WHO-Wissenschaftlers Dr. Keith Baverstock im Hörfunk von Bayern 2 am 4.12.2008, liegen allein im „Giftschrank" der WHO inzwischen 16 Studien beziehungsweise Faktensammlungen zu dem Thema „Uranmunition und gesundheitliche Folgen", die alle beweisen, dass gerade die beiden Komponenten: hohe Giftigkeit und Radioaktivität dieser Waffe sich gegenseitig kulminierend unterstützen und so die hoch aggressiven Krebserkrankungen hervorrufen. 16 Faktensammlungen, die bisher nicht veröffentlicht wurden – es ist unfassbar!

Die Bundesregierung lügt

Die Bundestagsfraktion Die Linke hatte schon im Frühjahr 2008 eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt mit einem Fragenkatalog zu den Folgen des Einsatzes der Uranmunition. Diese Fragen hat der Staatsminister Gernot Erler von der SPD im Namen der Bundesregierung beantwortet. Eine der Fragen lautete, ob der Bundesregierung Erkenntnisse über den Einsatz von Uranmunition in Afghanistan seit 2001 vorliegen und ob man die Soldaten entsprechend informiert hat?

Der damalige Staatsminister Gernot Erler antwortete dazu wörtlich: „Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse zu möglichen Einsatzorten beziehungsweise -zeiten von Munition mit abgereichertem Uran in Afghanistan seit 2001 vor." Und er fuhr fort: „Der Bundesregierung wird ein Einsatz von Munition mit abgereichertem Uran nicht angezeigt. Eine Informationspflicht hierzu besteht nicht."

Wie muss man dann aber eine Anweisung verstehen, die mir in Kopie vorliegt und die als „VS – Verschlusssache – Nur für den Dienstgebrauch" deklariert ist? Sie stammt aus dem Verteidigungsministerium, ist mit der Jahresangabe 2003 datiert und trägt den Titel „Leitfaden für Bundeswehrkontingente in Afghanistan".

Dort heißt es auf Seite 25 unter „1.3.3 Gefährdung durch DU-Munition": Bei der Operation „Enduring Freedom" zur Unterstützung der Nordallianz gegen das Taliban-Regime wurde durch US-Kampfflugzeuge unter anderem auch panzerbrechende Brandmunition mit DU-Kern eingesetzt.

Beim Einsatz dieser Munition gegen Hartziele wie Panzer und Kfz. entzündet sich das Uran auf Grund seiner pyrophoren Wirkung. Bei der Verbrennung entstehen besonders an und in den Zielen sesshafte toxische Stäube, die jederzeit aufgewirbelt werden können. DU-Munition kann deshalb bei ungeschütztem Personal toxische und radiologische Schädigungen hervorrufen:

- Gefahr einer Schwermetallvergiftung
- Gefahr durch sehr schwachen radioaktiven Strahler (… usw.)

Dieses Papier beweist, dass Staatsminister Gernot Erler das Parlament, den Parlamentspräsidenten und das Volk belogen hat, wenn er sagt, „der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse zu möglichen Einsatzorten von Uranmunition in Afghanistan seit 2001 vor".

Welche Schlüsse müssen wir daraus ziehen, dass uns Politiker derart belügen?

Die Gefahren der Uranmunition sind seit dem Golfkrieg von 1991 und dem Kosovo-Krieg 1999 öffentlich. Wer darum 2003 für den dritten Golfkrieg war, wie die heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel, stimmte nicht nur für einen völkerrechtswidrigen Krieg, sondern wissentlich und willentlich für einen kriegsverbrecherischen Einsatz von Uranmunition. In Berlin schloss deshalb im Juni 2004 eine Stellungnahme der damaligen stellvertretenden Vorsitzenden der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Dr. med. Angelika Claußen, über „die Folgen des Einsatzes von Uranmunition" mit folgender Zusammenfassung:

„Es ist aus ärztlicher Sicht zu kritisieren, dass wissenschaftliche Untersuchungsmethoden zu Uranwaffen nicht in den regierungsamtlichen Forschungen angewandt werden. So entsteht der Eindruck, dass die von der US-amerikanischen und der britischen Regierung durchgeführten Studien nicht der Aufklärung, sondern der Verschleierung der Ursachen dienen. Auch die Verweigerung des Sicherheitsrates auf Druck der US-Regierung, im Jahre 2001 systematische und breit angelegte Studien der WHO zur Ursachenaufklärung der Kinderkrebserkrankungen, insbesondere Leukämien, im Irak durchführen zu lassen, erhärtet den schweren und nicht von der Hand zu weisenden Verdacht, dass hier Ursachenverschleierung statt Ursachenaufklärung betrieben wird. Das alleine reicht aus, um von den Regierungen der Welt, also in der UN und im UN-Sicherheitsrat, ein striktes Verbot des Einsatzes von Uranwaffen zu fordern. Denn keine Macht dieser Welt hat das Recht, auf ihren selbstherrlich gewählten Kriegsschauplätzen die Menschen noch lange nach Beendigung der Kriegshandlungen zu vergiften und zu töten."

Der US-amerikanische Wissenschaftler und Arzt John W. Gofman, der an der Entwicklung der Hiroshimabombe mitgearbeitet hatte, schrieb schon 1979, nachdem er die verheerenden Folgen der niedrigen Alpha-Strahlung erkannte, in einem Offenen Brief, lange bevor hier in Europa über abgereichertes Uran und dessen Folgen diskutiert wurde: „Ich denke, dass mindestens 100 Wissenschaftler, die sich mit den biomedizinischen Aspekten der Niedrigstrahlung beschäftigt haben – mich, Gofman, eingeschlossen – Kandidaten für ein Nürnberg ähnliches Gericht sind, da sie und ich mit ihrer großen Nachlässigkeit und Verantwortungslosigkeit Verbrechen gegen die Menschheit begangen haben. Denn jetzt, wo die Gefahren niedriger Alpha-Strahlung bekannt sind, ist dies nicht mehr nur ein Experiment, das wir gemacht haben, sondern Mord." [13]

Die Bundesregierung sollte den Einsatz dieser Waffen ein Kriegsverbrechen nennen

Wenn sich die Bundesregierung heute als Freund der US-merikanischen Regierung bezeichnet, dann sollte sie – gerade als Freund – den Mut haben, einem Verbündeten zu sagen, dass er mit dem Einsatz solcher Uranwaffen nicht nur einen irreparablen Fehler an Mensch und Umwelt begeht, sondern ein Kriegsverbrechen. Ein solches Kriegsverbrechen muss entsprechend geahndet werden, auch und gerade von unserer Regierung. Denn die neuere und insbesondere die unabhängige Forschung hat hinreichend Beweise erbracht, dass Menschen, die durch Uranaerosole abgereichertes Uran aus solchen Waffen in ihren Körper aufgenommen haben – seien es Soldaten oder Zivilbevölkerung, aber eben vor allem Kinder und Jugendliche – einer schweren Gefährdung ihrer Gesundheit und ihres Lebens ausgesetzt sind. Und diese Gefährdung bleibt über viele Generationen. Das trifft besonders im Irak, in Afghanistan, im Kosovo und in Serbien zu, aber auch inzwischen weltweit, da diese gefährlichen Aerosole mit den atmosphärischen Winden um die ganze Erde getragen werden können. [14]

In der Urteilsbegründung des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals heißt es darum zu Recht:

> „Die Entfesselung eines Angriffskrieges ist das größte internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen dadurch unterscheidet, dass es in sich alle Schrecken vereint.

Der Bundesregierung und unseren Bundestagsabgeordneten sollten deshalb durch entsprechende Ansprache, Briefe, E-Mails klargemacht werden, welche Verantwortung sie tragen, wenn sie weiterhin Soldaten zum Beispiel nach Afghanistan und in den Kosovo schicken. Ihnen muss klar sein, dass sie die Verantwortung tragen, wenn diese Soldaten tot, verletzt oder durch die Folgen des Einsatzes von Uranwaffen kontaminiert nach Hause kommen und sterben. Nach Kriterien der Den Haager und Genfer Konvention ist der Einsatz von Uranwaffen längst verboten. Der Wissenschaftler Prof. Dr. Albrecht Schott aus Berlin nannte Uranmunition nicht nur eine Massenvernichtungswaffe, sondern sogar eine Ausrottungswaffe und ein absolutes Kriegsverbrechen.

Quellen:

[1] Helen Caldicott: The New Nuclear Danger, 2002, *<http://www.helencaldicott.com/books/the-new-nuclear-danger/>*

[2] Hermann Joseph Muller *<https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Joseph_Muller#cite_ref-1>*

[3] Robert James Parsons in „Le Monde Diplomatique" vom 16.02.2001, *<https://www.monde-diplomatique.fr/2001/02/PARSONS/1853>*

[4] Robert Fisk im brit. Independent: „Died of Depleted Uranium", 13. 01. 2001, Text aus dem Archiv: *<https://archive.commondreams.org/views01/0113-01.htm>*

[5] Universität Oldenburg: Information über Uran-Munition (Depleted Uranium, DU) *<https://www.uni-oldenburg.de/physik/forschung/ehemalige/uwa/rad/du/>*

[6] Miller, A. C., et al. Observation of radiation-specific damage in human cells exposed to depleted uranium: Dicentric frequency and neoplastic transformation as endpoints. Radiol. Protection Dosimetry 99(1–4):275–278, 2002

[7] Prof. Siegwart-Horst Günther: Neues Deutschland v. 28.10.91, Dziennik Polski v. 31.10.91, Neues Deutschland v. 3.4. u. 16.7.92

[8] International Journal of Health Services, Volume 36, Number 3, Pages 503-520, 2006, Archiv: *<http://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.2190/13JL-9LHM-FMR4-0V7B>*

[9] YouTube: Leiser Tod im Garten Eden: Die Folgen der Golfkriege [HD -Doku] *<https://www.youtube.com/watch?v=6gp8S2bW7p0>*

[10] Rosalie Bertell: „The Hazards of Low Level Radiation", *<http://www.ccnr.org/bertell_book.html>*

[11] „Fact Sheet Nr. 257", 12. Januar 2001, Weltgesundheitsorganisation, *<https://reliefweb.int/report/serbia/who-fact-sheet-n°-257-depleted-uranium>*

[12] Vertrag zwischen der Internationalen Atomenergie-kommission und der Weltgesundheitsorganisation, angenommen von der 12. WHO-Generalversammlung am 28. Mai 1959 in der Resolution WHA 12.40. Siehe Organisation mondiale de la santé, „Documents fondamentaux", 42. Aufl., Genf (WHO) 1999.

[13] J. W. Gofman 1990 in: „Radiation Induced Cancer from Low-Dose Exposures" und in einem offenen Brief von 1979 an Fachkollegen: Letter of Concern, May 11, 1999 – University of California, Berkeley

[14] Rosalie Bertell: „The Hazards of Low Level Radiation", *<http://www.ccnr.org/bertell_book.html>*

Dieser Text wurde zuerst am 09.11.2017 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/ein-menschheitsverbrechen› veröffentlicht. Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC-BY-NC-ND 4.0

Autor:

Frieder Wagner

Jahrgang 1942, ist Journalist, Filmemacher und Adolf-Grimme-Preisträger. Seit 1982 produziert er in Personalunion als Autor, Kameramann und Regisseur eigene, oft investigative Fernsehdokumentationen für ARD und ZDF. Seine für die WDR-Reihe „Die Story" gedrehte Dokumentation „Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra" über die Folgen des Einsatzes der Uranmunition erhielt 2004 den Europäischen Fernsehpreis. 2007 produzierte er den Kino-Dokumentarfilm „Deadly Dust – Todesstaub", der 2007 bei „Cinema for Peace" zum besten Dokumentarfilm nominiert wurde.

‹http://www.free21.org/?p=28614›

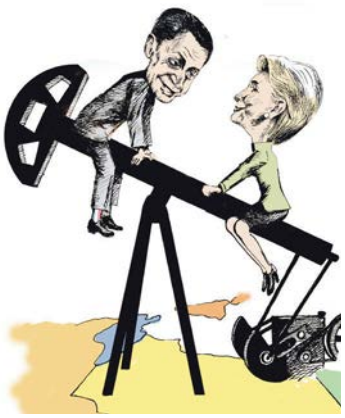
Wie **der NATO-Krieg 2011** gegen Libyen auf Lügen basierte

Britische Untersuchung: Gaddafi hatte keine Zivilisten massakriert und die westliche Bombardierung verschlimmerte den islamistischen Extremismus.

von Ben Norton

Ein Bericht des britischen Parlaments aus 2016 zeigt, dass der NATO-Krieg 2011 in Libyen auf einer Reihe von Lügen basierte. [1]

„Libyen: Untersuchung der Intervention und des Zusammenbruchs und die zukünftigen politischen Optionen des Vereinigten Königreichs" – eine Untersuchung des parteiübergreifenden Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des britischen Unterhauses verurteilt scharf die Rolle des Vereinigten Königreichs in dem Krieg, der die Regierung des libyschen Führers Muammar Gaddafi zu Fall brachte und das nordafrikanische Land ins Chaos stürzte.



„Wir haben keine Beweise dafür gesehen, dass die britische Regierung eine angemessene Analyse des Aufstands in Libyen durchgeführt hat", heißt es in dem Bericht. „Die britische Strategie basierte auf falschen Annahmen und auf einem unvollständigen Verständnis der Beweise."

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten kommt zu dem Schluss, dass die britische Regierung „nicht erkannt hat, dass die Bedrohung der Zivilbevölkerung übertrieben war und dass die Rebellen ein bedeutendes islamistisches Element beinhalteten".

Die Libyen-Untersuchung, die im Juli 2015 gestartet wurde, basiert auf über einem Jahr Forschung und Interviews mit Politikern, Wissenschaftlern, Journalisten und mehr. Der Bericht, der am 14. September 2016 veröffentlicht wurde, deckt das Folgende auf:

- Gaddafi plante nicht, Zivilisten zu massakrieren. Dieser Mythos wurde von Rebellen und westlichen Regierungen übertrieben, die ihre Intervention auf mangelnde geheimdienstliche Information gründeten.
- Die Bedrohung durch islamistische Extremisten, die einen großen Einfluss auf den Aufstand ausübten, wurde ignoriert – und die Bombardierung durch die NATO hat diese Bedrohung noch verschlimmert und dem ISIS eine Basis in Nordafrika verschafft.

Publiziert auf Free21 am 29.12.2017, 08:56 Uhr, von Frieder Wagner auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC-BY-NC-ND 4.0

- Frankreich, das die militärische Intervention initiierte, war durch wirtschaftliche und politische Interessen motiviert, nicht durch humanitäre.
- Der Aufstand – der gewalttätig und nicht friedlich war – wäre wahrscheinlich nicht erfolgreich gewesen, wenn er nicht militärische Unterstützung aus dem Ausland erhalten hätte. Auch ausländische Medien, insbesondere Qatars Al Jazeera und Saudi Arabiens Al Arabiya verbreiteten unbewiesene Gerüchte über Gaddafi und die libysche Regierung.
- Die NATO-Bombardierung stürzte Libyen in eine humanitäre Katastrophe, tötete Tausende von Menschen und vertrieb weitere Hunderttausende, wodurch Libyen aus dem afrikanischen Land mit dem höchsten Lebensstandard in einen vom Krieg zerrütteten, gescheiterten Staat verwandelt wurde.

Das Gerücht, dass Gaddafi Zivilisten massakriert, und der Mangel an Informationen

„Trotz seiner Rhetorik wurde die Annahme, Muammar Gaddafi hätte das Massaker an Zivilisten in Benghazi angeordnet, nicht durch die verfügbaren Beweise unterstützt“, stellt der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten klar.

„Muammar Gaddafi drohte zwar mit Gewalt gegen diejenigen, die gegen seine Herrschaft zu den Waffen griffen, aber das bedeutete nicht unbedingt eine Bedrohung für jedermann in Benghazi“, so der Bericht weiter. „Kurzum, das Ausmaß der Bedrohung für die Zivilbevölkerung wurde mit ungerechtfertigter Sicherheit dargestellt.“

Die Zusammenfassung des Berichts stellt auch fest, dass dem Krieg „keine genauen Informationen zugrunde lagen“. Er fügt hinzu, „US-Geheimdienstbeamte beschrieben laut Berichten die Intervention als eine ‚nachrichtendienstliche Entscheidung light‘“.

Das widerspricht völlig dem, was politische Persönlichkeiten im Vorfeld der NATO-Bombardierung behauptet haben. Nach gewaltsamen Protesten, die im Februar in Libyen ausbrachen, und nachdem Benghazi – die zweitgrößte Stadt Libyens – von Rebellen übernommen wurde, behaupteten vertriebene Oppositionelle wie Soliman Bouchuiguir, Präsident der in Europa ansässigen Libyschen Liga für Menschenrechte, dass, wenn Gaddafi die Stadt zurückeroberte, „es ein echtes Blutbad geben wird, ein Massaker, wie wir es in Ruanda gesehen haben“.

Im Bericht des britischen Parlaments wird jedoch festgestellt, dass die libysche Regierung Anfang Februar 2011 Städte von den Rebellen zurückerobert hatte, bevor die NATO ihre Luftangriffe startete, und dass Gaddafis Truppen keine Zivilisten angegriffen hatten.

Am 17. März 2011, zwei Tage vor Beginn der Bombardierung durch die NATO, sagte Gaddafi den Rebellen in Benghazi: „Werft eure Waffen weg, genau wie eure Brüder in Ajdabiya und anderswo. Sie haben ihre Waffen niedergelegt und sind in Sicherheit. Wir haben sie nie verfolgt.“

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten fügt hinzu, dass die libyschen Regierungstruppen, als sie im Februar die Stadt Ajdabiya zurückeroberten, keine Zivilisten angegriffen haben. Gaddafi „versuchte auch, die Demonstranten in Benghazi mit einem Angebot von Entwicklungshilfe zu beschwichtigen, bevor er schließlich Truppen einsetzte“, so der Bericht.

In einem anderen Beispiel zeigt der Bericht, dass nach den Kämpfen im Februar und März in der Stadt Misrata – der drittgrößten Stadt Libyens, die auch von Rebellen besetzt worden war – nur etwa 1 Prozent der von der libyschen Regierung getöteten Menschen Frauen oder Kinder waren.

„Die Diskrepanz zwischen männlichen und weiblichen Verlusten deutete darauf hin, dass das Gaddafi-Regime in einem Bürgerkrieg gezielt gegen männliche Kämpfer vorging und nicht wahllos Zivilisten angriff“, sagt das Komitee.

Hochrangige britische Beamte gaben bei der Parlamentsuntersuchung zu, dass sie Gaddafis tatsächliche Aktionen nicht in Betracht gezogen haben und stattdessen eine militärische Intervention in Libyen auf der Grundlage seiner Rhetorik forderten.

Im Februar hielt Gaddafi eine hitzige Rede, in der er die Rebellen bedrohte, die die Städte übernommen hatten. Er sagte, „sie sind nur sehr wenige“ und „es sind ein paar Terroristen“ und bezeichnete sie als „Ratten“, die „Libyen in die Emirate Zawahiri und bin Laden verwandeln“, indem er auf die Führer der Al-Qaida verwies.

Am Ende seiner Rede versprach Gaddafi, „Libyen Stück für Stück, Haus für Haus, Wohnung für Wohnung, Gasse für Gasse“ von diesen Rebellen zu reinigen. Viele westliche Medien deuteten jedoch an oder berichteten ganz offen, dass seine Äußerung als eine Bedrohung für alle Demonstranten gemeint sei. Ein israelischer Journalist popularisierte diese Zeile, indem er sie in ein Lied namens „Zenga, Zenga“ (arabisch für „Straße“) umwandelte. Das YouTube-Video mit der abgemischten Rede wurde weltweit verbreitet (siehe die Kommentare!!!) [2].

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten stellt in seinem Bericht fest, dass britische Amtsträger damals einen „Mangel an zuverlässigen Informationen“ hatten. William Hague, der während des Krieges gegen Libyen als britischer Außenminister fungierte, behauptete vor dem Komitee, dass Gaddafi versprochen habe, „von Haus zu Haus, von Zimmer zu Zimmer zu gehen und sich an der Bevölkerung von Benghazi zu rächen“, indem er Gaddafis Rede falsch zitierte. Er fügte hinzu: „Viele Leute werden sterben.“

„Angesichts des Mangels an verlässlicher Information hoben sowohl Lord Hague als auch Dr. Fox den Einfluss von Muammar Gaddafis Rhetorik auf ihre Entscheidungsfindung hervor“, heißt es in dem Bericht, der sich auch auf den damaligen Verteidigungsminister Liam Fox bezieht.

George Joffé, ein Wissenschaftler an der Universität King‘s College in London und Experte für den Nahen Osten und Nordafrika, sagte gegenüber dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, dass, während Gaddafi manchmal eine einschüchternde Rhetorik benutzte, die „ziemlich blutig sei“, Beispiele in der Vergangenheit zeigten, dass der langjährige libysche Führer „sehr vorsichtig“ vorgegangen sei, um zivile Opfer zu vermeiden.

In einem Fall bemerkte Joffé: „Statt zu versuchen, die Bedrohungen für das Regime durch den Osten der Cyrenaica mit Gewalt zu beseitigen, verbrachte Gaddafi sechs Monate damit, die dort ansässigen Stämme zu besänftigen.“

Gaddafi „wäre in der tatsächlichen Antwort sehr vorsichtig gewesen“, sagte Joffé in dem Bericht. „Die Angst vor einem Massaker an Zivilisten war bei Weitem übertrieben.“

Alison Pargeter, eine leitende Forscherin am Royal United Services Institute und Spezialistin für Libyen, die ebenfalls für die Untersuchung interviewt wurde, stimmte Joffé zu. Sie sagte dem Komitee, dass es keine „stichhaltigen Beweise dafür gibt, dass Gaddafi ein Massaker gegen seine eigenen Bürger vorbereitet hat“.

„Muammar Gaddafi gegenüber oppositionelle Emigranten haben die Unruhen in Libyen ausgenutzt, indem sie die Bedrohung der Zivilbevölkerung überbewertet und westliche Mächte ermutigt haben, einzugreifen“, fasst der Bericht die Analyse von Joffé zusammen.

Pargeter fügte hinzu, dass Libyer, die sich der Regierung widersetzten, Gaddafis Verwendung von „Söldnern“ übertrieben – ein Begriff, den sie oft als Synonym für Libyer subsaharischer Abstammung benutzten. Pargeter sagte, Libyer hätten ihr gesagt: „Die Afrikaner kommen. Sie werden uns massakrieren. Gaddafi schickt Afrikaner auf die Straßen. Sie töten unsere Familien.“

„Ich denke, dass da sehr viel verstärkt wurde“, sagte Pargeter. Dieser verstärkte Mythos führte zu extremer Gewalt. Schwarze Libyer wurden von libyschen Rebellen gewaltsam unterdrückt. Die Associated Press berichtete im September 2011: „Rebellenstreitkräfte und bewaffnete Zivilisten treiben Tausende schwarze Libyer und Migranten aus Sub-Sahara-Afrika zusammen.“ Sie stellte fest: „Praktisch alle Häftlinge sagen, dass sie unschuldige Wanderarbeiter sind.“

(Die Verbrechen von Rebellen an schwarzen Libyern setzten sich fort und wurden noch schlimmer. Im Jahr 2012 gab es Berichte, dass schwarze Libyer von Rebellen in Käfige gesteckt und gezwungen wurden, Flaggen zu essen. Wie Salon.com bereits berichtete, warnte Human Rights Watch 2013 auch vor „ernsten und andauernden Menschenrechtsverletzungen gegen die Einwohner der Stadt Tawergha, die weithin als Unterstützer von Muammar Gaddafi angesehen werden“. Tawerghas Einwohner waren zumeist Nachkommen schwarzer Sklaven und sehr arm. Human Rights Watch berichtete, dass libysche Rebellen „die Zwangsumsiedlung von etwa 40.000 Menschen durchführten sowie willkürliche Verhaftungen, Folterungen und Morde, die weit verbreitet, systematisch und ausreichend organisiert sind, um als Verbrechen gegen die Menschlichkeit qualifiziert zu werden.“)

Im Juli 2011 bestätigte der Sprecher des Außenministeriums Mark Toner, dass Gaddafi „jemand ist, der sich einer übertriebenen Rhetorik bedient“, aber im Februar haben westliche Regierungen diese Rhetorik als Waffe eingesetzt.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten stellt in seinem Bericht fest, dass die britische Regierung trotz mangelnder Informationen „sich in Libyen ausschließlich auf die militärische Intervention“ als Lösung konzentrierte und die verfügbaren Formen des politischen Engagements und der Diplomatie ignorierte.

Dies steht im Einklang mit der Berichterstattung der Washington Times, welche feststellte, dass Gaddafis Sohn Saif gehofft hatte, einen Waffenstillstand mit der US-Regierung auszuhandeln. Saif Gaddafi eröffnete in aller Stille die Kommunikation mit den Generalstabschefs, doch dann intervenierte Außenministerin Hillary Clinton und forderte das Pentagon auf, mit der libyschen Regierung nicht mehr zu sprechen. „Außenministerin Clinton will überhaupt nicht verhandeln“, sagte ein US-Geheimdienstbeamter zu Saif.

Im März hatte Außenministerin Clinton Muammar Gaddafi als „Kreatur“ bezeichnet, „die kein Gewissen hat und jeden bedrohen wird“. Clinton, die eine führende Rolle bei der Forderung nach dem NATO-Bombenüberfall auf Libyen spielte, behauptete, Gaddafi würde „schreckliche Dinge“ tun, wenn er nicht gestoppt würde.

Von März bis Oktober 2011 führte die NATO ein Bombardement gegen libysche Regierungstruppen durch. Sie behauptete, eine humanitäre Mission zum Schutz der Zivilbevölkerung zu betreiben. Im Oktober wurde Gaddafi brutal getötet – mit einem Bajonett von Rebellen sodomisiert. Auf die Nachricht über seinen Tod hin verkündete Außenministerin Clinton live im Fernsehen: „Wir kamen, wir sahen, er starb!“

Der Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten weist jedoch darauf hin, dass, während die NATO-Intervention als humanitäre Mission verkauft wurde, ihr vorgebliches Ziel an nur einem Tag erreicht worden ist.

Am 20. März 2011 zogen sich Gaddafis Truppen etwa 40 Meilen außerhalb von Benghazi zurück, nachdem französische Flugzeuge angegriffen hatten. „Wenn das primäre Ziel der Koalitionsintervention die dringende Notwendigkeit war, die Zivilbevölkerung in Benghazi zu schützen, dann war dieses Ziel in weniger als 24 Stunden erreicht“, heißt es im Bericht. Doch die militärische Intervention dauerte noch mehrere Monate.

Der Bericht erklärt, dass „die begrenzte Intervention zum Schutz der Zivilbevölkerung in eine opportunistische Politik des Regimewechsels getrieben war“. Diese Ansicht wurde allerdings von Micah Zenko, einem hochrangigen Mitarbeiter des Rates für Auswärtige Beziehungen, in Frage gestellt. Zenko benutzte NATO-eigenes Material, um zu zeigen, dass es „bei der libyschen Intervention von Anfang an um einen Regimewechsel ging“.

In seiner Untersuchung zitiert der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten einen Bericht von Amnesty International vom Juni 2011, in dem festgestellt wird, dass „die Berichterstattung in vielen westlichen Medien von Anfang an eine sehr einseitige Sichtweise der Logik des Geschehens vermittelt hat, die die Protestbewegung als völlig friedlich darstellt und immer wieder darauf hindeutet, dass die Sicherheitskräfte des Regimes unerklärlicherweise unbewaffnete Demonstranten massakrieren, die keine Sicherheitsherausforderung darstellen“.

Amnesty International sagte auch, dass es nicht in der Lage sei, Beweise für den Vorwurf zu finden, dass die libysche Regierung ihren Truppen Viagra gegeben und sie ermutigt habe, Frauen in von Rebellen bewohnten Gebieten zu vergewaltigen. Unter anderem hatte damals Außenministerin Clinton zu diesem unbewiesenen Mythos beigetragen.

Islamistischer Extremismus und die Verbreitung libyscher Waffen

Heute befindet sich in Libyen die größte Basis der mörderischen extremistischen Gruppe ISIS außerhalb von Irak und Syrien. Andere islamistische Gruppen haben nach der Zerstörung der libyschen Regierung große Teile des Territoriums eingenommen.

„Es ist nun klar, dass militante islamistische Milizen ab Februar 2011 eine entscheidende Rolle bei der Rebellion gespielt haben“, stellt der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten klar.

„Die Information über das Ausmaß, in dem extremistische militante islamistische Elemente an der Rebellion gegen Gaddafi beteiligt waren, war unzureichend“, so der Bericht. Er zitiert den ehemaligen britischen Verteidigungsstabchef David Richards, der „bestätigte, dass die Informationen über die Zusammensetzung der Rebellen-Milizen nicht so gut waren, ‚wie man es sich gewünscht hätte‘“.

Die Untersuchung fragte Richards, ob er wüsste, ob Mitglieder der libyschen islamischen Kampfgruppe, die der Al-Qaida angegliedert ist, an der Rebellion im März 2011 teilgenommen hätten. Er sagte, das sei „eine Grauzone“. Richards erinnerte sich daran, dass „seriöse Libyer dem Auswärtigen Amt versicherten“, dass islamistische Extremisten nicht von dem Aufstand profitieren würden, gab aber zu, „dass das im Nachhinein betrachtet bestenfalls Wunschdenken gewesen sei“.

„Die Möglichkeit, dass militante extremistische Gruppen versuchen würden, von der Rebellion zu profitieren, hätte nicht der Betrachtung im Nachhinein überlassen werden sollen“, kommentiert der Ausschuss. „Libysche Verbindungen zu transnationalen militanten Extremistengruppen waren vor 2011 bekannt, weil viele Libyer am Irak-Aufstand und in Afghanistan bei Al-Qaida teilgenommen hatten.“

Die Zerstörung der libyschen Regierung durch die NATO führte auch dazu, dass einige ihrer massiven Waffen- und Munitionsreserven „in die Hände der Milizen“ fielen und „durch Nord- und Westafrika und den Nahen Osten gehandelt wurden“, so der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten.

„Die Unfähigkeit der internationalen Gemeinschaft, die vom Gaddafi-Regime aufgegebenen Waffen zu sichern, hat die Instabilität in Libyen beflügelt und den Terrorismus in Nord- und Westafrika sowie im Nahen Osten ak-

Publiziert auf Free21 am 29.12.2017, 08:56 Uhr, von Frieder Wagner auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC-BY-NC-ND 4.0

tiviert und verstärkt“, stellt der Bericht fest.

Er zitiert eine Studie einer UNO-Expertenkommission, die die Waffen der ehemaligen libyschen Regierung in Algerien, Tschad, Ägypten, Gaza, Mali, Niger, Tunesien und Syrien gefunden hat. Die UN-Kommission stellte fest, dass „Waffen mit Ursprung in Libyen die militärische Kapazität terroristischer Gruppen, die in Algerien, Ägypten, Mali und Tunesien operieren, erheblich verstärkt haben“.

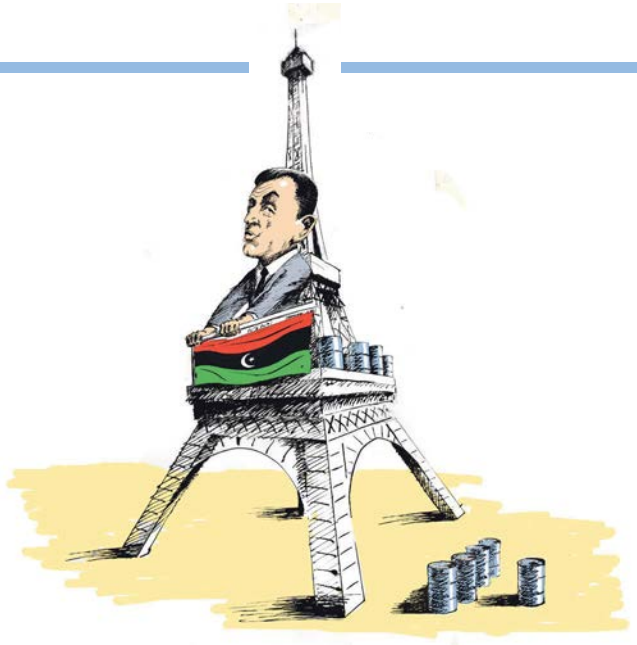
Eine frühere Studie des britischen Parlaments, die in dem Bericht zitiert wurde, fand auch heraus, dass libysche Waffen in den Händen von Boko Haram gelandet sind, der ISIS angehörenden extremistischen Gruppe, die Massaker an Zivilisten in Nigeria durchgeführt hat.

Der ehemalige Chef des Verteidigungsstabs Richards teilte der Untersuchung mit, dass Großbritannien gehofft habe, die Waffen und Munition der libyschen Regierung vor einer Beschlagnahmung zu bewahren, aber er könne sich nicht daran erinnern, dass die britische Regierung „irgendwas unternommen hat, um das zu erreichen“.

Die wirtschaftlichen und politischen Beweggründe Frankreichs

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten bestätigt, dass „Frankreich im Februar und März 2011 die Führung der internationalen Gemeinschaft übernommen hat, als es darum ging, die militärische Intervention in Libyen voranzutreiben“. Als nächstes kam das Vereinigte Königreich, gefolgt von den Vereinigten Staaten von Amerika.

Der Bericht stellt fest, dass die Hauptgründe für die von Frankreich forcierte militärische Intervention in Libyen in erster Linie Gaddafis „fast unerschöpfliche finanzielle Mittel“, die Pläne des libyschen Führers, eine alternative Währung zum französischen Franc in Afrika zu schaffen, „Gaddafis langfristige Pläne zur Ablösung Frankreichs als dominierende Macht im frankophonen Afrika“ und der Wunsch, „den Einfluss Frankreichs in Nordafrika zu verstärken“ waren.



Che Sarkozy (Foto: Valeriy Osipov/ Flickr / CC BY 2.0)

Anfänglich waren die Vereinigten Staaten von Amerika bezüglich einer militärischen Intervention in Libyen unentschlossen, heißt es im Bericht. „Es gab Spaltungen in der amerikanischen Regierung“, stellte die Untersuchung fest. Dies stimmt mit dem überein, was Präsident Obama seither gesagt hat (er nannte den Libyen-Krieg seinen „schlimmsten Fehler“) und was die New York Times in ihrer eigenen detaillierten Untersuchung herausgefunden hat.

Frankreich und das Vereinigte Königreich waren die ersten, die die internationale Gemeinschaft unter Druck gesetzt haben, eine Flugverbotszone in Libyen einzuführen, angeblich zum Schutz der Zivilbevölkerung, heißt es in dem Bericht. Sobald sie erst einmal eingerichtet war, drängten die Vereinigten Staaten von Amerika nichtsdestoweniger auf eine aggressivere militärische Intervention.

„Die Vereinigten Staaten waren maßgeblich daran beteiligt, die Bestimmungen der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates über die Einführung einer Flugverbotszone hinaus auf die Genehmigung ‚aller erforderlichen Maßnahmen‘ zum Schutz der Zivilbevölkerung auszudehnen“, heißt es in dem Bericht. „In der Praxis führte das zur Einführung einer ‚No-Drive-Zone‘ und zur angeblichen Berechtigung, das gesamte Befehls- und Kommunikationsnetz der libyschen Regierung anzugreifen.“

Der Bericht erläutert die Beweggründe Frankreichs und zitiert eine E-Mail vom April 2011 an die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton, in der es hieß: „Gaddafi verfügt über nahezu unerschöpfliche finanzielle Ressourcen, um auf unbestimmte Zeit weiterzumachen.“

„Gaddafis Regierung hält 143 Tonnen Gold und einen ähnlichen Betrag in Silber“, schrieb Clintons Assistent Sidney Blumenthal und zitierte „Quellen mit Zugang zu Beratern von Saif al-Islam Gaddafi“, Muammar Gaddafis Sohn.

Dieses Gold „sollte dazu verwendet werden, eine panafrikanische Währung auf der Grundlage des libyschen Gold-Dinar zu etablieren“, sagte Blumenthal und zitierte „sachkundige Personen“. Er fügte hinzu: „Dieser Plan sollte den frankophonen afrikanischen Ländern Afrikas eine Alternative zum französischen Franc bieten.“

„Französische Geheimdienstbeamte entdeckten diesen Plan kurz nach Beginn der aktuellen Rebellion, und das war einer der Faktoren, die Sarkozys Entscheidung, Frankreich zum Angriff auf Libyen zu verpflichten, beeinflussten“, schrieb Blumenthal und bezog sich dabei auf den damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy von der rechten Partei Union für eine Volksbewegung.

Die französischen Geheimdienstoffiziere gaben fünf Gründe an, die Sarkozy motivierten:

a. Der Wunsch, einen größeren Anteil an der libyschen Ölproduktion zu gewinnen,
b. Steigerung des französischen Einflusses in Nordafrika,
c. Verbesserung seiner innenpolitischen Situation in Frankreich,
d. dem französischen Militär die Möglichkeit zu geben, seine Position in der Welt zu behaupten,
e. die Besorgnis seiner Berater über Gaddafis langfristige Pläne, Frankreich als dominierende Macht im frankophonen Afrika zu verdrängen.“

Entscheidende Rolle ausländischer Intervention

Der Bericht des britischen Parlaments stellt fest, dass die NATO-Bombardierung „das militärische Gleichgewicht im libyschen Bürgerkrieg zugunsten der Rebellen verschoben hat“.

„Die Kombination von Luftüberlegenheit mit der Lieferung von Waffen, Geheimdienstinformationen und Personal (aus dem Ausland) an die Rebellen garantierte die militärische Niederlage des Gaddafi-Regimes“, fügt der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hinzu.

Die Resolution 1973, die im März 2011 vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet wurde und eine Flugverbotszone in Libyen vorsah, sollte eine „strikte Umsetzung des Waffenembargos sicherstellen“, heißt es in dem Bericht weiter. Aber „die internationale Gemeinschaft hat die Waffenlieferungen an die Rebellen ignoriert.“

Aufständische Bodentruppen innerhalb Libyens wurden durch Personal und Geheimdienstinformationen verstärkt, die vom Vereinigten Königreich, Frankreich, der Türkei, Qatar und den Vereinigten Arabischen Emiraten zur Verfügung gestellt wurden“, enthüllt die Untersuchung.

Der damalige britische Chef des Verteidigungsstabs David Richards berichtete der Untersuchung auch, dass das Vereinigte Königreich „ein paar eingebettete Leute“ mit den Rebellenkräften am Boden habe.

Richards betonte „das Ausmaß, in dem die Emiratis und die Qataris ... eine wichtige Rolle für den Erfolg der Bodenoperation spielten“.

Indem er The Guardian zitiert, stellt der Bericht fest, dass Qatar insgeheim Panzerabwehrraketen aus französischer Produktion an bestimmte Rebellengruppen geliefert hat. Qatar, eine theokratische Monarchie, „kanalisierte ihre Waffen eher an bevorzugte Milizen als an die Rebellen insgesamt“.

Außerdem erklärte Alison Pargeter, die Libyenexpertin, dem Komitee: „Ich denke auch, dass die arabischen Medien hier eine sehr wichtige Rolle spielten.“

Sie erwähnte Al Jazeera, einen qatarischen Nachrichtensender, und Al Arabiya, einen saudischen Nachrichtensender, in Bezug auf die Verbreitung unbegründeter Geschichten über Gaddafi und die libysche Regierung. „Diese Nachrichtenverkäufer brachten wirklich alles, und es stellte sich dann heraus, dass es nicht stimmte,“ sagte sie.

Humanitäre Katastrophe und Echos des Irakkriegs

Der Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten beschuldigt das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich, dass sie es versäumt haben, „eine Strategie zur Unterstützung und Gestaltung Libyens nach Gaddafi“ zu formulieren.

Das Ergebnis davon, so heißt es in der Zusammenfassung des Berichts, „war politischer und wirtschaftlicher Zusammenbruch, Krieg zwischen Milizen und Stämmen, humanitäre Krisen und Migrantenkrisen, weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen, die Verbreitung von Waffen des Gaddafi-Regimes in der Region und das Wachstum des ISIS in Nordafrika“.

Das Komitee beruft sich auf den World Report 2016 von Human Rights Watch:

„Libyen steuert auf eine humanitäre Krise zu, mit fast 400.000 Binnenflüchtlingen und zunehmender Unterbrechung der Grundversorgung wie Strom- und Brennstoffversorgung. Die in den Konflikt verwickelten Kräfte setzen ungestraft willkürliche Festnahmen, Folterungen, unrechtmäßige Tötungen, wahllose Angriffe, Entführungen und Verschwinden von Personen und die gewaltsame Vertreibung von Menschen aus ihren Häusern fort. Das innerstaatliche Strafrechtssystem brach in den meisten Teilen des Landes zusammen, was die Menschenrechtskrise verschärfte.“

Vor dem NATO-Bombardement 2011 war Libyen mit der höchsten Lebenserwartung und dem höchsten Pro-Kopf-BIP der reichste Staat Afrikas. In seinem Buch „Gefährliche Interventionen“ des ehemaligen indischen Vertreters bei der UNO Hardeep Singh Puri stellt dieser fest, dass Libyen vor dem Krieg einen geringeren Anteil an Armen in seiner Bevölkerung hatte als die Niederlande. Libyer hatten Zugang zu kostenloser Gesundheitsfürsorge, Bildung, Elektrizität und zinslosen Darlehen, und Frauen hatten große Freiheiten, die vom UN-Menschenrechtsrat im Januar 2011 am Vorabend des Krieges, der die Regierung zerstörte, begrüßt worden waren.

Heute ist Libyen so gefährlich, dass der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Unterhauses während seiner Ermittlungen praktisch nicht in das Land reisen konnte. Er nimmt in dem Bericht zur Kenntnis, dass eine Delegation Nordafrika im März 2016 besucht hat. Diese traf sich mit libyschen Politikern in Tunis, war aber „wegen des Zusammenbruchs der inneren Sicherheit und der Rechtsstaatlichkeit nicht in der Lage, Tripolis, Benghazi, Tobruk oder andere Orte in Libyen zu besuchen“.

Der Libyen-Bericht des britischen Parlaments kommt nur zwei Monate nach dem Chilcot-Bericht, der Untersuchung der britischen Regierung über den Irak-Krieg, der ebenfalls zugibt, dass die von den Vereinigten Staaten von Amerika angeführte Invasion des Irak auf zahlreichen Lügen basierte, und ebenfalls offenbart, dass der Krieg nur Al-Qaida und andere Extremisten stärkte.

Unter Berufung auf die Untersuchung des Kriegs gegen den Irak zieht der Libyen-Bericht Vergleiche zwischen dem Vorgehen der Regierung des ehemaligen Premierministers Tony Blair und dem von David Cameron. Im Jahr 2010 gründete Cameron den Nationalen Sicherheitsrat, der angeblich eine Form der Aufsicht bieten sollte, die vor der Invasion des Irak 2003 fehlte.

Der Libyen-Bericht fordert die britische Regierung allerdings auf, eine unabhängige Überprüfung des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) in Auftrag zu geben. Diese Überprüfung „sollte durch die Schlussfolgerungen der Irak-Untersuchung untermauert und geprüft werden, ob die Schwächen der Entscheidungsfindung in Bezug auf die Irak-Intervention im Jahr 2003 durch die Einführung des NSC behoben wurden“, heißt es in dem Bericht.

Im einzigen humorvollen Moment des anderweitig makabren Berichts fasst der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten die heutige humanitäre Lage in Libyen zusammen und schreibt: „Im April 2016 beschrieb der US-Präsident Barack Obama Libyen nach der Intervention als ‚Scheiß Show‘. Es fällt schwer, dieser prägnanten Einschätzung nicht zuzustimmen.“

Quellen:

[1] **House of Commons Foreign Affairs Committee, „Libya: Examination of intervention and collapse and the UK's future policy options“, am 14.09.2016,** *<https://publications.parliament.uk/pa/cm201617/cmselect/cmfaff/119/119.pdf>*

[2] **Muammar Gaddafi – Zenga Zenga Song – Noy Alooshe Remix,** *<https://www.youtube.com/watch?v=cBY-0n4esNY>*

Autor:

Benjamin Norton

Journalist und Autor mit Schwerpunkt US-Außenpolitik, Naher Osten, Medienkritik, Wirtschafts- und Sozialrecht.

Helfen Sie uns bitte bei unserer Arbeit mit einer Spende!

Free21

Nutzen Sie bitte dazu folgendes Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Dieser Text wurde zuerst am 16.09.2016 auf www.salon.com unter der URL ‹https://www.salon.com/2016/09/16/u-k-parliament-report-details-how-natos-2011-war-in-libya-was-based-on-lies/› veröffentlicht, von Klaus Madersbacher übersetzt und auf Antikrieg.com unter der URL ‹http://antikrieg.com/aktuell/2017_10_23_bericht.htm› veröffentlicht. Lizenz: antikrieg.com, Klaus Madersbacher.

‹http://www.free21.org/?p=28486›

Publiziert auf Free21 am 29.12.2017, 08:56 Uhr, von Frieder Wagner auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC-BY-NC-ND 4.0

Syrien, Kurdistan und das große Schachspiel

Was in westlichen Medien nicht berichtet wird.

von Jochen Mitschka

Wenn man den westlichen Medien folgt, sind die Kurden, die im Irak und natürlich auch in Syrien einen eigenen Staat gründen wollen, demokratisch legitimiert und berechtigt, endlich in einem solchen zu leben. Einige Linke glauben ernsthaft, dass die mit der Kurdischen Arbeiterpartei, PKK, eng zusammenarbeitenden Kurden in Syrien eine „sozialistische und emanzipatorische Revolution“ (Interview von Peter Schaber mit Cemil Bayik, Gründungsmitglied der PKK, Zitat von Bayik) beginnen.

Die Unterdrückung der Kurden in der autoritären Türkei und die Verbrechen an ihnen führen zu einer Verengung der Sicht und dazu, den Konflikt ausschließlich durch die, von eigenen weltanschaulichen Idealen gefärbte, kurdische Brille zu betrachten. Dies führt dazu, sich in diesem Konflikt ausschließlich ideologisch auf Seiten der Kurden zu positionieren. Deutschland bewaffnet Kurden im Irak, angeblich, damit sie gegen Terroristen kämpfen. Tatsächlich aber sollen die Waffen auch für ethnische Säuberungen und in einem sich abzeichnenden Krieg gegen die legitime Regierung des Iraks, gegen den Iran, die Türkei und Syrien verwandt werden. Und ausgerechnet die Jesiden, jene Gruppe, die die Kurden mit den deutschen Waffen beschützen sollten, klagen nun darüber, von ihnen bedroht zu werden. Es scheint, dass, kaum hat die syrische Regierung mit der Hilfe Russlands und anderer Verbündeter den zum großen Teil von den Golfdiktaturen und vom Westen unterstützten Terrorismus besiegt, nun die Kurdenfrage nahtlos zum nächsten Krieg führen soll. Die tödlichen Sanktionen gegen die Mehrheit der Menschen Syriens bleiben schon mal in Kraft. Und wer die Rückkehr der Flüchtlinge nach Syrien fordert, ohne die Forderung nach Abbau der Sanktionen gegen die Mehrheit der Syrer zu stellen, kurdischen Milizen aber Waffen liefert, macht sich unglaubwürdig. Schauen wir uns an, warum die Kurdenfrage in den deutschen Medien nur zur Hälfte berichtet wird.

Schach für drei. By Dr Jacek Filek (gemeinfrei)

Die Jagd auf russische Soldaten

Am 24. September 2017 wurden in einem nordöstlichen Gebiet Syriens, in dem von den USA geführte kurdische Kräfte und Verbündete sowie die legitime syrische Armee und Verbündete gegen ISIS kämpfen, drei hochrangige russische Führungsoffiziere getötet. Angeblich durch einen Beschuss der Terroristenorganisation ISIS. Kurz darauf tauchten russische Satellitenaufnahmen im Internet auf, die darstellen sollten, dass sich US-Spezialeinheiten mitten durch die ISIS-Terroristenstellungen bewegten, ohne einen Schuss abgegeben zu haben. Russland beschuldigte indirekt die USA der Zusammenarbeit mit ISIS und Analysten sahen die Tötung der russischen Offiziere als gezieltes Attentat von US-Spezialkräften, was nichts anderes als eine Kriegserklärung wäre. Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Konashenkow, erklärte [1]:

> „Massiver Mörser- und Artilleriebeschuss fand zweimal aus Gebieten westlich des Euphrats auf syrische Truppen statt, in denen SDF-Kämpfer und US-Special-Forces Basen errichtet hatten.

Bei dieser Konfrontation geht es um die Frage, wer zukünftig die ölreiche Region östlich des Euphrats kontrollieren wird: die mit US-Militärbasen unterstützten Kurden oder die legitime Regierung des Landes.

Schon in der Woche vor dem Zwischenfall erklärten russische Regierungsvertreter in einer ungewöhnlich scharfen Art, dass die USA ihre Angriffe mit Al-Kaida-Terroristen in der Provinz Idlib koordinieren würden, und warnten vor weiterer Eskalation. In Idlib hatte es einen gezielten Angriff einer übermächtigen Terroristen-Einheit auf russische Militärpolizisten gegeben, allerdings wurden bei dem Angriff der Terroristen zwar circa 800 Terroristen getötet und zahlreiche Panzer zerstört, auf Seiten der russisch-syrischen Kräfte hatte es jedoch lediglich drei verwundete Soldaten gegeben. Die offizielle Stellungnahme des russischen Militärs zu dem Angriff in Idlib lautete unter anderem [2]:

> „Für 24 Stunden war es den Aufständischen gelungen, die Verteidigungslinie der Regierungstruppen in einer Tiefe von 12 km und einer Breite von 20 km zu durchbrechen. Erhaltenen Informationen zufolge war diese Offensive durch US-Spezialeinheiten veranlasst worden, um den erfolgreichen Vorstoß der syrischen Armee in den Osten der Provinz Deir Ez-Zor zu bremsen. Die Gefangennahme einer Einheit der russischen Militärpolizei war eine der Aufgaben der Aufständischen. Die russischen Militärpolizisten operierten als Deeskalationsbeobachtungskräfte auf einem Beobachtungsposten. Als Ergebnis des Angriffs wurde die Kompanie der Militärpolizei (29 Personen) von den Aufständischen eingekesselt. […] Die Blockade wurde aufgebrochen. Einheiten der russischen Streitkräfte erreichten den Ort ohne eigene Verluste.“

Die gezielte Tötung von russischen Soldaten in Syrien war in den USA im Fernsehen z.B. von einem ehemaligen CIA-Direktor empfohlen worden, beide Angriffe kamen daher nicht unerwartet. [3]

Kurden wollen Gebiete, in denen sie die Minderheit stellen

Die Region Al Hasakah, die sich selbst zum föderalen kurdischen Staat in Syrien ernannt hatte, verfügt keineswegs über eine Bevölkerungsmehrheit, die aus Kurden besteht. Hier leben Christen, Armenier, Türken, Kurden und arabische Beduinen. Nur 40 Prozent der etwa 1,5 Millionen Einwohner sind ethnische Kurden. In Teilen der Region liegt ihr Anteil sogar unter 15 Prozent. Einige syrische Kurden leben in Homs und Damaskus und das seit Jahrhunderten. Sie sind vollständig in die Gesellschaft integriert, viele kämpfen auf Seiten der regulären syrischen Streitkräfte. Illegale kurdische Immigranten jedoch ließen sich im nördlichen Syrien nieder. Sie behaupten, unterdrückt zu werden, da man ihnen die syrische Staatsbürgerschaft verweigert. Jedoch sieht das syrische Gesetz vor, dass nur in Syrien Geborene das Recht auf die syrische Staatsbürgerschaft haben.

Hintergrund ist, dass beispielsweise der Anspruch palästinensischer Flüchtlinge auf ihr Land, von dem sie durch Israel vertrieben wurden, durch eine syrische Staatsbürgerschaft verloren gehen würde. 2011 machte der syrische Staat aber für kurdische Flüchtlinge eine Ausnahme. 150.000 Kurden wurde die syrische Staatsbürgerschaft zuerkannt. Das hielt kurdische Extremisten jedoch nicht davon ab, weiter illegale Immigration zu fördern und auf dieser Grundlage nun schließlich einen eigenen Staat zu fordern. Nachdem der syrische Staat, über viele Jahre hinweg, Kurden Schutz vor Verfolgung in der Türkei und dem Irak gewährte, wenden sich nun einige Anführer innerhalb der von ihnen beanspruchten Gebiete unter dem Banner einer „sozialistischen Revolution“ gegen das Land und die anderen Ethnien.

Durch Föderalismus drohen ethnische Säuberungen

Der Anführer der kurdischen Separatisten (der kurdischen Partei der Demokratischen Union, PYD) erklärte ganz offen seine Absicht, ethnische Säuberungen gegen arabische Syrer in der Region, die er jetzt Rojava nennt, durchzuführen.

> „Eines Tages werden jene Araber, die in die kurdischen Gebiete gebracht wurden, vertrieben werden, …

sagte Salih Muslim in einem Interview mit Serek TV. Und tatsächlich begann die kurdische Miliz YPG, arabische Dörfer in der Al Hasakah-Provinz niederzubrennen, offensichtlich in der Hoffnung, die demographische Veränderung zu erreichen, die zu einer Mehrheit notwendig ist. Es wird geschätzt, dass bisher Zehntausende von Dorfbewohnern so aus der Region vertrieben wurden. [4]

Aber nicht nur arabischstämmige Syrer, sondern auch assyrische Christen in Qamishili wurden durch die kurdische Miliz bedroht. Die YPG („Kurdische Volksverteidigungseinheiten“) griff einen Kontrollpunkt der Selbstverteidigungskräfte der Assyrer an, tötete einen und verwundete drei weitere Menschen. Der Kontrollpunkt war als Antwort auf einen Bombenanschlag gegen Restaurants im Dezember 2016 eingerichtet worden, der nach Meinung der Assyrer von Kurden begangen worden war.

Die Ermutigung der Kurden durch westliche Medien und Politik führt aller Wahrscheinlichkeit nach zu weiteren und schlimmeren Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Region. Der Anführer der den USA zugerechneten Truppen der kurdischen Miliz in Deir Ezzor, Syrien, heisst Abu Khawla, er konnte den USA 1000 Mann anbieten, und es gibt deutliche Hinweise, dass viele davon Elemente sind, die vorher auf der Seite von ISIS gekämpft hatten. Trotzdem überschwemmen die USA die Region mit Waffen und Munition. Endlose LKW-Kolonnen voller Waffen sollen die „demokratischen“, angeblich kurdischen Kämpfer ausrüsten. Und ganz plötzlich stehen dort, wo früher Einheiten von ISIS die Stellung hielten, „kurdische“ Einheiten, ohne dass ein Schuss abgegeben wurde.

Föderalismus aufgezwungen durch eine Minderheit?

Die anderen Ethnien in Syrien und in der Region, die die Kurden nun für ihren Staat beanspruchen, haben einen Föderalismus strikt abgelehnt. Eine Versammlung von arabischen Gruppen/Ethnien, die seit Jahrhunderten in der Region leben, und die Assyrische Demokratische Organisation (ADO) lehnten die Erklärung des föderalen Staates ab. In Genf lehnten sowohl die syrische Regierung als auch die „Opposition“ die Erklärung ab. Die kurdische Fraktion in der syrischen Nationalkoalition verurteilte die Föderalismuserklärung der PYD, auch weil sie in keiner Weise den Willen der Gesamtheit der kurdischen Bevölkerung in Syrien widerspiegelt. Voraussetzung für die Anerkennung wäre eine Änderung der Verfassung Syriens. 90 bis 93 Prozent der Bevölkerung sind keine Kurden und angesichts der Bedrohungen von außen will die Mehrheit der Bevölkerung nicht

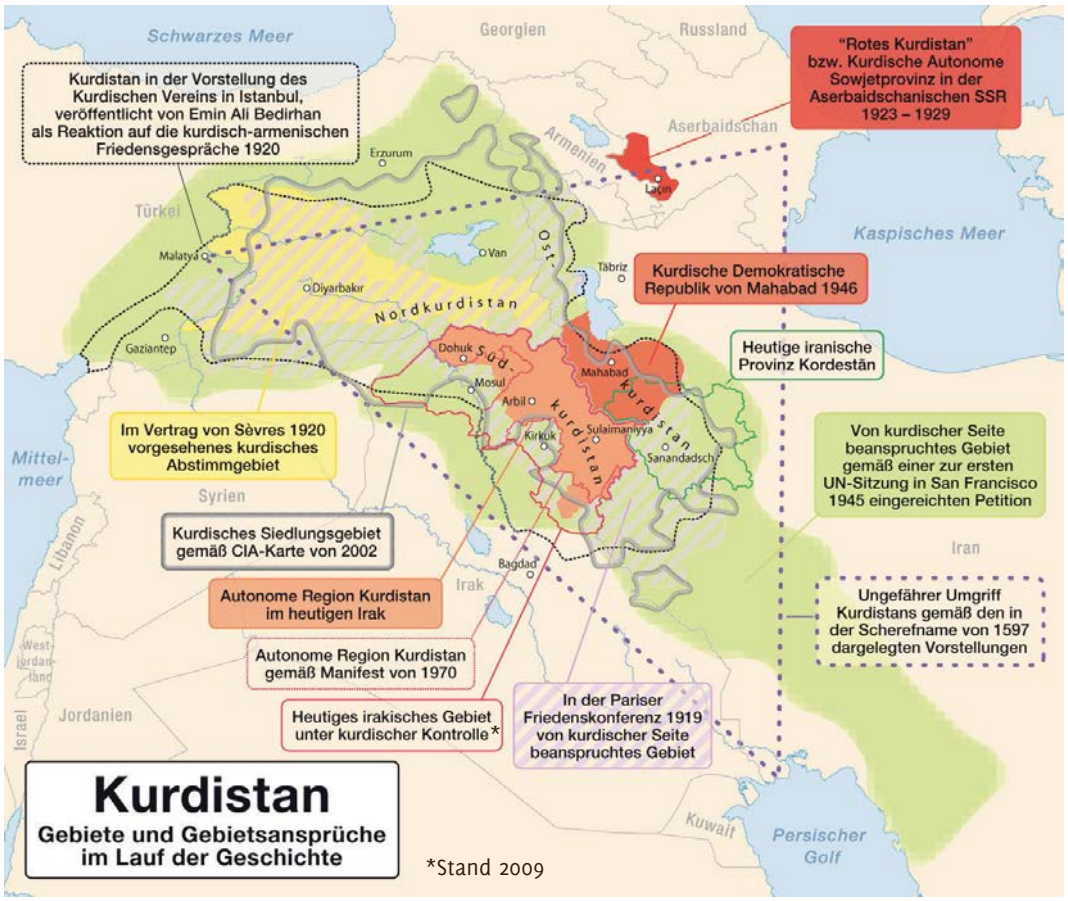
Ein Kämpfer der Freien Syrischen Arme lädt nördlich von Aleppo ein schweres M2-Browning-Maschinengewehr auf einem Kampf-Fahrzeug. By Mada Media (https://www.youtube.com/watch?v=K5eICgChSVI), CC BY 3.0

Publiziert auf Free21 am 03.11.20167, 12:51 Uhr, von Jochen Mitschka auf www.rubikon.news. Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0.

auf einen zentralen, starken Staat verzichten. Tausende Kurden sind zudem zu ISIS übergelaufen und lehnen ebenfalls die Föderalismuserklärung ab. Da die PYD um die breite Ablehnung sehr wohl weiß, hat sie z.B. den Einwohnern von Al Hasakah verboten, an den nationalen Parlamentswahlen, die im ganzen Land abgehalten werden, teilzunehmen. Das heißt, dass die PYD schon heute den Willen anderer Bürger unterdrückt, Schlimmeres ist zu erwarten.

Föderalismus, der auf der Basis einer einzigen Ethnie gegründet wird, ist nichts anderes als Rassismus.

Anscheinend soll dies nun den Zusammenhalt, die Toleranz und die Solidarität der Syrer spalten, nachdem der Versuch, dies durch einen religiös begründeten Krieg zu erreichen, nicht geglückt ist. Immer noch leben in Syrien viele Religionen, Ethnien und unzählige Flüchtlinge unter dem Schutz des Zentralstaates und wollen auf diesen auch nicht verzichten.



Kurdische Gebiete und Gebietsansprüche im Laufe der Geschichte. By Maximilian Dörrbecker (Chumwa), CC BY-SA 2.5

Noch ist nichts entschieden

Karin Leukefeld berichtet in einem Artikel in der jungen Welt, dass im Gebiet von Aleppo Kurden keineswegs einen eigenen Staat wünschen, sondern ihre Zukunft in einem geeinten Syrien sehen. [5]

> Die Kurden wollen keinen eigenen Staat, sie wollen gehört werden, mitreden und im Parlament vertreten sein. Sie wollen ihre Parteien, ihre Schulen, ihre Medien haben, aber keinen eigenen Staat«, zeigt ein Offizieller in Aleppo sich im Gespräch mit junge Welt überzeugt. Man arbeite zusammen und stehe in Kontakt. Letztlich wüssten auch die Kurden, dass der syrische Staat ihr Ansprechpartner sei, „nicht die US-Amerikaner und auch nicht Europa.

Wenn sich diese Erkenntnis in Syrien verbreitet und durchsetzt, besteht noch Hoffnung auf eine Begrenzung des Konfliktes. Leider ist die Politik Deutschlands aber der Vernunft genau entgegengesetzt. Einem Artikel von Heise zufolge wird nämlich im Irak gerade jene Fraktion der Kurden Barzanis unterstützt, die machtvoll für einen eigenen Staat eintreten [6]:

> Die türkische Regierung versucht über ihre Leitmedien, ähnlich wie die Bundesregierung, die Botschaft, die PYD sei eine Terrororganisation, in die Gehirne ihrer Bevölkerungen einzuhämmern. Gemeinsam wird daran gearbeitet, ein Bild der ‚bösen Kurden' einerseits - das sind die Mitglieder und Sympathisanten der PYD in Syrien und der PKK in der Türkei - und der ‚guten Kurden' andererseits - das ist die irakische Partei Barzanis, die KDP - zu zeichnen. Nach dieser Logik können die syrischen Kämpferinnen und Kämpfer der SDF, insbesondere die der kurdischen YPG/YPJ, und die Kämpferinnen und Kämpfer der türkischen HPG von der PKK wie auch die verbündeten ezidischen YPS nur ‚böse und terroristisch' sein, während die irakischen Peschmerga von Barzani und ihr im Shengal für Unruhe sorgendes Pendant, die ‚Rojava-Peschmerga', nur die ‚guten' Kämpfer sein können. […] Wie in der Türkei schon seit Langem, werden die Sympathisanten der YPG/YPJ seit einigen Wochen auch in Deutschland kriminalisiert. Innenminister de Maizière verfügte neulich ein Verbot der Symbole der syrischen Kurden - von den Truppen angefangen bis zu der kurdischen Studentenorganisation YXK. Inzwischen sind erste Verfahren wegen eines Verstoßes gegen das Verbot, diese Fahnen auf Demos in Deutschland zu zeigen, anhängig."

War die Türkei einer der Unterstützer Barzanis in der Vergangenheit gewesen, um das Gewicht der PKK/YPG innerhalb der kurdischen Gemeinschaft einzudämmen, so wandte sich nun Erdogan ab, und Analysten sehen mittelfristig sogar einen NATO-Austritt als möglich an, wenn sich der Westen nicht eindeutiger von einem kurdischen Staat distanziert. Dadurch würde sich eine Verschiebung der Machtverhältnisse ergeben, die schwer berechenbar ist.

Folgen der Bildung von „Kurdistan"

Die Bildung eines föderalen kurdischen Staates in Syrien ist absehbar nur der Beginn der Bildung eines großkurdischen Staates, der

auf den jetzigen Staatsgebieten des Irak, des Iran, der Türkei und Syriens gebildet werden soll. Wie unterschiedlich dabei die Vorstellungen sind, zeigt eine Karte Wikipedias mit den unterschiedlichen regionalen Ansprüchen im Verlaufe der Zeit [7]. Ein absehbar langjähriger Bürgerkrieg einerseits und immer stärker gefestigte Militärbasen der USA andererseits wären die Folge. Ein Horrorszenario, nicht nur für die betroffenen Staaten, aber eine verlockende „Teile und Herrsche"-Option für die USA.

Das zunehmende Abgleiten der Türkei in die Einflusssphäre Russlands, sein bereits seit Jahren bestehender Beobachterstatus in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), die auch als neuer Militärblock betrachtet werden kann, und der Kauf von Flugabwehrraketen aus Russland, womit die Anfälligkeit der zweitstärksten Armee der NATO für militärische Nötigungen der USA ausgehebelt werden soll, machen deutlich, wie entschieden die Gegnerschaft der Türkei gegen ein Kurdistan sein wird. Wenn dann Iran, Syrien und die Türkei gemeinsam gegen einen künstlich von den USA und insbesondere Israel geschaffenen kurdischen Staat vorgehen, dürfte von der NATO wohl wieder einmal die Karte „Responsability to Protect" ausgespielt werden, wodurch der Konflikt droht, unkontrolliert zu eskalieren. Ganz im Sinne jener, die alles unternehmen, um die Region in ständigem Kriegszustand zu halten, damit sie nicht auch noch zu einem Machtzentrum anwachsen kann, auf das der Hegemon kaum noch Einfluss hat.

So sind die Berichte über Tötungen russischer Offiziere in Syrien erst der Anfang einer Eskalationsspirale. Präsident Putin kann es sich angesichts der starken nationalistischen Bewegung in seinem Land nicht erlauben, diese Provokation unbeantwortet zu lassen. Ähnlich wie die Sanktionen ein Zusammenrücken des Landes hinter dem Präsidenten verursachten, statt eine Revolte gegen ihn, werden die in Särgen heimkehrenden Soldaten keine Erosion der Unterstützung für die Außenpolitik der Regierung zur Folge haben, wie dies in den USA während des Vietnamkrieges zu beobachten war. Wieder einmal liegen die außenpolitischen Strategen der USA vollkommen daneben, könnte man meinen. Es sei denn, man folgt den Argumenten der Verschwörungstheoretiker, die einen ewigen Krieg als Ziel des Establishments der USA zu erkennen glauben, nicht einfach diplomatische Unfähigkeit.

Deutschland ist mitten drin im Sumpf der geopolitischen Machtpolitik, die ganz in der Schule Machiavellis jede Ethik und Moral nur als nützliches Werkzeug ansieht, wenn sein tatsächliches oder angebliches Fehlen einem Gegner entgegengehalten werden kann. Kriege erscheinen in Deutschland nur noch bedrohlich, wenn sie das eigene Land betreffen. Die letzten Zeitzeugen der Schrecken des Krieges in Deutschland verschwinden, und so lange Kriege scheinbar weit entfernt stattfinden, hat der deutsche Wähler offensichtlich keine Probleme damit. Und auch die AfD wendet sich nicht gegen die Ursachen von Terrorismus in Deutschland, nämlich den Krieg zur Erreichung eines monozentrischen Hegemonialsystems, sondern gegen die Symptome. Und so ist der Umgang mit der Kurdenfrage in Syrien und den anderen Anrainerstaaten nur ein weiterer hegemonialer Schachzug, bei dem auch Deutschland wieder mitspielen möchte.

Quellen:

[1] **Moscow warns US any shellings of Russian task force by Syrian opposition will be thwarted** <*http://tass.com/politics/966732*>

[2] **Chief of the Main Operational Directorate of the Russian General Staff Colonel General Sergei Rudskoy held a briefing for media representatives** <*http://syria.mil.ru/en/index/syria/news/more.htm?id=12143004@egNews*>

[3] **Ex-CIA director who endorsed Clinton calls for killing Iranians and Russians in Syria** <*https://theintercept.com/2016/08/09/ex-cia-chief-who-endorsed-clinton-calls-for-killing-iranians-and-russians-in-syria/*>

[4] **PYD Leader Warns of War with Arab Settlers in Kurdish Areas** <*http://www.rudaw.net/english/middleeast/syria/24112013*>

[5] **Kurdische Fahnen in Aleppo** <*https://www.jungewelt.de/artikel/317525.kurdische-fahnen-in-aleppo.html?sstr=rojava*>

[6] **Nordsyrien: Die Zukunft der Kurden nach dem Fall von Rakka** <*https://www.heise.de/tp/features/Nordsyrien-Die-Zukunft-der-Kurden-nach-dem-Fall-von-Rakka-3726988.html*>

[7] **Umgriffe Kurdistans** <*https://commons.wikimedia.org/wiki/File%3AUmgriffe_Kurdistans.png*>, *By Maximilian Dörrbecker (Chumwa) CC BY-SA 2.5*

Autor:

Jochen Mitschka

Jahrgang 1952, kam 2009 mit seiner Frau aus Asien zurück nach Deutschland. Er veröffentlichte unter verschiedenen Pseudonymen Artikel und Bücher über Südostasien, nach 2009 auch über die Piratenpartei. In letzter Zeit schreibt er vorwiegend unter eigenem Namen. Er übersetzt politische Bücher wie „Dirty War on Syria" von Tim Anderson, schrieb ein Buch über die Ukraine-Krise, das er auf academia.edu veröffentlichte, und übersetzte zuletzt das Buch von Kees van der Pijl „Der Abschuss – Flug MH17, die Ukraine und der kalte Krieg". Als Jo Menschenfreund bloggt er über Demokratie, Medien und internationale Krisen und schreibt, was man in deutschsprachigen Medien meist vergeblich sucht.

Dieser Text wurde zuerst am 11.10.2017 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/syrien-kurdistan-und-das-grosse-schachspiel› veröffentlicht. Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0.

‹http://www.free21.org/?p=28240›

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

Die langen Schatten des **Greater Middle East**

Die Hegemonial-Stellung der Vereinigten Staaten von Amerika bröckelt an allen Ecken und Enden. Auch wenn es die Sprache der seit Januar 2017 amtierenden US-Regierung nicht unbedingt vermuten lässt, berücksichtigt diese in ihrem praktischen Tun durchaus die geänderten Kräfteverhältnisse. Das zeigt auch deren offizielle Politik in Syrien. Damit jedoch ist die Maschine des Projekts für das neue (US-)amerikanische Jahrhundert mitnichten stillgelegt. Die aktuellen Ereignisse im Nahen Osten zeigen es auf.

von Peter Frey

Das Project for the New American Century (PNAC) war eine neokonservative Denkfabrik, die bereits zu Zeiten der Regierung von Bill Clinton ins Leben gerufen wurde. Sie campierte im Gebäude des American Enterprise Institute, einer weiteren konservativen Denkfabrik mit großem Einfluss auf die Politik der USA. [1][2][3]

Hinter dem PNAC standen Leute wie Dick Cheney, Richard Perle und Donald Rumsfeld (mit später höchsten Ämtern in der Bush Junior-Regierung), Francis Fukujama, Steve Forbes, Eliot Abrams, William Kristol und Robert Kagan. Letztere schufen nach Auflösung des PNAC im Jahre 2006 die Foreign Policy Initiative (auch PNAC 2.0 genannt), welche das Konzept von PNAC weiterführte. Weisen wir noch darauf hin, dass William Kristol einer der führenden Journalisten beim Weekly Standard ist, zugehörig dem Medien-Giganten Fox News des Milliardärs Ruppert Murdoch. [4][5]

PNAC wie Foreign Policy führten einen Begriff in den politischen Sprachgebrauch ein, der den territorialen Rahmen für eine Neugestaltung des Nahen und Mittleren Ostens wie des nordafrikanischen Raumes vorgab: Greater Middle East. [6]

Dazu verfasste die der deutschen Regierung nahestehende Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) im Jahre 2005 einen Beitrag, der erstaunlich deutlich den wahren Zweck des Projekts offenlegte:

„Die US-Regierung präsentierte ihr Drei-Säulen-Modell während des G8-Gipfels von Sea Island im Juni 2004. Doch neben dieser Demokratisierungsabsicht verfolgt die US-Regierung mit großem finanziellen und personellen Aufwand ein anderes Greater Middle East-Projekt mit unverkennbar hegemonialpolitischen Zielen […]“ [7]

Im Einzelnen sah das so aus:

„[…] erstens: die Beseitigung der „Schurkenstaaten“ in Afghanistan und im Irak, anschließend die Etablierung von neuen, in den USA ausgebildeten und neoliberal geschulten Führungseliten und die Durchführung von Wahlen […]“ [8]

Die Umsetzung dieser wahnwitzigen Ideen war im Jahre 2005 bereits in vollem Gange; die Folgen für die beiden betroffenen Staaten katastrophal.

„[…] zweitens: das unter der Bezeichnung Partnership for Peace formulierte bilaterale Abkommen zur Einrichtung von möglichst vielen militärischen Stützpunkten wie in Afghanistan, Irak, Usbekistan, Turkmenistan, Aserbaidschan und in den Öl-Scheichtümern am Persischen Golf […]“ [9]

Die Bindung ehemaliger sowjetischer Teilrepubliken an die US-Militärmacht ist teilweise erfolgt. Über sie wurde der Sanitare Cordon zu Russland an deren südwestlichen Grenzen vollzogen. In diesen Prozess lassen sich auch die Ereignisse des Jahres 2008 in Georgien einordnen. [10] Das entspricht gänzlich den geostrategischen Vorstellungen, welche Zbigniew Brzezinski in seinem kurz vor der Gründung des PNAC verfassten Buch „The Great Chessboard“ formulierte.

Doch in diesem Artikel soll es (erneut) speziell um Syrien gehen und da lesen wir im Jahre 2005(!):

„und drittens: Kooperation mittels Geld und Waffen mit allen den USA freundlich gesinnten Staaten. In der Logik dieser Programmatik ist kurz- oder mittelfristig auch ein Regimewechsel in Syrien und vor allem im Iran nicht ausgeschlossen.“ [11]

Syrische Regierungstruppen bei der Eroberung der von ISIS-Terroristen kontrollierten T-2-Pumpstation nahe der Stadt Al-Bukamal an der Grenze zum Irak im September 2017. Quelle: southfront.org, Foto: AFP PHOTO / George Ourfalian, Lizenz: CC-0.

Ein Jahr später sprach die US-Außenministerin Condoleeza Rice von einem (leider erforderlichen) „kreativen Chaos“ und verkündete die „Geburtswehen eines Neuen Nahen Ostens“ und dieser Begriff wurde von Denkfabriken (auch in Deutschland) wie Medien beständig verbreitet. [12][13] Sie tat das bei der Eröffnung eines neuen Ölhafens an der türkischen Küste, „zufälligerweise“ jenes Hafens, über den acht Jahre später das durch den IS geraubte syrische Öl abgefertigt wurde. [14] Das Konzept des Neuen Nahen Ostens geht eng mit den Planungen des Greater Middle East zusammen. Die schlimmen Ergebnisse dürfen wir heute genau im abgesteckten Gebiet des Greater Middle East betrachten.

Daher ist es wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen:

Erstens war der versuchte Sturz der Regierung Assad nachweislich kein Ergebnis eines spontanen Volksaufstandes. Und zweitens bekommen die Aktivitäten der westlichen Militärs im Irak und Syrien den richtigen Kontext – und der heißt NICHT Kampf gegen Terroristen, sondern KAMPF MITTELS TERRORISTEN. Was die deutsche Beteiligung am Syrien-Krieg betrifft, heißt das nämlich, dass Deutschland auch militärisch ganz klar auf der Seite von Terroristen steht! Das wollen wir im Folgenden noch etwas mehr herausarbeiten.

Das schwarze Loch al-Tanf

Der russische Außenminister Sergej Lawrow wird nicht müde, der US-geführten Koalition, die in Syrien und dem Irak unter dem Namen Inherent Resolve operiert, eine koordinierte Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Islamischen Staat anzubieten:

> **„We would like the United States and the coalition it leads to feel free to coordinate its operations with the Syrian army and the Russian aerospace group." [15]**

Auch dieses am 4. Oktober 2017 unterbreitete Angebot Russlands lehnte die US-Regierung nicht ab. Doch gleichermaßen windet sie sich um eine explizite Zusage; seit Monaten. Sie glauben, der US-Präsident hätte die Macht, einfach die Segel in Syrien neu zu setzen? Genau dieses Maß an Macht wird – aus meiner Sicht – bei Trump und seiner Regierung zu hoch angesetzt. Er muss taktieren – und die Fraktion, welche das Greater Middle East und damit die Dinge in Syrien in Fluss brachte, tut das (als mehr oder weniger Gegenspieler) auch.

Der südöstliche Teil Syriens stellte sich militärisch gesehen am 12. Oktober 2017 so dar. Uns wird im Weiteren (wieder einmal) der grün dargestellte Bereich im unteren Bildteil beschäftigen. Dort positionieren sich noch immer Militärs verschiedener NATO-Staaten um den Stützpunkt al-Tanf. [vgl. b1]

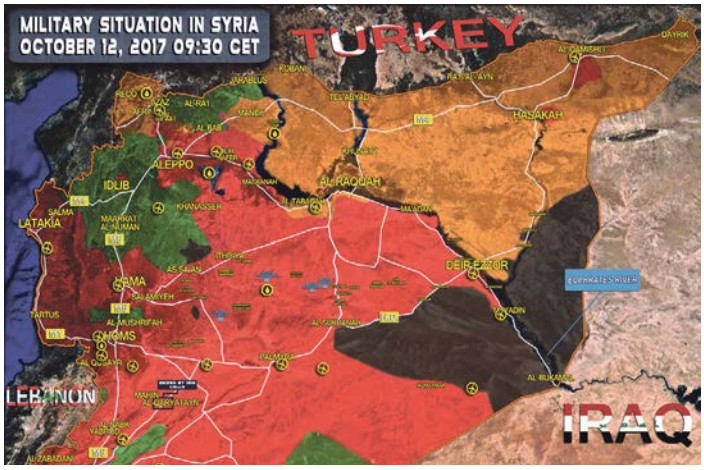
Im August 2017 – das war gerade mal ein Viertel Jahr zuvor – stellte sich das noch anders dar. [vgl. b2]

Die USA argumentierten mit der Bekämpfung des IS, als sie sich, jedem Völkerrecht widersprechend, mit Unterstützung britischer und norwegischer Spezialkräfte im Süden Syriens breitmachten. [16]

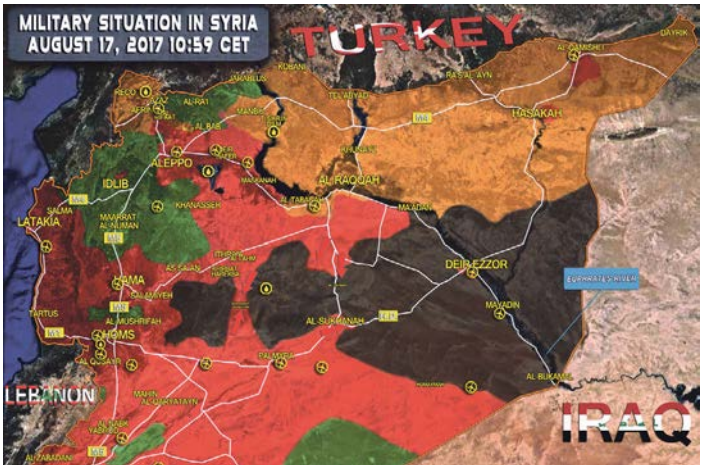
Man könnte daher meinen, dass durch Jordanien eine Versorgung der Terroristen in Syrien nicht mehr möglich ist. Das ist es jedoch sehr wohl! Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums sagte dazu:

„Aus al-Tanf ist ein 100 Kilometer langes ‚schwarzes Loch' an der syrisch-jordanischen Staatsgrenze geworden. Und anstelle von der Freien Syrischen Armee spuckt dieses Loch mobile IS-Gruppen aus, die von dort terroristische Operationen gegen syrische Truppen und Zivilisten unternehmen." [17]

Es scheint mir sinnvoll, noch einmal daran zu erinnern, dass britische Spezialkräfte bereits vor Jahren in den schwarzen Uniformen des IS und dessen Fahnen schwenkend auf syrischem Territorium operierten, um Angriffe auf die syrische Armee durchzuführen. Das entsprach ganz den zur Zerschlagung Syriens entwickelten Strategieplänen der Brooking Institution, einer der einflussreichsten Denkfabriken der USA. Wie die Kämpfer von Daesh operierten die Militärs mit Pickups und führten Drohnen zur Geländeaufklärung mit. Da hatten also die bewaffneten Kräfte der westlichen Interventionisten schon mal die tatsächlich passende Uniform an. … [18][19]



b1: Die militärische Situation in Syrien, Stand 12.10.2017. Unter Kontrolle der syrischen Armee stehenden Gebiete (rot), unter der sogenannten moderaten Opposition bzw. der Dschihadisten von al-Nusra und Co. stehenden Gebiete (grün), vom IS besetzte Gebiete (schwarz). Quelle: southfront.org, Lizenz: CC-0.



b2: Die militärische Situation in Syrien, Stand 18.08.2017. Das Gebiet um al-Tanf und die Gebiete des IS sind stark geschrumpft, aber existent. Die syrische Armee machte großflächige Gebietsgewinne im Osten des Landes, beendete die Belagerung Deir-ez-Zors und machte Fortschritte bei der Kontrolle der Südgrenze zu Jordanien, über die beträchtliche Waffen-/Ausrüstungslieferungen und terroristische Kämpfer nach Syrien kommen. Quelle: southfront.com, Lizenz: CC-0.

Die Steuerung dieser westlichen Militärs erfolgt(e) von der Türkei aus und die praktische Unterstützung übernahm der Conflict, Security and Stability Fund (CSSF). Dieser CSSF wird von 40 Staaten finanziert und sponsort seinerseits unter anderem auch die berüchtigte Weißhelm-Truppe in Syrien. Die genaue Finanzierung (woher und wohin) wird jedoch (selbst vor dem britischen Parlament) unter Verschluss gehalten. [20][21]

Am 28. September 2017 überfiel Daesh (Islamischer Staat = IS) in einer Breite von über 150 Kilometern zwischen Deir ez-Zor am Euphrat und Palmyra in Zentralsyrien mehrere Positionen der SAA von Süden her. Dort verläuft auch die wichtigste Versorgungsroute für die Zivilbevölkerung in Deir-ez-Zor (M20-Highway aus Richtung Palmyra) und die in der Gegend im Kampf gegen den IS stehenden Einheiten der SAA und ihrer Verbündeten (Republikanische Garden, Hisbollah und weitere). [22]

Anfang Oktober griffen hunderte IS-Terroristen eben diese wichtige Verbindungsstraße zwischen Damaskus und Deir-ez-Zor erneut an. Sie waren mit ihren Dutzenden Pickups zuvor „unbemerkt" über das von den US-Amerikanern kontrollierte Gebiet bei al-Tanf (wahrscheinlich aus Jordanien kommend) eingedrungen. [23]

Zur gleichen Zeit geschah aber auch Folgendes. Sowohl die halboffizielle Nachrichten-Agentur des IS, Amaq, als auch das russische Verteidigungsministerium berichteten von erfolgreichen Operationen des Islamischen Staates in der Gegend wie auch der Stadt al-Qarayatayn. Diese bis zum Krieg christlich geprägte Stadt liegt weitab der aktuellen syrischen Frontlinien südöstlich der Großstadt Homs. [24][25]

Die russische Aufklärung konnte die Bewegung von 300 IS-Kämpfern und ihren Pickups wiederum aus al-Tanf feststellen. Doch viel brisanter ist, wo die Islamisten ihrerseits die Aufklärungsdaten her hatten, die es ihnen ermöglichten, alle Kontrollpunkte der syrischen Armee (in dem dünn besiedelten Gebiet) zu umgehen. Russische Medien führten den Begriff „Schwarzes Loch" ein, das Gebiet kennzeichnend, aus dem, „wie Kai aus

Publiziert auf Free21 am 30.12.2017, 13:18 Uhr, von Peter Frey auf www.peds-ansichten.de, Lizenz: Peter Frey.

der Kiste", unversehens immer aufs Neue IS-Kämpfer ausschwärmten, um die Armee bzw. die Zivilbevölkerung anzugreifen. [26]

Ebenfalls zu jener Zeit überfiel der IS zwei Hilfstransporte mit Lebensmitteln und medizinischen Gütern. Das geschah wiederum aus dem Gebiet heraus, dessen Zugang der Syrischen Armee durch US-Militärs gewaltsam verwehrt wird. [27] Es handelt sich eben um jenes mehrfach thematisierte al-Tanf. Der dortige Militärstützpunkt befindet sich etwa 30 Kilometer von der jordanischen Grenze entfernt (siehe Karte oben) und dazu unmittelbar neben einem großen Flüchtlingslager. Dort, in Rubkan, campieren etwa 60.000 Menschen (überwiegend Frauen und Kinder).

Die russische Führung warf den US-Militärs nun zum wiederholten Male vor, die Bewohner des Flüchtlingslagers als menschliche Schutzschilde zu missbrauchen. Die syrisch-russische Aufklärung aus der Luft – da muss man sich keinen Illusionen hingeben – ist nicht schlechter als die der USA und ihrer Verbündeten. Deswegen konnte sich Igor Konaschenkow (Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums) auch solch eine Aussage leisten:

„From October 2 to 3, about 600 militants stationed at the Rukban refugee camp in the US-controlled At Tanf area have departed westward in an orderly manner in off-road vehicles […]" [28]

600 Militante hielten sich also unbehelligt im Rubkan-Flüchtlingslager auf und konnten sich ebenso frei, ungestört von den westlichen Militärs, mit ihren Pickups im Gebiet von al-Tanf westwärts Richtung einer der in Astana vereinbarten Deeskalations-Zonen bewegen. Konaschenkow hat übrigens den USA versichert, das Aufklärungsmaterial gegebenenfalls gern zu veröffentlichen.

Da passen die Operationen der sogenannten SDF nur zu gut ins Bild. Während wirkliche Auseinandersetzungen mit dem Islamischen Staat im Distrikt Deir-ez-Zor offenbar nicht stattfinden, müssen die Syrische Arabische Armee (SAA) und ihre Verbündeten erbittert kämpfen, um die Terroristen Stück für Stück zurückdrängen zu können.

Der Ton russischer Diplomaten und Militärs wird ob des zunehmend entlarvten – und längst nicht erst seit Kurzem – betriebenen Doppelspiels, der von den US-Amerikanern ausgerüsteten „Oppositionellen" wie der unter ihrer Führung stattfindenden Mission Inherent Resolve, hörbar schärfer. Oleg Syromolotow, der Gesandte des russischen Außenministeriums, betonte bereits Ende September 2017, dass Syrien und Russland eine eventuell von US-amerikanischen Miltärs gezogene rote Linie östlich des Euphrat unter keinen Umständen akzeptieren werde. Zumal sich diese Militärs völkerrechtswidrig, also illegal auf syrischem Staatsgebiet aufhalten. [29][30]

Außerdem nimmt die Frequenz zu, in der Syrien und Russland die westlichen Interventionisten, ganz speziell im Süden Syriens, unmissverständlich auffordern, umgehend das Land zu verlassen. Es war ein langer Weg, bis man sich betreffs Syrien so gegenüber der „Wertegemeinschaft" artikulieren konnte. Das unter anderem sind sie, die klaren Zeichen einer neuen multipolaren Weltordnung:

„Wenn die Vereinigten Staaten solche Operationen als unvorhergesehene ‚Zufälle' betrachten, dann ist die russische Luftwaffe in Syrien bereit, mit der vollständigen Zerstörung all dieser ‚Zufälle' in den Gebieten unter ihrer Kontrolle zu beginnen." [31]

Russland geht sehr bedacht vor. Keiner muss glauben, die Erkenntnisse seiner Aufklärung und Geheimdienste wären neu. Das alles war der russischen Führung selbstredend schon im Jahre 2015 bekannt. Damals ging es jedoch um das schlichte Überleben des syrischen Staates und der Schwerpunkt der politischen wie militärischen Aktivitäten konzentrierte sich auf den bevölkerungsreichen Westen des Landes. Eine Eskalation durch Zusammenstöße mit den Militärs der NATO-Staaten, die mittels Inherent Resolve auch in und über Syrien operierten, sollte auf jeden Fall vermieden werden. Doch die Zeiten haben sich geändert.

Die westliche Tradition des Bombenkrieges

Noch etwas muss zur Sprache kommen. Die Bombardements von Inherent Resolve mögen nicht vorsätzlich den Tod von Zivilisten beabsichtigen. Aber er wird billigend mit zynischer Logik in Kauf genommen. Es wurde von Anfang an auch nicht gebombt, um den IS oder andere Nuancen islamistischer terroristischer Gruppierungen entscheidend zu schwächen. Vielmehr geht es um eine sehr planvolle Zerstörung der Infrastruktur in Syrien und dem Irak.

Das damit verbundene Kalkül ist es, die Lebensbedingungen in den angegriffenen Staaten unerträglich zu machen, Fluchtbewegungen aus den Ländern heraus zu initialisieren und aufrechtzuerhalten. Was die gesellschaftlichen Strukturen dort weiter nachhaltig schwächt, Menschen entsozialisiert und so Konflikte für die Zukunft „sichert". Hier werden – beachten Sie den Eingangstext – pathologische Allmachtsgedanken des Greater Middle East praktisch umgesetzt, welche spätestens mit PNAC ihre praktische Umsetzung nahmen.

Völlig zu Recht sagte daher auch der syrische Außenminister Walid Muallen:

„As an example, I would like to cite the US-led coalition, which, in reality, is systematically destroying anything but ISIL [ISIS]. Thousands of Syrian citizens, not only men but also women and children in the Raqqa and Deir ez-Zor provinces, have become victims of US airstrikes. The American coalition is systematically destroying the economic infrastructure, so we will strongly demand that it this coalition is disbanded,' Muallem said adding that the US uses the war on ISIS as a pretext for destroying Syria and prolonging the hostilities in the country." [32]

Muallen beschuldigt die US-geführte Koalition, dass sie in Wirklichkeit alles Mögliche zerstört, nur nicht ISIS (IS, Daesh). Viele tausend Menschen in den Provinzen Raqqua und Deir-ez-Zor sind Opfer der US-Luftangriffe. Die Koalition zerstört systematisch die ökonomische Infrastruktur. […] Der Krieg gegen ISIS wird von den USA vorgeschoben, um Syrien zu zerstören und den Krieg zu verlängern. [sinng. Übers. PA]

Bei dieser Sauerei macht Deutschland mit. Die politischen Spieler, welche diese Sauerei zu verantworten haben, wurden im September 2017 von der deutschen Bevölkerung quasi in ihrem Amt bestätigt. Das ist eine Schande für unser Land!

Nicht müde wurden die Massenmedien in den vergangenen Jahren, Syrien und Russland einen barbarischen Bombenkrieg gegen die syrische Zivilbevölkerung zu unterstellen. Belege dafür wurden nie vorgelegt. Dabei ist es ein grundlegendes, viele Jahrzehnte altes Konzept westlicher Militärs, seinerseits Kriege durch massiven Bombenterror für sich zu entscheiden. Das beruht auf den Ideen des Italieners Giulio Douhet, der sein Buch „Luftherrschaft" erstmals im Jahre 1921 veröffentlichte und danach bis zu seinem Tod im Jahre 1930 immer wieder aktualisierte. Von Douhet stammt auch das Zitat:

„Ich halte es sogar für erlaubt und verdienstvoll, bewohnte Städte mit Giftgasbomben zu belegen – und zwar nicht, weil ich einen sadistischen Spaß am Massenmord habe, sondern weil dieser Angriff durch seine materielle und moralische Wirkung für einen Sieg entscheidend ist […]" [33]

US-Militärs, die gegen Ende des Ersten Weltkrieges nach Europa reisten, um Strategien des dort geführten Luftkrieges zu studieren, waren von den Ideen Douhets sehr angetan. Vor allem das Konzept der Präventivschläge und eines uneingeschränkten Bombenkrieges gegen das Hinterland des Gegners floss in die künftige Rolle der US- und britischen Luftwaffe ein. [34] Genau in diesem Sinne

führten diese Nationen ihren Bombenkrieg gegen das faschistische Deutschland, Japan, Nordkorea, Vietnam, Libyen, Irak, Syrien …

Wie von Douhet oben zitiert, wurde all das legitimiert mit „der Zweck heiligt die Mittel“. Es ist das (selbstredend nicht unser) Opfer, welches für eine bessere Welt gebracht werden muss. Man kann es natürlich auch anders nennen: Bekehrung durch Terror. Dafür klärt heute über Syrien die deutsche Luftwaffe auf und betankt die bombenden Kampfjets.

Das ist mir wichtig: Krieg bedeutet immer Tod. Es geht jedoch, was den Bombenkrieg betrifft, um ein strategisches Konzept zur siegreichen Gestaltung von Kriegen. Da haben moralische Begrifflichkeiten nur insofern Platz, als dass man zuvor den Gegner entmenschte (sonst könnte Mensch den Menschen nicht töten). Die russische Luftkriegsdoktrin ist also damit nicht moralisch besser als die der USA oder Großbritanniens.

Aber rein sachlich bleibt festzuhalten: Seit ihrer Erstellung in den 1930er Jahren war sie (die Doktrin) grundlegend anders aufgestellt. Terror gegen die Zivilbevölkerung betrachtete die Militärführung immer als untauglich, um die Kriegsziele zu erreichen. Und so ist es kein Wunder, dass deren Bomberverbände niemals die Bedeutung der westlichen Armeen erreichten. Geplant durchgeführte Flächenbombardements der russischen (sowjetischen) Luftstreitkräfte auf zivile Einrichtungen sind daher niemals Teil der Kriegsführung sowjetischer und russischer Militärs gewesen. [35]

Spurensuche – oder Verwischung?

Und unsere Medien? Dezent decken sie den Mantel des Schweigens über das Unrecht, das unser Land (unter anderem in Syrien) zu verantworten hat. Nur manchmal blitzt sie auf, die Nachricht hinter der Nachricht:

„Um zu verhindern, dass sich Kämpfer des IS unerkannt absetzen, suchen Militärs und Geheimdienste im Kriegsgebiet [in Syrien!] nach den Hinterlassenschaften der Terrororganisation. Auch Deutschland ist Teil dieser Geheimdienstallianz.“ [36]

Ach schau. Suchen unsere Geheimdienste dort unsere verlorenen Söhne? Oder geht es vielleicht eher darum, schmutzige Spuren zu beseitigen? Man spricht von fast eintausend Deutschen, die im Nahen Osten gestorben sind. Für den IS oder andere Dschihadisten? Sie selbst mögen das gedacht haben. Aber sie starben für den Wahnwitz des Greater Middle East. So eine Wahrheit aber ist nicht Sache der Tagesschau. Auch nicht die Frage, auf welche Weise viele hundert (wenn nicht tausende) Deutsche den Weg nach Syrien und den Irak fanden. [37][38][39]

Der Tagesschau ist dabei nicht einmal bewusst, dass sie gerade wieder die demokratische Fassade des westlichen Wertesystems heruntergerissen hat. Denn mit welchem Mandat operieren westliche Geheimdienste (einschließlich des deutschen) in Syrien!? Das Spiel des Greater Middle East ist noch lange nicht zu Ende. Es ist wichtig, dass all diese Wahrheiten den Menschen bekannt gemacht werden. Verzagen Sie nicht – auch wenn Ihnen der Wind entgegen bläst, das Notwendige auszusprechen.

Und bleiben Sie in diesem Sinne schön aufmerksam.

Quellen:

[1] informationclearinghouse.info, William Rivers Pitt, „The Project for the New American Century“, am 25.2.2003, <http://www.informationclearinghouse.info/article1665.htm>

[2] Telepolis, Robert Zion, „Die Grünen: Parteiferne Anstiftung“, am 2.3.2015, <https://www.heise.de/tp/features/Die-Gruenen-Parteiferne-Anstiftung-3370415.html>

[3] Bundeszentrale für politische Bildung, Alexandra Homolar-Riechmann, „Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung“, am 5.11.2003, <http://www.bpb.de/apuz/27287/pax-americana-und-gewaltsame-demokratisierung?p=all>

[4] sourcewatch.org, „The Foreign Policy Initiative“, am 7.10.2017, <https://www.sourcewatch.org/index.php/The_Foreign_Policy_Initiative>

[5] sourcewatch.org,“Project for the New American Century“, am 7.10.2017, <https://www.sourcewatch.org/index.php/Project_for_the_New_American_Century>

[6] foreignpolicyi.org, „Greater Middle East“, am 7.10.2017, <http://www.foreignpolicyi.org/search/node/%22Greater%20Middle%20East%22>

[7][8][9][11] Informationen für politische Bildung, Mohssen Massarrat, „Demokratisierung eines Greater Middle East“, am 2.11.2005, <http://www.bpb.de/apuz/28717/demokratisierung-des-greater-middle-east?p=all>

[10] wsws.org, Niall Green, „EU-Bericht bestätigt, dass Georgien 2008 den Krieg mit Russland begann“, am 8.10.2009, <https://www.wsws.org/de/articles/2009/10/geor-o08.html>

[12] swp-berlin.org, Volker Perthes, „Der Unilateralismus ist definitiv gescheitert“, am 21.9.2006, <https://www.swp-berlin.org/publikation/der-unilateralismus-ist-definitiv-gescheitert/>

[13] hintergrund.de, Sebastian Runge, „Zerfall und Neuordnung im Nahen Osten“, am 11.6.2015, <https://www.hintergrund.de/globales/kriege/zerfall-und-neuordnung-im-nahen-osten/>

[14] Telepolis, Florian Rötzer, „Die Türkei und das IS-Öl“, am 4.12.2015, <https://www.heise.de/tp/features/Die-Tuerkei-und-das-IS-Oel-3377017.html>

[15] Außenministerium der Russischen Föderation, „Rede des Außenministers Russlands, Sergej Lawrow“, am 4.10.2017, <http://www.mid.ru/de/foreign_policy/news/-/asset_publisher/cKNonkJE02Bw/content/id/2886718>

[16] Editor‘s Picks, „The latest situation of contact lines around the al-Tanf border crossing“, am 9.10.2017, <http://www.english.iswnews.com/661/the-latest-situation-of-contact-lines-around-the-al-tanf-border-crossing/>

[17][31] RT-Deutsch, „Moskau: USA benutzen Flüchtlinge als menschliche Schutzschilde für US-Stützpunkt al-Tanf in Syrien“, am 6.10.2017, <https://deutsch.rt.com/der-nahe-osten/58591-moskau-usa-benutzen-fluechtlinge-als-menschliche-schutzschilde/>

[18] Express, Marco Giannangeli and Josh Taylor, „SAS dress as ISIS fighters in undercover war on jihadis“, am 2.8.2015, <http://www.express.co.uk/news/uk/595439/SAS-ISIS-fighter-Jihadis>

[19] noch.info, „Perverses Doppelspiel: Nato-Spezialkräfte kämpfen als IS-Terroristen verkleidet in Syrien“, am 26.3.2016, <http://noch.info/2016/03/perverses-doppelspiel-nato-spezialkraefte-kaempfen-als-is-terroristen-verkleidet-in-syrien/>

[20] wsws.org, Jean Shaoul, „Deutliche Hinweise auf britische Bodentruppen in Syrien“, am 9.9.2016, <https://www.wsws.org/de/articles/2016/09/09/brits09.html>

[21] theguardian.com, „Amber Rudd asked to reveal where secret £1bn conflict fund is spent“, am 6.3.2017, <https://www.theguardian.com/politics/2017/mar/06/amber-rudd-secret-billion-pound-conflict-stability-security-fund>

[22] flutterbareer.wordpress.com, Philip Klaus, „IS-Schläferzellen erobern Stadt von der syrischen Armee“, am 2.10.2017, <https://flutterbareer.wordpress.com/2017/10/02/is-schlaefer-zellen-erobern-stadt-von-der-syrischen-armee/>

[23][28] tass.com, „Terrorists from US-controlled area capture two aid convoys in Syria“, am 11.10.2017, <http://tass.com/defense/969978>

[24][25][26] tass.com, „US al-Tanf base used by IS groups for attacks against Syria — Defense Ministry“, am 6.10.2017, <http://tass.com/defense/9693306.10.2017>

[27] de.sputniknews.com, „Treubrüchige Übereinstimmung: Russland beschwert sich über US-Handlungen in Syrien“, am 13.10.2017, <https://de.sputniknews.com/zeitungen/20171013317853949-treubruechige-uebereinstmmung-russland-beschwert-sich-ueber-us-handlungen-in-syrien/>

[29] southfront.org, „Russia will not allow United States to limit area of syrian army operations in Deir Ezzor - Diplomat“, am 29.9.2017, <https://southfront.org/russia-will-not-allow-united-states-limit-area-syrian-army-operations-deir-ezzor-diplomat/>

[30] vz.ru, Россия предупредила США о границах боевой операции против ИГ в Дейр-эз-Зоре, am 29.9.2017, <https://vz.ru/news/2017/9/29/889029.html>

[32] southfront.org, „Syrian foreign minister: US-LED-Coalition destroying anything but ISIS in Syria“, am 12.10.2017, <https://southfront.org/syrian-foreign-minister-us-led-coalition-destroying-anything-but-isis-in-syria/>

[33][35] Olaf Groehler, „Geschichte des Luftkriegs 1910 – 1981“, S.115, Militärverlag der DDR; Originalquelle: Guliot Douhet, „Die Luftherrschaft“,1921 (1930)

[34] de.wikipedia.org, „Flächenbombardement“, am 14.10.2017, 16:45 Uhr, <https://de.wikipedia.org/wiki/Fl%C3%A4chenbombardement>

[36] tagesschau.de, „Geheimdienstallianz - Sichern, was vom IS übrig bleibt“, am 12.10.2017, <https://www.tagesschau.de/ausland/is-geheimdienste-101.html>

[37] sueddeutsche.de, „‘Deutsche Dschihadisten werden regelrecht

Publiziert auf Free21 am 30.12.2017, 13:18 Uhr, von Peter Frey auf www.peds-ansichten.de, Lizenz: Peter Frey.

verheizt'", am 6.3.2015, <http://www.sueddeutsche.de/politik/is-kaempfer-deutsche-dschihadisten-werden-regelrecht-verheizt-1.2380615>

[38] zeit.de, „100 Deutsche in Syrien und im Irak getötet", am 23.8.2015, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-08/islamischer-staat-deutsche-kaempfer-tote>

[39] verfassungsschutz.de, „Reisebewegungen von Jihadisten Syrien/Irak", am 17.11.2017, <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorismus/zahlen-und-fakten-islamismus/zuf-is-reisebewegungen-in-richtung-syrien-irak>

[b1] southfront.org, „Military situation in Syria on october 12, 2017 (Map Update)", Screenshot bei southfront.org, <https://southfront.org/military-situation-in-syria-on-october-12-2017-map-update/>

[b2] southfront.com, „Military Situation In Syria On August 18, 2017 (Map Update)", Screenshot bei southfront.org, <https://southfront.org/military-situation-in-syria-on-august-18-2017-map-update/>

Autor:

Peter Frey

Baujahr 1960 und seit 1965 Dresdner, ist gelernter Autoschlosser, war LKW-Fahrer, Taxifahrer, selbständig in der IT-Beratung, insolvent, Sozialhilfeempfänger, Hartz IV-Empfänger, studierte schließlich ab 2004 Informationstechnik und ist seit Jahren in seiner Heimatstadt Dresden in der Friedensbewegung aktiv, um Menschen aufzuwecken und so zu aktivem, selbst bestimmten, dem kleinen wie dem großen Frieden gewidmeten Handeln zu bewegen. Seit einigen Jahren ist er hauptberuflich als Administrator tätig und betreibt nebenher den Blog Peds Ansichten.

Dieser Text wurde zuerst am 14.10.2017 auf https://peds-ansichten.de unter der URL ‹https://peds-ansichten.de/2017/10/die-langen-schatten-des-greater-middle-east/#more-7381› veröffentlicht. Lizenz: Peter Frey

‹http://www.free21.org/?p=28623›

Die neuen Herren der Weltwirtschaft

Viele von Ihnen werden sicher wissen, wer oder was JPMorgan Chase, BlackRock, die Credit Suisse oder die UBS sind. Aber nur die Allerwenigsten werden mit Namen wie State Street, Vanguard, Capital Group, Harris Associates, Natixis, Wellington, Fidelity, Dodge&Cox oder Amundi etwas anfangen können. Dabei sind diese Unternehmen, deren Geschäft man früher wohl etwas verklärend als „Vermögensverwaltung" umschrieben hätte, die neuen Herren der Weltwirtschaft.

von Jens Berger

Grafik: Yomare (pixabay/ CCo)

Es gibt kaum große Aktiengesellschaften in den westlichen Ländern, bei denen keines dieser Unternehmen größter Einzelaktionär ist. Und in der Summe beherrschen diese „institutionellen Investoren" Wall Street, City of London und den Frankfurter Finanzdistrikt. Doch seltsamerweise sind uns nicht nur die Namen der neuen Herren unbekannt, auch ihr Treiben findet abseits der Öffentlichkeit statt, da die großen Medien einen großen Bogen um dieses Thema machen und die Politik sich ebenfalls versteckt. Kein Wunder, wirft der Siegeszug der neuen Herren doch Fragen auf, wohin unser neoliberales System uns noch führen soll.

Vermögen und Besitz bedeuten immer auch Macht. Besonders klar wird dieser Zusammenhang, wenn es um die Besitzverhältnisse von großen Unternehmen geht. Früher waren die operative Geschäftsführung und die Besitzverhältnisse meist in ein und derselben Hand. Doch die Krupps, die Brunels oder die Carnegies gibt es in dieser Form nicht mehr. Mit SAP gibt es nur ein einziges Unternehmen im Dax, bei dem die Unternehmensgründer überhaupt noch etwas zu sagen haben und selbst die Erben samt ihrer Clans haben nur noch in wenigen großen Unternehmen wie BMW, Beiersdorf oder Henkel das Sagen. Bei den meisten großen Aktiengesellschaften haben sogenannte institutionelle Investoren das Sagen und dabei handelt es sich in fast allen Fällen um große Finanzunternehmen, die in der Regel das Vermögen von Kunden verwalten und selbst über keine nennenswerten Vermögen verfügen. Selbst „Gründerunternehmen" wie z.B. Facebook wandern meist spätestens dann in den Besitz der Finanzunternehmen, wenn sie an die Börse gehen. So besitzt Mark Zuckerberg auch „nur" 28% an Facebook, während der Rest fast ausschließlich im Besitz von Finanzunternehmen ist – Vanguard, BlackRock, Fidelity und State Street besitzen zusammen mehr Anteile an Facebook als der Unternehmensgründer.

Es kommt aber nur selten vor, dass eine dieser Vermögensverwaltungen, die sich selbst lieber Investment Management oder Asset Management Firmen nennen, mehr als 10% an einem einzigen Unternehmen hält. Aber das spielt keine große Rolle, da diese Firmen in der Summe dieselben Strategien verfolgen und gemeinsam als Besitzer der Unternehmen der operativen Geschäftsführung Anweisungen erteilen. Bei 25 der 30 Dax-Unternehmen halten diese institutionellen Investoren mehr

als 50% der Anteile und bestimmen direkt die Unternehmenspolitik. Und dies trifft ungefähr im gleichen Verhältnis auf amerikanische, britische, französische und nahezu alle Aktiengesellschaften der westlichen Welt zu. Die einzigen nennenswerten Ausnahmen bilden Russland und China, die beide einen protektionistischen Schutzschirm über ihre Wirtschaft aufgespannt haben.

Was bedeutet diese Macht konkret? Zu allererst schränkt sie den Handlungsrahmen des angestellten Managements massiv ein. Der Vorstandsvorsitzende Joe Kaeser ist bei der Siemens AG zwar ein wichtiger Mann – er ist und bleibt aber auch nur ein kaufmännischer Angestellter, der vom Aufsichtsrat des Unternehmens bestellt wird , der wiederum auf der Hauptversammlung von den Aktionären berufen wird. Würde ein Joe Kaeser nun den Interessen der Großaktionäre zuwider handeln, wäre er die längste Zeit seines Lebens Vorstand eines großen Unternehmens gewesen. Gleiches gilt für sämtliche Vorstände der großen Unternehmen. Die teils fürstliche Bezahlung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir hier von Angestellten sprechen, deren Handlungsspielraum vorgegeben ist – und zwar von den Besitzern der Unternehmen und dies sind eben meist genau diese institutionellen Investoren, von denen hier die Rede ist.

Die Bedeutung der Verschiebung der Besitzverhältnisse hin zu einigen wenigen, meist in den USA ansässigen Vermögensverwaltungsfirmen ist in Gänze anscheinend noch nicht bis zur Öffentlichkeit durchgedrungen. Um dies zu verdeutlichen, fangen wir mit einem Gegenbeispiel an. Der Henkel-Konzern ist zu 61% im Besitz der Erbendynastie des Unternehmensgründers Fritz Henkel. Für die Familie nimmt Henkels Ur-Ur-Enkelin Simone Bagel-Trah die Funktion des Aufsichtsratsvorsitz wahr. Nomineller Chef des Unternehmens ist jedoch der Manager Hans Van Bylen, der die Henkel AG als Vorstandsvorsitzender führt. Van Bylen ist jedoch „nur" Angestellter, der seine Unternehmenspolitik mit Frau Bagel-Trah abstimmen muss. Diese traditionelle Struktur gestattet einen großen unternehmerischen Spielraum. Henkel müsste beispielsweise kein Werk in Deutschland schließen, nur weil die Energie- oder Lohnkosten oder auch die Umweltrichtlinien in einem anderen Land günstiger für das Unternehmen sind. Wenn Frau Bagel-Trah im Namen des Clans sagt, wir wollen die Werke – aus welchem Grund auch immer – erhalten, so ist Herr Van Bylen an diese Weisung gebunden.

Ganz anders sieht es bei einem Konzern aus, der im Besitz der Vermögensverwaltungsfirmen ist. Nehmen wir die Bayer AG als Beispiel. Ob die Übernahme des Glyphosat-Herstellers Monsanto eine so kluge unternehmensstrategische Frage ist, hat Vorstand Werner Baumann nicht zu entscheiden, auch wenn es die Finanzpresse meist so darstellt [1]. Baumann ist Angestellter. Der Bayer-Konzern gehört heute zu 93% institutionellen Investoren. Größter Einzelaktionär ist BlackRock mit 7,12%, dahinter kommen die Capital Group, die zwei Schweizer Vermögensverwalter UBS und Credit Suisse, die Société Générale aus Frankreich und Morgan Stanley aus den USA. Diese Firmen haben Werner Wenning zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Bayer AG bestimmt, wo er auf ihre Anweisung hin die Leitplanken für die Unternehmenspolitik setzt. Ob die Bayer AG für stolze 66 Milliarden Euro Monsanto übernimmt, entscheiden aber nicht der Vorstand Baumann und auch nicht der Aufsichtsrat Wenning, sondern die großen Anteilseigner; allen voran BlackRock, die im konkreten Fall besonderes Interesse haben, da sie mit 5,6% auch größter Einzelaktionär von Monsanto sind.

Mit Demokratie, Shareholder oder auch Stakeholder Value hat dieser Prozess nichts zu tun. Vor allem wir, als Öffentlichkeit, sollten lieber gar nicht erst so tun, als hätten wir da ein Mitspracherecht. Das haben wir nämlich nicht und ob wir nun Finanzfirmen wie BlackRock, Vanguard oder State Street gut oder schlecht finden oder ob wir ihnen vertrauen oder misstrauen, spielt für diese Unternehmen überhaupt keine Rolle. Es ist noch nicht einmal bekannt, nach welchen Kriterien BlackRock und Co. Entscheidungen treffen. BlackRocks Strategien werden beispielsweise nicht von grauhaarigen Herren in gemütlichen Clubsesseln bei einer Zigarre und einem guten Glas Single Malt getroffen, sondern von einem Computer namens Aladdin. Wobei der Begriff Computer hier doch sehr verniedlichend ist; Aladdin ist ein Cluster aus 6.000 Hochleistungsrechnern, der als größte „Risikobewertungsmaschine" der Welt gilt und die Anlagen von 30.000 Portfolios, darunter 170 Pensionsfonds, mit einem Gesamtvolumen von 15 Billionen Euro verwaltet – das sind 10% der weltweiten Vermögenswerte. Oder um es anders zu sagen: Aladdin ist der Superlativ im Finanzwesen schlechthin.

Wer füttert Aladdin, wer programmiert die Algorithmen, die die Welt beherrschen? Nicht nur die besten Informatiker, Mathematiker oder Ingenieure, sondern auch und vor allem die besten Biologen, Chemiker und sogar die besten Mediziner, die jedes Jahr eine der weltberühmten Ivy-League-Universitäten verlassen, bekommen heutzutage erst mal fürstlich dotierte Angebote aus der Finanzbranche, um die Algorithmen zu perfektionieren. Wer bei BlackRock und Co. an Cowboys mit breiten Hosenträgern á la Gordon Gekko (gespielt von Michael Douglas in Wall Street) denkt, ist schief gewickelt. Die fleißigen und genialen Bienen im globalen Finanzsystem tragen Flip Flops und Shorts und haben mit BWL oder Jura so viel zu tun wie BlackRock mit der Heilsarmee. Gesellschaftlich liegt das Problem der Algorithmen vor allem darin begründet, dass sie komplett intransparent sind und selbst die Politik nicht einmal ahnt, wie die Herren der Weltwirtschaft auf Regulierungen oder Gesetze reagieren werden. Klar ist, dass mittel- bis langfristig die Rendite das oberste Ziel der Algorithmen ist; aber wie Aladdin dies erreichen will, steht für uns Normalsterbliche in den Sternen.

Ein Alfred Krupp hatte noch Kontakt zu seinen Arbeitern. Ein Hugo Stinnes hatte seinen eigenen Masterplan, um sein Stahlimperium aufzubauen. Und selbst die zeitgenössischen Clans der Schaefflers, Porsches, Piechs oder Quandts und Klattens haben wenigstens ein Gesicht und eine Telefonnummer, unter der man sie erreichen kann. Vor allem im Mittelstand sind sehr viele Unternehmerfamilien ohnehin eher an einer langfristigen Entwicklung interessiert, die sich in einem positiven gesellschaftlichen Rahmen abspielt. Die Rendite ist zwar auch wichtig, wird aber nicht als Zielwert definiert. Dass Aladdin weiß, was gut für die Gesellschaft ist und ob sein Algorithmus mit Parametern wie Glück, Umwelt, Freiheit, Gleichheit, Angst und Zukunft überhaupt etwas anfangen kann, darf getrost bezweifelt werden. Ohne pathetisch werden zu wollen: Dass die Macht über die großen Konzerne der Welt heute von intransparenten Vermögensverwaltungen ausgeübt wird, deren Schnittstelle zum Menschen aus noch intransparenteren Algorithmen besteht, ist zutiefst verunsichernd. Und wir reden hier ja nicht „nur" über Klebstoff- und Chemikalienhersteller, sondern auch über Apple, Google, Microsoft, Facebook und Co, die allesamt in der Hand institutioneller Anleger sind. Alleine BlackRock ist bei Apple, Microsoft, Chevron, Shell, General Electrics, Nestlé und Exxon Mobil größter Aktionär.

Wenn Besitz gleich Macht ist; wem gehört eigentlich BlackRock? Wer sich diese Frage stellt, endet schnell in einem System der Überkreuzbeteiligungen und Querverbindungen, die einen schlicht in den Wahnsinn treiben. BlackRock gehört nahezu komplett … institutionellen Investoren, darunter an oberster Stelle PNC, Barclays, Wellington, Vanguard, State Street usw. usf. . Und wem gehören diese Unternehmen? Raten sie mal. Die Antwort überrascht jetzt nicht mehr: Die hier genannten institutionellen Investoren gehören allesamt institutionellen Investoren. Wir haben es mit einem selbsttragenden und selbsterhaltenden System zu tun, in dem die Verwalter des Vermögens dem Vermögen selbst gehören.

Publiziert auf Free21 am 30.12.2017, 13:18 Uhr, von Peter Frey auf www.peds-ansichten.de, Lizenz: Peter Frey.

Und wer oder was ist dieses Vermögen? Ganz oben auf der Kundenliste von BlackRock stehen die Öl- und Devisenfonds von erdölproduzierenden Staaten und Staaten mit chronischen Devisenüberschüssen wie China. Gleich dahinter kommen die großen Pensionsfonds und Versicherer. Alleine die 300 größten Pensionsfonds der Welt verwalten rund 13 Billionen Euro – Geld, das sie ihrerseits Vermögensverwaltern wie BlackRock, Vanguard oder State Street anvertrauen und dabei die Macht, die mit dem Vermögen verbunden ist, an die Vermögensverwalter übertragen.

Jährlich fließen weitere 3,6 Billionen Euro als Beiträge in Sach- und Lebensversicherungen. Lebensversicherungen und auch private Krankenversicherungen sowie fast alle Altersvorsorgeprodukte funktionieren nach dem Prinzip, dass die Beiträge auf den Kapitalmärkten angelegt werden und später die verzinste Rendite die Leistungen erbringt. Abgesehen davon, dass dies langfristig nicht funktionieren kann, hat diese Privatisierung der Daseinsvorsorge natürlich dazu geführt, dass die Summe der verwalteten Vermögen immer weiter stieg. Ein Produkt dieser Entwicklung ist BlackRock. Natürlich können Sie auch als Privatkunde ein Teil des BlackRock-Reichs werden. Jedoch sollten sie schon schlappe 50 Millionen Euro mitbringen – das ist die Mindestanlagesumme bei BlackRock.

Wurden wir früher und werden wir auch heute noch von Tycoons, Oligarchen und Magnaten regiert, die aufgrund ihres Vermögens über Macht verfügten, so droht uns schon bald die Macht der Algorithmen, die sich auf Unsummen von „Vermögen" gründet, das vornehmlich aus der Privatisierung der Daseinsvorsorge und staatlichen Reserven stammt. Dann werden „die Märkte" als Sammelbegriff für die Interessen des Großkapitals Realität; dann gibt es keinen Ansprechpartner mehr, an den man sich in Sachen Mitarbeiterinteressen, Umweltschutz oder gesellschaftlicher Verantwortung wenden kann. Denn Computer-Cluster á la Aladdin sprechen weder mit Hans Mustermann noch mit Angela Merkel. Und dieser Dystopie kommen wir von Tag zu Tag näher und merken es noch nicht einmal, da dieses Thema interessanterweise im gesellschaftlichen Diskurs keine Rolle spielt. Dabei gäbe es sehr wohl politische Maßnahmen, um die Entwicklung zu entschärfen. Probleme können aber nur bekämpft und schlussendlich vielleicht gelöst werden, wenn man sie kennt.

Quellen:

[1] Manager Magazin: So denkt Deutschlands derzeit mutigster Vorstandschef, <http://www.manager-magazin.de/magazin/artikel/werner-baumann-portraet-des-bayer-chefs-der-monsanto-kaufen-will-a-1089179.html>

Autor:

Jens Berger

ist freier Journalist, Wirtschaftsexperte und politischer Blogger der ersten Stunde. Als Redakteur der NachDenkSeiten und Herausgeber des Blogs Der Spiegelfechter schreibt er regelmäßig zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen.

Dieser Text wurde zuerst am 29.11.2017 auf www.nachdenkseiten.de unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=41340› veröffentlicht. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller.

‹http://www.free21.org/?p=28688›

20.2.2018 – Vortrag Hermann Ploppa: „Die Macher hinter den Kulissen"

Am 20. Februar 2018 spricht Hermann Ploppa an der Universität Mannheim zum Thema „Die Macher hinter den Kulissen – Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern". Der Politologe und Publizist Hermann Plopppa, der neben mehreren Büchern auch zahlreiche Artikel über die Eliten der USA veröffentlicht hat, u.a. über den einflussreichen Council on Foreign Relations, stellt an diesem Abend Inhalte seines gleichlautenden, aktuellen Buches vor und diskutiert diese im Anschluss mit den Besuchern.

Die Inhalte im Überblick: Umfragen zeigen immer wieder: die Deutschen wollen eine sozial ausgewogene Politik, am besten einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Und: die meisten Deutschen wünschen sich eine unabhängige Außenpolitik, unabhängig von den Großmächten in West und Ost. Dennoch gerät unsere Sozialpolitik in immer bedenklichere Schieflage, und wir werden in immer gefährlichere militärische Abenteuer der USA hineingezogen. Und jetzt sollen wir auch noch mit den hochverschuldeten USA in der Wirtschaftsgemeinschaft TTIP zusammengeschweißt werden. Hermann Ploppa spricht in seinem Vortrag über die diskreten, feinmaschigen Netzwerke, oder auch Seilschaften, die in aller Stille Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft durchdrungen haben. Namen wie Bilderberger oder Atlantikbrücke sind im Gespräch. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs. Neoliberale Schockstrategen und USA-Lobbygruppen arbeiten seit Jahrzehnten in einem Generationen übergreifenden Projekt an der Enteignung und Entmündigung der Bürger. Ihr Ziel ist die Zerschlagung des demokratisch legitimierten Nationalstaates. Doch so weit ist es noch nicht. Hermann Ploppa zeigt in seinem Vortrag Alternativen auf. Im Anschluss an den Vortrag wird es noch die Möglichkeit zu einer offenen Diskussion zum Thema geben.

Wann: 20. Februar 2018, 19.00–20.30 Uhr
Wo: Universität Mannheim
Röchling-Hörsaal (SN 169, Ostflügel des Schlosses), Schloss, 68131 Mannheim
Eintritt: frei, um Spenden wird gebeten
Anmeldung: hardy.groeneveld@free21.org
Aus organisatorischen Gründen bitte per E-Mail anmelden oder auf Facebook (hier als Kurzlink) ‹goo.gl/LnMNfb›

Die Idee zu dieser Veranstaltung entstand im Rahmen des Stammtischs Free21 live in Karlsruhe, der sich seit einigen Monaten regelmäßig trifft. Nach dem Vortrag von Paul Schreyer zum Thema Geldsystem ist dies nun der zweite Vortrag einer angestrebten Vortragsreihe. Weitere Infos: ‹goo.gl/eaHhKA/›.

Die Krim und das Völkerrecht

Ist Russland ein Aggressor, der fremde Gebiete erobert und annektiert? Interview mit dem Rechtsphilosophen Professor Reinhard Merkel über die sogenannte Annexion der Krim.

von Ulrich Heyden

Hat Russland die Krim annektiert? Nein. Waren das Referendum auf der Krim und deren Abspaltung von der Ukraine völkerrechtswidrig? Nein. Waren sie also rechtens? Nein; sie verstießen gegen die ukrainische Verfassung (aber das ist keine Frage des Völkerrechts). Hätte aber Russland wegen dieser Verfassungswidrigkeit den Beitritt der Krim nicht ablehnen müssen? Nein; die ukrainische Verfassung bindet Russland nicht. War dessen Handeln also völkerrechtsgemäß? Nein; jedenfalls seine militärische Präsenz auf der Krim außerhalb seiner Pachtgebiete dort war völkerrechtswidrig. Folgt daraus nicht, dass die von dieser Militärpräsenz erst möglich gemachte Abspaltung der Krim null und nichtig war und somit deren nachfolgender Beitritt zu Russland doch nichts anderes als eine maskierte Annexion? Nein." So schrieb Reinhard Merkel am 8. April 2014 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Vielen gilt seine Position inzwischen als widerlegt. Doch ist sie es? Rubikon hat nachgefragt.

Emblem des Internationalen Strafgerichtshofs (gemeinfrei)

ULRICH HEYDEN: *Herr Merkel, Politiker und Medien in Deutschland meinen bis heute auf der Krim habe ein Annexion stattgefunden. Was sagen Sie?*

REINHARD MERKEL: Ich war nach meiner Wahrnehmung in den für salonfähig gehaltenen Medien hier der einzige, der gesagt, lasst mal die Kirche im Dorf mit der Krim. Eine Annexion war das nicht. In welcher Hinsicht das völkerrechtswidrig war, lässt sich genau angeben. Aber verglichen mit einer manifesten Gewaltanwendung etwa der USA im Irak 2003, die völkerrechtswidrig war, ist das mit der Krim eine federleichte Bagatelle. Und hier hat man sich aufgeregt, so als ob die Russen mit dem dritten Weltkrieg spielen. Und das hat mich sehr geärgert. Ich habe nach meinem Artikel, den ich 2014 in der FAZ veröffentlich habe, mit renommierten Völkerrechtlern, wenn auch beiläufig nach meinem Artikel in der FAZ über die Dinge geredet und gestritten, etwa mit der Direktorin des Max-Plank-Instituts für Völkerrecht in Heidelberg, Frau Anne Peters, die eine kluge Frau ist. Das war in Berlin anlässlich eines Fellow-Treffens am Wissenschaftskolleg. Sie hat sich hingestellt und gesagt, was man von den offiziellen Völkerrechtlern erwartet: „Das mit der Krim ist skandalös! Eine Annexion!" Ich habe dann beiläufig zu ihr gesagt:

> „Sie glauben mit Unrecht, dass die Frage der Annexion eine Frage des Völkerrechts ist. Es gibt kein völkerrechtliches Dokument, das den Begriff der Annexion definiert."

ULRICH HEYDEN: *Aber in Ihrem Artikel in der FAZ haben Sie geschrieben, Annexion sei die gewaltsame Landnahme durch einen fremden Staat.*

REINHARD MERKEL: Es gibt natürlich einen Konsens, gewaltsame Landnahme durch einen fremden Staat. Aber dann haben Sie die Hintergrund-Phänomene, die hier eine Rolle gespielt haben, nämlich dass, wie immer man das Abstimmungsverfahren auf der Krim einschätzen will, es eigentlich zweifelsfrei war, dass eine deutliche Mehrheit der Krim-Bewohner zu Russland gewollt haben. Es ist ja nach wie vor so, dass die lieber bei Russland als bei der Ukraine sind. Und ich habe als zusätzliches Kriterium, und das mache ich dann als Rechtstheoretiker und nicht als jemand, der sagt, da gibt es doch die Texte und die Dokumente und die völkerrechtlichen Konventionen, die gibt es eben dazu nicht. Ich habe als zusätzliches Kriterium eingeführt, dass Annexion nur dann ein sinnvoller Begriff ist, wenn er nicht nur gegen den Willen der Regierung einer bestimmten Gegend, sondern auch gegen den Willen der Bevölkerung geht. Also, was Saddam Hussein mit Kuwait gemacht hat. Das war eine klare Annexion. Oder was die Israelis leider schleichend und dauernd machen, diese Landnahme dort. Leider sage ich dazu. Ich habe jede Menge gute Kontakte nach Israel und eine positive emotionale Beziehung zu der vitalen Zivilgesellschaft und zur intellektuellen Szene dort. Das ist intellektuell ein viel lebendigeres Land als die arabischen Staaten außen herum. Aber was die da machen, das sind Annexions-Handlungen. Aber das hören sie in Deutschland nicht.

ULRICH HEYDEN: *Wer setzt die Regeln des Völkerrechts fest?*

REINHARD MERKEL: Seit Kant und schon davor wird das Völkerrecht von der Frage begleitet, ist es Recht oder Politik? Und die Trennlinie zwischen Recht und Politik ist im Völkerrecht viel unklarer und verwaschener als im innerstaatlichen Recht. Nach dem Einmarsch der Amerikaner in den Irak 2003 haben amerikanische Völkerrechtler, renommierte und kluge Leute, sich hingestellt und gesagt, wir sind der mächtigste Staat der Welt. Militärisch und ökonomisch. Unser Gewicht liegt mindestens bei 50 Prozent der ganzen Staatengemeinschaft. Wenn wir was tun, dann ist das so, als ob mehr als die Hälfte der Staatengemeinschaft das tun würde. Sie argumentierten mit dem Völker-Gewohnheitsrecht in dem Sinne, wenn wir einen Krieg führen, der vorher eindeutig rechtswidrig war, wird er durch sein Durchführen selber rechtmäßig. Tatsächlich ist eine der wichtigsten Rechtsquellen des Völkerrechts das Völkergewohnheitsrecht. Es entsteht aus der Praxis der Staaten. Die Staaten sind die Gesetzgeber. Über ihnen gibt es keinen Gesetzgeber im Völkerrecht. Die UNO ist nicht der Weltherrscher. Der UNO-Sicherheitsrat selbstverständlich auch nicht. Die Staaten selber setzen das Recht und eben

Publiziert auf Free21 am 22.01.2018, 14:50 Uhr, von Ulrich Heyden auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0.

das Völkergewohnheitsrecht durch ihre Art der Interaktion.

ULRICH HEYDEN: *Und was sagen Sie zu der Behauptung dieser amerikanischen Völkerrechtler?*

REINHARD MERKEL: Das ist absurd, so was zu sagen: Ein Angriff, der eigentlich nach allen Kriterien verboten ist, beschafft sich dadurch, dass er exekutiert wird, seine eigene Erlaubnis. Das ist absurd. Da sehen Sie, dass die alte Frage, is it law or politics, nicht wirklich erledigt ist. Wiewohl ich zu denen gehöre, die sagen, wir müssen das Völkerrecht ernster nehmen, als es oft gemacht wird. Tatsächlich ist es so, dass im Völkerrecht die Rechtsbrüche zum Motor der Entwicklung neuer rechtlicher Normen werden. Der größte Teil des Völkerrechts ist aus ursprünglichen Rechtsbrüchen entstanden.

ULRICH HEYDEN: *Das Völkerrecht hat die Rechtsbrüche im Nachhinein legitimiert?*

REINHARD MERKEL: Da schließen sich dann Staaten an und sagen, gut, das sehen wir auch so, und schon wird es nach und nach Gewohnheitsrecht. Das Völkerrecht entsteht langsam. Deshalb gibt es im Völkerrecht einen Begriff, den es in der sonstigen Rechtsordnung nicht gibt: „soft law".

ULRICH HEYDEN: *Das heißt?*

REINHARD MERKEL: „Soft law" heißt: Wir wissen nicht genau, ist das schon Recht oder entsteht es erst? Das betrifft vor allem die sogenannte humanitäre Intervention. Also solche Dinge, wie sie im Kosovo im Jahre 1999 ohne die Autorisierung des UN-Sicherheitsrates geschehen sind. Aber ich behaupte, auch die Intervention in Libyen mit der Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat war nicht legitimierbar. Man sieht, dass solche Dinge oft unklar sind und lange bleiben. Und dass es erst zu einer Konsolidierung der Rechtsüberzeugungen der Staaten kommen muss, die dann meistens auch geäußert wird, zum Beispiel in der UNO-Generalversammlung. Dann beginnt es, zum Recht zu werden.

ULRICH HEYDEN: *Wer ist der Gesetzgeber im Völkerrecht?*

REINHARD MERKEL: Es gibt keinen Gesetzgeber im Völkerrecht. Es sind nur die Staaten selber und die sind zugleich die Rechtsunterworfenen. Das ist eine ganz singuläre Situation. Nun ist das theoretisch auch im innerstaatlichen Recht so. Wir, Sie und ich sind hier Rechtsunterworfene, sind aber Teil des Souveräns über unsere gewählten Abgeordneten. Aber im Völkerrecht ist das unmittelbar so. Bis hin zu der glatten Unverschämtheit, zu sagen, wir sind der mächtigste Staat der Welt, was wir machen ist immer Recht. Das ist absurd. Die Amerikaner hatten eine Weile diese Attitüde. Ja, bei George W. Bush diese völlig irre Idee der Neocons, zu sagen, jetzt führen wir ein halbes Dutzend Kriege, dann ist die Welt befriedet. Und alle sind froh, dass sie McDonalds und Coca Cola kriegen. Absurd.

ULRICH HEYDEN: *2014 sprachen viele Politiker in Deutschland von einer sehr gefährlichen Situation. Das erste Mal seit 1945 seien Grenzen in Europa gewaltsam verändert worden. Was ist Ihre Meinung?*

REINHARD MERKEL: In einem formellen Sinn sind die Grenzen damals verändert worden. Insofern, als dass die Krim der Ukraine sozusagen entfernt und zu Russland gezogen wurde. Das ist eine Art Grenzveränderung. Aber die Formulierung von der ersten gewaltsamen Grenzveränderung seit 1945, die ja 2014 gang und gäbe war, hat eine Suggestion gehabt, die weit über das Ziel hinausgeschossen ist. Der erste übertriebene Tonfall ist „gewaltsam". Bei der sogenannten Krim-Annexion ist niemand ums Leben gekommen. Die Russen haben genötigt, gedroht mit dem Aufmarsch ihres Militärs vor den Kasernen der ukrainischen Soldaten. Aber die Drohgebärde war die eines turmhoch Überlegenen, der genau wusste, ich muss die Gebärde machen, dann gehorchen die. Es wird nicht zur Gewalt kommen. Und wenn an einzelnen Stellen, dann haben wir das schnell im Griff. Im Völkerrecht gibt es aber den Artikel 2, Absatz 4 der UNO-Charta, der verbietet die Gewaltanwendung zwischen Staaten, ausgenommen die durch den UN-Sicherheitsrat legitimierte Gewalt und die Selbstverteidigung nach einem Angriff auf einen Staat. Die Völkerrechtler haben sich angewöhnt, das unter den Kurztitel Gewalt zu ziehen. Also hat man gesagt, die Russen haben auf der Krim Gewalt angedroht, wenn nicht gehorcht wird. Die haben nicht einfach gesagt, gleich geht's los, sondern kusch, ihr haltet euch ruhig. Das ist eine Nötigungsdrohung. Das hat man dann unter den Begriff Gewalt gezogen. Die Bevölkerung, die das in allen Zeitungen gelesen hat, nimmt den Eindruck mit, hier hat jemand eine Art Krieg geführt. Und das ist falsch.

ULRICH HEYDEN: *Könnte man nicht sagen, dass die Anwesenheit von russischem Militär außerhalb der Pachtgebiete auf der Krim der Bevölkerung der Halbinsel signalisierte: Wir haben die Hoheit über die Halbinsel schon übernommen und die Abstimmung ist nur noch eine reine Formsache?*

REINHARD MERKEL: So könnte man argumentieren. Aber dann müsste man konkreter zweierlei zeigen: Erstens, dass der Aufmarsch des russischen Militärs auch an die Bevölkerung adressiert war. Und zweitens, dass es Gründe gab anzunehmen, dass ein großer Teil der Bevölkerung der Krim bei der Ukraine bleiben will. Selbstverständlich gibt es immer einen Teil einer solchen Bevölkerung, die dagegen ist, dass die Staatszugehörigkeit gewechselt wird. Aber das wusste man und das war auch nicht ernsthaft bestritten im Westen, dass eine deutliche Mehrheit der Krim-Bevölkerung zu Russland wollte, also nichts dagegen hatte. Beim Referendum haben über 90 Prozent dafür gestimmt. Ob die Auszählung sauber und korrekt war, da habe ich große Zweifel. Die ganze Abstimmung hatte nicht den Charakter einer ordentlichen und halbwegs formell legitimen Geschichte. Aber das Ergebnis der Abstimmung war schon vorher unstreitig. Jeder wusste das. Und die Krim-Bevölkerung hatte ja schon zweimal – 1991 und 1993 – deutlich zum Ausdruck gebracht, wir wollen zu Russland. Sie haben ja auch lange zu Russland gehört.

ULRICH HEYDEN: *Es gibt im Völkerrecht also keinen Rechtsrahmen für Abspaltung?*

REINHARD MERKEL: Bei der Krim verzahnen sich ein externer Eingriff seitens Russlands, der hier Annexion genannt wurde, und interne Abspaltungsneigungen der Bevölkerung, die man Sezession nennt. Wichtig ist bei all diesen Überlegungen: Es gibt im Völkerrecht weder zur Annexion noch zur Sezession deutliche Normen. Und das liegt ganz trivial daran, dass die Staaten als die Gesetzgeber des Völkerrechtes sowas nicht wollen. Die wollen auch nicht die Sezession regeln. Sehen Sie mal, was in Katalonien jetzt passiert. Aber deswegen ist es auch nicht verboten. Es gibt im Völkerrecht – anders als im innerstaatlichen Recht – Gebiete, die sind nicht geregelt, weder erlaubt noch verboten.

ULRICH HEYDEN: *Viele Medien und Politiker meinen, wenn man die Vereinigung der Krim mit Russland zulasse, dann riskiere man, dass demnächst Russen in den baltischen Staaten die Vereinigung mit Russland fordern.*

REINHARD MERKEL: Das ist ja nun ganz und gar abwegig. Die ganze Krim ist ja nun auch geographisch eine abgrenzbare Einheit. Die hat lange zu Russland gehört und eine über 300-jährige russische Geschichte. Außerdem ist der Wechsel zur Ukraine ein innerstaatlicher Akt der Sowjetunion gewesen und ein autoritativer, eigentlich willkürlicher Akt von Chruschtschow, der nie materiell besonders legitimiert war. Es ist nur kein Thema gewesen, weil es ein innerstaatlicher Akt war. Es würde auch kein besonderes Thema sein, wenn man sagt, Ulm gehört jetzt nicht mehr zu Baden-Württemberg, sondern zu Bayern.

ULRICH HEYDEN: *Ihre Positionen unterscheiden sich sehr von der veröffentlichten Meinung in Deutschland. Wie kam das? Waren Sie auf der Krim?*

REINHARD MERKEL: Nein, aber ich habe mich mit diesem speziellen Punkt ein bisschen beschäftigt. Ich habe – nachdem mein Artikel in der FAZ erschienen war – mal

Publiziert auf Free21 am 22.01.2018, 14:50 Uhr, von Ulrich Heyden auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0.

kurz per E-Mail mit dem Juristen in der politischen Redaktion, Reinhard Müller, korrespondiert. Das ist ein kluger Kopf. Er hatte einen Kommentar geschrieben, wo von Annexion und dem Bruch des Völkerrechts die Rede war. Und er hat so getan, als ob die Russen genau das gemacht haben, was Saddam Hussein mit Kuweit gemacht hat. Da habe ich ihm geschrieben: Herr Müller, das haut doch hinten und vorne nicht hin. Da kam bei mir dann der Satz, jeder weiß, dass die deutliche Mehrheit der Krim-Bewohner zu Russland wollte, niemand bestreitet das. Und alles, was bei ihm an Replik kam, war, woher wissen sie das so genau? Meiner Meinung nach ist das nur eine Geste zu sagen, ganz sicher kann man empirisch gar nichts wissen. Und das stimmt sogar für die Naturwissenschaften. Es ist billig sich auf so eine Gegenfrage zurückzuziehen.

ULRICH HEYDEN: *Gab es auf der Krim die Gefahr eines Krieges?*

REINHARD MERKEL: Selbstverständlich hatte Kiew Militär eingesetzt. Die Russen haben das mit der nötigen Drohgebärde unterbunden. Hätten sie es zugelassen, dass da erstmal geschossen wird und wären dann da einmarschiert, dann wäre es zu einem militärischen Konflikt gekommen. Also ich sage nicht, dass Russland da rechtmäßig gehandelt hat. In einem formellen Sinne hat Russland zweimal das Völkerrecht gebrochen. Russland hat auf einem Gebiet, das nicht zu Russland gehörte, eine militärische Drohgebärde gemacht und es hat am nächsten Tag gesagt, ihr dürft zu uns kommen, wir erkennen das an. Das ist völkerrechtswidrig. Aber angesichts des historischen Hintergrunds, wie die Krim zur Ukraine kam, angesichts der qualifizierten Mehrheit von Ukrainern, die zu Russland wollten und dann angesichts der politisch geschickteren Option zu sagen, wir vermeiden Blutvergießen, wenn wir von Anfang an sagen, ihr haltet euch ruhig, kann man nur sagen, es war zwar rechtswidrig, aber eine Bagatelle. Sogar die Bundeskanzlerin sagte, die Friedensordnung in Europa sei verletzt worden. Das sagte dieselbe Bundeskanzlerin, die 2003 den Einsatz der Amerikaner im Irak gutgeheißen hat. Dieser Einsatz hat bis heute eine halbe Millionen Menschleben gekostet und hat täglich noch immer fürchterliche Folgen. Und dann kann man nur sagen, wer so mit gespaltener Zunge spricht, der muss sich einen deutlichen Widerspruch gefallen lassen. Russland hat völkerrechtswidrig gehandelt, aber das ist eine federleichte Angelegenheit gewesen, verglichen mit dem Irak.

ULRICH HEYDEN: *Die Russen sagen, im Februar 2014 gab es in Kiew einen Staatsstreich. Aus der Sicht Russlands gab es dadurch ein Sicherheitsproblem. Denn in die Regierung zogen auch Faschisten ein, wie etwa der jetzige ukrainische Parlamentspräsident Andrej Parubi. Kann Russland die Umstände des Machtwechsels in Kiew als ein weiteres Argument für sein Handeln auf der Krim anführen?*

REINHARD MERKEL: Ja, das kommt dazu. Wenn man vernünftig hinguckt, ist dieser Machtwechsel illegitim, also so etwas wie ein illegitimer Staatsstreich gewesen. Und er hat Russlands Sicherheitsinteressen beeinträchtigt, da Russland damit rechnen musste, dass ihr Militärstützpunkt auf der Krim, den sie seit eh und je legitim da haben, umzingelt und abgeschnitten wird. Natürlich spricht das zugunsten Russlands in dieser Angelegenheit.

ULRICH HEYDEN: *Sehen Sie die Gefahr, dass der Zerfall der Ukraine weiter geht, dass sich die international nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk festigen und sich vielleicht sogar Charkow und Odessa irgendwann abspalten wollen?*

REINHARD MERKEL: Es ist eine Art Pulverfass, was da jetzt entstanden ist. Das bedroht die Stabilität- und Sicherheitsinteressen aller Staaten außenherum auch. Was dringend geboten wäre, wäre ein Blick auf die Prinzipien, die das Oberste Gericht von Kanada zu den Abspaltungsbestrebungen von Quebec formuliert hat. Der Supreme Court hat gesagt, Quebec hat kein Recht zur Abspaltung, aber was auf jeden Fall vermieden werden muss, ist ein Bürgerkrieg. In solchen Krisensituationen darf nicht sofort Gewalt angewendet werden. Es müssen Vermittlungsversuche unternommen werden. Weiter hat das Oberste Gericht von Kanada gesagt, wenn es eine qualifizierte Mehrheit von 65 Prozent für eine Sezession gibt und alle Vermittlungsversuche gescheitert sind, muss das von der Zentralregierung akzeptiert werden, weil die Alternative Bürgerkrieg bedeuten würde. Auch in der Ukraine müsste man versuchen vernünftig zu vermitteln. Kiew müsste gegenüber der Ostukraine weitere Zugeständnisse machen, das heißt mehr Autonomie zugestehen.

ULRICH HEYDEN: *Warum zitieren Sie eigentlich die Entscheidung des Obersten Gerichts von Kanada. Hat diese Entscheidung internationale Bedeutung?*

REINHARD MERKEL: Das ist die einzige juristische Entscheidung, die wir zur Frage der Sezession haben und sie ist aus meiner Sicht als Rechtsphilosoph durch und durch vernünftig. Die Entscheidung ist kritisiert worden von denen, die sagen, eine Sezession wird niemals akzeptiert, die Entscheidung ist viel zu nachgiebig.

ULRICH HEYDEN: *Wir leben in einer Zeit, in der das, was Sie als grundlegendes ethisches Ziel postulieren, die Vermeidung eines Bürgerkrieges, immer mehr verletzt wird. Wenn die Staaten Autonomie-Bestrebungen generell als Realität annehmen und geforderte Autonomie-Rechte zugestehen, könnte die Welt dann stabiler werden?*

REINHARD MERKEL: Man muss den Regionen, die deutlich zur Abspaltung tendieren, mehr Autonomie-Rechte geben. Man muss ihnen aber auch sagen, es hat einen Sinn, dass wir formelle Staatsgrenzen haben. Von diesem Sinn profitiert ihr in Wahrheit auch. Die ganze völkerrechtliche Ordnung würde erschüttert, wenn jeder Verein seinen eigenen Staat aufmachen dürfte. Es müssten für solche Situationen – so meine ich – auf Seiten der UNO Institutionen mit für solche Fragen geschulten und von höchster Autorität beglaubigten Mediatoren geschaffen werden.

ULRICH HEYDEN: *Der Konflikt in der Ukraine hat auch eine kulturelle Seite. Die Romane von Tolstoi und Dostojewski wurden jetzt vom Lehrplan genommen, weil diese Schriftsteller russisch-imperiale Sichtweisen vertreten.*

REINHARD MERKEL: Das ist nicht nur absurd, sondern auch eine militante Geste, die nicht gut ist. Was erzwungen werden müsste – und die westlichen Staaten hätten auf Kiew viel mehr Druck ausüben müssen – sind friedliche Formen der Mediation. Es gibt keine Patentlösung für diese Fragen. Die hätte es auch in Katalonien nicht gegeben, wenn die dort weiter auf Konfrontation gesetzt hätten. Schauen sie mal auf England und Schottland, wie das da vor zwei Jahren gehandhabt wurde. Die Schotten haben abgestimmt und die Engländer haben gesagt, macht das bloß nicht. Aber die haben doch nicht gesagt, wenn ihr auf die Idee kommt, dann sind wir sofort mit der Armee dort. Natürlich haben die das nicht gesagt. Die haben gesagt, lieber nicht. Und sie haben sich auf eine Art Meinungskampf eingelassen. Und die Schotten haben sich nicht abgespalten.

ULRICH HEYDEN: *Welche Lösung gibt es für die Krim-Frage heute? Der BND-Chef sagt, wir müssen uns mit der Krim lange beschäftigen.*

REINHARD MERKEL: Ja, aber der BND-Chef sagt, Russland ist ein potentieller Aggressor. Nicht eine Sekunde lang habe ich das je geglaubt. Das wurde ja hier in den Medien und der Politik hin und her dauernd rekapituliert. Russland könnte das Baltikum bedrohen und könnte in Polen einmarschieren.

ULRICH HEYDEN: *Warum haben Sie das nicht geglaubt?*

REINHARD MERKEL: Weil Putin, was immer man ihm sonst an Machtinstinkt und unguten Zügen zuschreiben kann, einer der intelligentesten internationalen Politiker ist, die wir haben und weil der Einmarsch in Polen und einem

Publiziert auf Free21 am 22.01.2018, 14:50 Uhr, von Ulrich Heyden auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0.

baltischen Staat auf der Stelle den Dritten Weltkrieg heraufbeschwören müsste. Das sind Nato-Mitglieder. Die Nato wäre verpflichtet einzugreifen. Das sind vollkommen absurde Zuschreibungen.

ULRICH HEYDEN: *Wie meinen Sie das, einer der intelligentesten Politiker?*

REINHARD MERKEL: Selbstverständlich will Putin keinen Dritten Weltkrieg. Also ich sage ihnen ganz klar: Alle unsere Politiker, die gesagt haben, Russland könnte Polen, Estland, Lettland und Litauen militärisch bedrohen, keiner von denen hat das eine Sekunde lang geglaubt. Das ist doch eine völlig absurde These. Wenn Putin einen Krieg mit den USA anfangen würde, wäre er ein Selbstmörder, nicht nur für sich persönlich, sondern für sein ganzes Volk.

ULRICH HEYDEN: *Sie haben in ihrem Aufsatz für die FAZ 2014 geschrieben, die vorschnelle Anerkennung der Krim durch Russland war völkerrechtswidrig. Russland hätte damit warten müssen.*

REINHARD MERKEL: Ich halte das für völkerrechtswidrig. Aber man muss dazu sagen, das gleiche ist mit dem Kosovo geschehen. Und jetzt möchte ich mal zwei Dinge an der Kosovo-Diskussion richtigstellen. Da ist ja immer gesagt worden, die Kosovo-Lage könne man nicht mit der Krim vergleichen, denn die Albaner seien von den Serben blutig geknechtet worden. Das stimmte, als der Kosovo sich abgespalten hat, seit fast zehn Jahren nicht mehr. Der Kosovo war unter der Verwaltung der UNO und der Europäischen Union. Die haben ja dort die Polizeikräfte aufgebaut. Es gab eine neue serbische Regierung. Es gab eine neue serbische Verfassung. Milošević, der Schurke, der zehn Jahre vorher im Kosovo aggressiv agiert hatte, war in Den Haag in Haft und war schon gestorben, als der Kosovo sich abgespalten hat. Und das Dritte ist: Hier in den Medien wurde immer gesagt, die Volksabstimmung auf der Krim sei nichts wert gewesen. Im Kosovo gab es überhaupt keine Volksabstimmung. Trotzdem wurde der Kosovo von den Amerikanern am nächsten und von Deutschland am zweiten Tag anerkannt. Wir haben also im Kosovo einen Präzedenzfall geschaffen. Und der Internationale Gerichtshof hat in einer intern hochumstrittenen Entscheidung gesagt, das Völkerrecht sagt nichts dazu. Insofern war die Anerkennung des Abspaltungsreferendums auf der Krim durch Russland völkerrechtswidrig, aber auch dieser Völkerrechtsbruch war federleicht geworden durch das eigene Verhalten des Westens im Kosovo.

ULRICH HEYDEN: *Haben Sie vielen Dank für das Gespräch.*

Dieser Text wurde zuerst am 13.12.2017 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/die-krim-und-das-volkerrecht› veröffentlicht. (Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=28697›

Autor:

Ulrich Heyden

Jahrgang 1954, ist seit 1992 freier Korrespondent in Moskau. Er arbeitet für den Freitag, Telepolis und RT Deutsch. Von 2001 bis 2014 war er Korrespondent der Sächsischen Zeitung. Parallel arbeitete er für einen Pool deutschsprachiger Zeitungen, unter anderem für die Salzburger Nachrichten, Die Presse, Aargauer Zeitung, Südostschweiz, Mittelbayerische Zeitung, Südkurier. Er ist Mitautor des Buches „Opposition gegen das System Putin“, Autor des Buches „Ein Krieg der Oligarchen. Das Tauziehen um die Ukraine“ und Co-Regisseur des Films „Lauffeuer“ über den Brand im Gewerkschaftshaus von Odessa am 2. Mai 2014. Er kommentiert in russischen Fernseh- und Radio-Sendungen politische Ereignisse in Deutschland.

www.ulrich-heyden.de.

Eritrea – ein Stern in der Nacht Afrikas

Hintergründe zu globaler Armut und Flucht. Interview mit dem Dokumentarfilmer Fulvio Grimaldi.

von Bernd Duschner

Nach Auffassung des italienischen Journalisten und Dokumentarfilmers Fulvio Grimaldi soll die besonders großzügige Asylgewährung Italiens für Eritreer das Land gezielt seiner jungen Generation berauben und es in seiner Entwicklung behindern. Eine vergleichbare Politik verfolgen EU und Bundesregierung nach Fulvio Grimaldi gegenüber Eritrea. Die säkulare Regierung des Landes, in dem neun verschiedene Ethnien, Christen und Moslems friedlich zusammenleben, sieht sich wegen ihrer eigenständigen Politik seit Jahren mit Wirtschaftssanktionen und Aggressionen durch das benachbarte und von den USA dabei unterstützte Äthiopien konfrontiert.

Vorbemerkung

Die Asylpolitik ist integraler Bestandteil der Gesamtpolitik der Bundesregierung. Sie wird nicht von humanitären Überlegungen bestimmt, sondern richtet sich nach den Zielen, welche die Bundesregierung gegenüber den jeweiligen Herkunftsländer verfolgt. Das wichtigste Kriterium für die Behörden, wie schnell der Antrag eines Flüchtlings auf Asyl zu bearbeiten und wie er zu entscheiden ist, ob und wie schnell der Flüchtling Zugang zu notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen und dem Arbeitsmarkt erhält, ist deshalb sein Herkunftsland.

Eritreische Hochzeit (Foto: Charles Fred, CC BY-SA 2.0)

Die Bundesregierung weiß genau, dass der Verlust vieler gut ausgebildeter Arbeitskräfte zur Destabilisierung eines Landes beitragen und seine Entwicklung verhindern kann. Von dieser Erkenntnis hat sie sich bei ihrer Politik gegenüber der ihr verhassten früheren DDR

stets leiten lassen. Sie hat deshalb dafür gesorgt, dass DDR-Bürgern aus ihrer Flucht in die Bundesrepublik keine materiellen Nachteile entstanden, beispielsweise wegen Beiträgen für ihre Altersversorgung, die sie in der DDR geleistet und nicht in die westdeutschen Rentenkassen eingezahlt hatten.

Als das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Ende 2014 beschloss, Asylverfahren von syrischen Antragstellern „ab sofort prioritär in einem vereinfachten Verfahren“ ohne mündliche Anhörung nur auf der Grundlage eines Fragebogens in einer „angestrebten Verfahrensdauer von 11 Tagen“ zu bearbeiten [1] und schließlich die Bundeskanzlerin im August 2015 entschied, das Dublin-Verfahren zeitweise und ausschließlich für Syrer auszusetzen, lagen ähnliche Motive vor.

Mit der Zusage, syrischen Flüchtlingen ohne Einzelfallprüfung in kürzester Zeit die Anerkennung als Asylbewerber mit Anspruch auf Familienzusammenführung, notwendiger Weiterqualifizierung und Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland zu geben, sollte dem syrischen Staat in einer äußerst kritischen Phase Zehntausende an gut ausgebildeten Fachkräften und dringend benötigten Rekruten entzogen und sein Zusammenbruch beschleunigt werden [3].

Eine vergleichbare Politik verfolgen EU und Bundesregierung nach Auffassung des italienischen Journalisten und Dokumentarfilmers Fulvio Grimaldi gegenüber Eritrea. Die säkulare Regierung des Landes, in dem neun verschiedene Ethnien, Christen und Moslems friedlich zusammenleben, sieht sich wegen ihrer eigenständigen Politik seit Jahren mit Wirtschaftssanktionen und Aggressionen durch das benachbarte und von den USA dabei unterstützte Äthiopien konfrontiert.

Nach Auffassung von Fulvio Grimaldi soll die besonders großzügige Asylgewährung für Eritreer das Land gezielt seiner jungen Generation berauben und es in seiner Entwicklung behindern. Nachfolgend das Interview mit dem Titel „Eritrea – wozu Italien der Mut fehlt“(4), das Grimaldi dem italienischen Journalisten Cesare Germoglio im Juli 2017 gegeben hat. Grimaldi kennt das Land bereits seit 1971. Damals hat er Kämpfer der eritreischen Befreiungsfront zur Zeit der äthiopischen Besatzungsmacht über Monate hinweg begleitet. Im Spätherbst möchte er mit seinem neuen Film „Eritrea, a star in the night of Africa“ nach Deutschland kommen.

(Grafik: Rei-artur, Original von Vardion, wikimedia, CC BY-SA 3.0)

Eritrea ist ein Staat im nordöstlichen Afrika. Er grenzt im Nordwesten an den Sudan, im Süden an Äthiopien, im Südosten an Dschibuti und im Nordosten an das Rote Meer. Der Landesname leitet sich vom altgriechischen Erythraia ab, das auf die Bezeichnung erythrà [thálassa], ‚rotes [Meer]‘, zurückgeht. Die Eigenbezeichnung Ertra aus Altäthiopisch bahïrä ertra, ‚Rotes Meer‘, bezieht sich ebenfalls auf diese alte griechische Bezeichnung des Roten Meeres. Ein Viertel der knapp 6 Millionen Einwohner (2016) zählenden Bevölkerung Eritreas konzentriert sich auf die Hauptstadtregion von Asmara, die weiteren Städte sind deutlich kleiner.
Das Hochland von Eritrea war das Königreich Medri Bahri mit der Hauptstadt Debarwa, wo der Baher Negash herrschte, und das Tiefland von Eritrea war mehr als 300 Jahre eine osmanische und ägyptische Kolonie mit der Hauptstadt Massaua. Seit 1890 war Eritrea eine italienische Kolonie. Ab 1941 stand das Land unter britischer Verwaltung und war seit 1952 föderativ mit dem damaligen Kaiserreich Abessinien in Personalunion verbunden, ehe es 1961 als Provinz Eritrea des Äthiopischen Kaiserreiches von Haile Selassie zentralistisch eingegliedert wurde. Nach dreißigjährigem Unabhängigkeitskrieg wurde Eritrea 1993 erstmals seit 1961 wieder von Äthiopien unabhängig.
Heute hat das Land eine der Form nach republikanische Verfassung und wird seit der Unabhängigkeit politisch von der „autoritären“ Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit dominiert, die aus der Unabhängigkeitsbewegung der Eritreischen Volksbefreiungsfront hervorgegangen ist. Präsident ist seither Isayas Afewerki.

Quelle: Wikipedia.de

Interview

FRAGE: *Herr Grimaldi, worin besteht die Sonderstellung Eritreas innerhalb Afrikas und insbesondere hinsichtlich seiner Beziehungen zum Westen?*

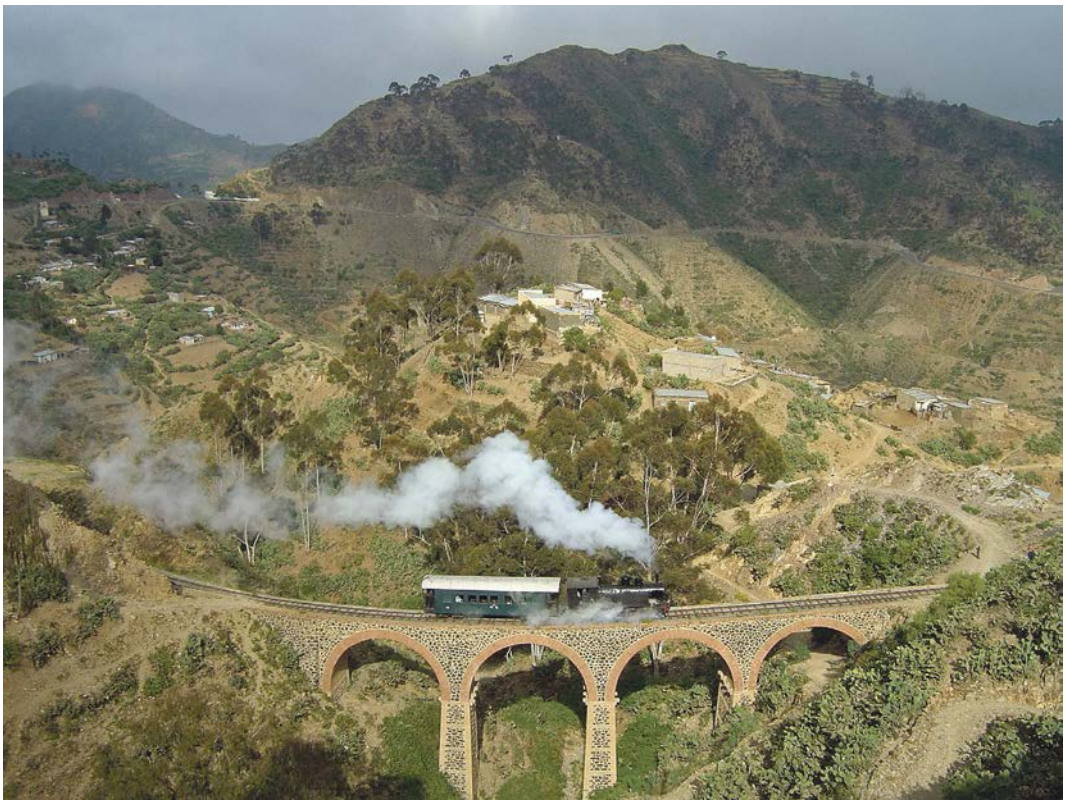
FULVIO GRIMALDI: Wenn man sich mit der Situation in Eritrea auseinandersetzt, sollte man immer die Gesamtentwicklung auf dem afrikanischen Kontinent im Auge haben. Afrika erlebt derzeit massive Angriffe vieler Mächte, die erkannt haben, dass sich dort für die Zukunft ein großes ökonomisches Potential und Möglichkeiten für unschätzbare Bereicherung befinden. Afrika hat eine ganze Reihe korrupter Regierungen, die einem neuen Kolonialismus die Türen geöffnet haben. Deshalb bestehen auch unter politischen und sozialen Gesichtspunkten die Voraussetzungen, Einfluss zu nehmen und davon zu profitieren. Dieser neue Kolonialismus wird mit erneuter Kraft im Wesentlichen von den alten früheren Kolonialmächten vorangetrieben. Zusätzlich sind jetzt noch die USA in der ersten Reihe ganz vorne mit dabei.

Von dieser allgemeinen Entwicklung setzt sich Eritrea ein wenig ab. Es nimmt eine Sonderrolle ein, unterscheidet sich von der Mehrheit der afrikanischen Staaten, indem es sich dem Diktat der internationalen politischen und Finanzinstitutionen nicht unterwirft. Das hat dem Land natürlich die Feindschaft der westlichen Mächte gebracht, die von einer massiven feindseligen Medienkampagne begleitet wird. Der Grund: Dieses Land entspricht nicht der gewünschten Vorstellung, dass sich die Regierungen der südlichen Welt unterzuordnen haben. Als einziges afrikanisches Land neben Zimbabwe akzeptiert es keinerlei militärische Präsenz der USA auf dem eigenen Territorium. Das Klima, das sich gegen Eritrea gebildet hat, hatte verschiedene Folgen: unter anderem die Sanktionen, welche die UN 2009 beschlossen haben.

FRAGE: *Wie kritisch ist aktuell die politische und wirtschaftliche Situation Eritreas?*

FULVIO GRIMALDI: Die Sanktionen von 2009 haben die Lage mit Sicherheit verschlechtert. Bei der Beurteilung der Lage darf man allerdings nicht vergessen, dass Eritrea einen Befreiungskrieg hinter sich hat, der über 30 Jahre angedauert hat. Die Sanktionen erschweren es Eritrea, für andere Länder zu einem Wirtschaftspartner zu werden, ohne dass diese ihrerseits sanktioniert und isoliert werden.

Publiziert auf Free21 am 22.01.2018, 14:50 Uhr, von Ulrich Heyden auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0.



Eritreische Eisenbahn im bergigen Gelände zwischen Arbaroba und der Hauptstadt Asmara. (Foto: Optimist on the run, CC BY-SA 3.0)

Dennoch sieht die Realität anders aus, als die Medien mit ihrer Propaganda sie uns verkaufen wollen: Ein Land, das Geisel einer Diktatur sei. Diese wäre die Ursache für extreme Armut, der die Bevölkerung auf jegliche Weise zu entfliehen versuche. Die Sozialpolitik des Landes ist auf eine gleichmäßige Verteilung des Reichtums ausgerichtet, so dass Hunger und Elend beseitigt werden. Es handelt sich um ein Modell sozialer und ökologischer Gerechtigkeit [5]. Wegen seiner Ausstrahlungskraft kann dieses Modell aus der Sicht der räuberischen Interessen des neuen Kolonialismus nur Hass hervorrufen.

FRAGE: *Welche Ursachen hat der große Zufluss von Flüchtlingen aus Eritrea nach Europa?*

FULVIO GRIMALDI: Dafür sind wirtschaftliche und nicht politische Probleme entscheidend. Die internationalen Sanktionen haben die Entwicklung erheblich behindert. In den Jahren nach der Befreiung 1991 bis zur äthiopischen Aggression 1998–2000 [6], die im Auftrag der USA erfolgte, gehörten die Wachstumsraten Eritreas zu den höchsten in Afrika.

Ich habe Eritrea wiederholt bereist. Extremes Elend und Hunger, die man in vielen anderen Ländern auf dem Kontinent findet, habe ich nicht angetroffen. Das ist das Verdienst der Regierung. Für sie hat die eigenständige Versorgung und die Unabhängigkeit von den internationalen Organisationen absolute Priorität [7]. Das ist Ergebnis einer Politik, welche die Grundversorgung der Bevölkerung an die oberste Stelle setzt und wodurch es folglich nur geringe Ungleichheiten gibt. Obwohl das Land mit schwierigen Problemen konfrontiert ist, mit Angriffskriegen, wirtschaftlicher und diplomatischer Isolierung, dem Mangel an Handelsaustausch – außer mit einigen arabischen Ländern, die sich um die internationalen Sanktionen nicht kümmern [8] –, ist in allen Teilen Eritreas keine extreme Armut zu sehen. Diese Isolierung des Landes verhindert jedoch, dass der Arbeitsmarkt der jungen Generation ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stellen kann und hat einen beachtlichen Strom an Auswanderern geschaffen. In den Statistiken wird die Emigration zudem durch einen zusätzlichen Faktor aufgebläht. Weil die Kolonialmächte das Land seiner besten Kräfte berauben wollen, wird Flüchtlingen aus Eritrea – und nur ihnen – in Europa automatisch Asyl gewährt [9]. Deshalb behaupten auch viele Flüchtlinge aus den Nachbarländern Äthiopien, Ghibuti und Somalia, die große ethnische, sprachliche und kulturelle Nähe aufweisen, die eritreische Staatsbürgerschaft zu besitzen. Sie möchten dadurch Rechte erhalten, die ihnen andernfalls nicht gewährt würden. Ein weiterer Faktor ist der natürliche Wunsch nach Familienzusammenführung mit der ersten Generation eritreischer Flüchtlinge, die in unser Land [gemeint ist Italien; Red.] vor allem in den 70er Jahren gekommen sind. Sie waren vor den Bombardierungen und der Repression durch das Regime in Äthiopien geflohen.

FRAGE: *Der eritreische Außenminister hat vor kurzem großes Interesse an der Intensivierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen und der Beziehungen zu Unternehmen der früheren italienischen Kolonialmacht gezeigt. Er hat in unserem Land allerdings kein aufmerksames Gehör gefunden. Sollte es tatsächlich so sein: Welche Chancen verspielen wir damit?*

FULVIO GRIMALDI: Es ist mit Sicherheit so. Das ist eine große historische Schande für Italien, das gegenüber Eritrea eine gewaltige Schuld hat. Wir waren eine ausgeprägt räuberische Kolonialmacht, ziemlich rücksichtslos und mit einer Politik, die an die Apartheid in Südafrika erinnert. Sicher haben wir auch zu einer gewissen Entwicklung des Landes im Bereich Städtebau, Landwirtschaft und der Leichtindustrie beigetragen, aber immer und in erster Linie zum Nutzen der bürgerlichen italienischen Klassen, welche die Kolonialisierung betrieben haben. Die einheimische Bevölkerung hatte keinen Zugang zu höheren Bildung, sie durfte keine höhere als die 4. Klasse der Grundschule besuchen, sie hatte innerhalb der eigenen Ghettos zu bleiben und nur Zugang zu den niedrigsten Arbeiten.

Alle Regierungen der Nachkriegszeit sind dafür verantwortlich, dass Eritrea die ihm geschuldeten und auch nützlichen Beziehungen von Freundschaft und Zusammenarbeit verweigert wurden. Angesichts der großen geostrategischen und geoökonomischen Möglichkeiten, die Eritrea mit seiner zentralen strategischen Lage am Roten Meer und der Meeresenge von Bab-el-Mandeb bietet, ist eine solche Politik gegen unsere eigenen Interessen gerichtet. Bab-el-Mandeb öffnet den Weg nach dem Osten, ist eine Art Brücke zwischen dem Mittleren Osten, Asien, Europa und Afrika. Abgesehen davon ist Eritrea reich an natürlichen Ressourcen.

Weil wir uns den multinationalen Konzernen und westlichen Machtzentren unterwerfen, haben wir nicht den Mut und die Kraft gehabt, unsere Möglichkeiten für eine privilegierte Partnerschaft mit

einem Land wahrzunehmen, das eine Schlüsselrolle am Horn von Afrika spielt, und daraus Vorteile zu ziehen. Es sind das die gleichen Kräfte, die den Sturz von Ghaddafi in Libyen verursacht haben, einem anderen Land, mit dem Italien privilegierte wirtschaftliche Beziehungen, vor allem im Energiebereich, hatte. Indem wir uns dem Vernichtungskrieg, den Frankreich, USA und Nato in Gang gesetzt hatten, angeschlossen haben, haben wir nicht nur den Frieden in unserer Region und die weitere Existenz dieses großen Landes in Gefahr gebracht, sondern auch unseren eigenen Interessen einen Schaden zugefügt, der vielleicht nie mehr gut zu machen ist. Unsere Positionen haben andere übernommen.

FRAGE: *Eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Italien und Eritrea würde doch gut zu der bekannten Forderung des „Helfen wir ihnen zuhause vor Ort!“ passen. Wir stark könnte sie zur Eindämmung der Migrationsströme beitragen?*

FULVIO GRIMALDI: Bereits die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen würde die Migration junger Eritreer nach Europa auf eine vernachlässigbare Größe reduzieren. Deshalb sollten wir aufhören, zu versuchen, anderen Ländern unsere Modelle politischer und institutioneller Ordnung aufzuzwingen. Die Geschichte zeigt, dass der Westen unter diesem Vorwand und mit dem Vorwand, die Menschenrechte zu verteidigen, mehrfach ein Desaster angerichtet hat, anstatt Probleme zu lösen.

Im Kern: Um ihnen zu Hause zu helfen, um zu verhindern, dass Eritrea und Afrika ihrer jungen Generationen, ihrer besten Kräfte, ihrer Zukunft beraubt werden und damit sich die afrikanischen Länder nicht schutzlos für die koloniale Ausplünderung zur Verfügung stellen müssen, müsste man nur aufhören, ihnen diktieren zu wollen, was sie zu tun haben. Ihre Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit muss respektiert werden. Zusammenarbeit unter Respektierung ihrer Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit.

Anmerkungen:

[1] Seit 2011 hat die deutsche Bundesregierung auf EU-Ebene umfassende Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Syrien durchgesetzt. Sie sollen erklärtermaßen die Wirtschaft dieses Landes lahmlegen und seine Bevölkerung ins Elend und zum Aufstand gegen die eigene Regierung treiben. Ihre Wirkung auf Energie- und Lebensmittelversorgung, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen wird durch gezielte Angriffe auf lebenswichtige Versorgungseinrichtungen durch ISIS und Al Nusra noch verstärkt.Trotz der Not der syrischen Bevölkerung und obwohl die Sanktionen selbst die Arbeit von Hilfsorganisationen weitgehend verhindern, weigert sich die Bundesregierung bis heute, die Sanktionen aufzuheben. Auch daran wird deutlich, dass es ihr zum keinen Zeitpunkt um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der syrischen Bevölkerung ging.

[2] Mit seinem Beschluss ‹http://www.frsh.de/fileadmin/beiboot/BB20/BB-20-6-Anlage.pdf› ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge der Entscheidung der Innenminister von Bund und Länder vom 17.10.2014 nachgekommen, die Bearbeitung von Asylanträgen von Flüchtlingen aus „extrem unsicheren Herkunftsländern“ zu beschleunigen, weil diese „grundsätzlich und möglichst schnell ihre Anerkennung erhalten sollen“. Erhellend ist in diesem Zusammenhang auch der Artikel „Ansturm auf die Botschaft“ in Spiegel Online vom 14.8.15 ‹http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-138148066.html›.

[3] Nach dem Fall von Idleb im März und von Palmyra im Mai 2015 schien der Zusammenbruch des völlig erschöpften syrischen Staates nur noch eine Frage von wenigen Wochen zu sein. Der Korrespondent Christoph Ehrhardt überschrieb seinen Bericht in der FAZ vom 19.9.2015 jubelnd: „Assads Armee gehen die Männer aus“. Wolfgang Ischinger, Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, wollte die durch Bewaffnung von Terrorgruppen und Sanktionen von den Nato-Staaten selbst verursachte Flüchtlingswelle analog wie 1999 im Kosovo zum Vorwand für ein militärisches Eingreifen der Bundeswehr nehmen. „Wer sich dazu nicht aufrafft, darf sich nicht wundern, wenn weitere hunderttausende oder Millionen Flüchtlinge bei uns landen.“ (Spiegel Online, 15.9.2015). Das Eingreifen der russischen Luftwaffe seit dem am 30. September 2015 hat den Plänen für einen „regime-change“ in Damaskus einen Strich durch die Rechnung. Seitdem nimmt die Bundesregierung ihre „Großzügigkeit“ gegen Flüchtlingen aus Syrien schrittweise zurück.

[4] Das Original-Interview findet sich auf dem Blog von Fulvio Grimaldi: ‹http://fulviogrimaldi.blogspot.de/2017/07/eritrea-la-dove-litalia-non-ha-coraggio.html›

[5] Laut dem UN Health Milennium Development Goals Report von 2014 hat Eritrea seit seiner Unabhängigkeit beeindruckende Erfolge im Gesundheitswesen erreicht: Die Kindersterblichkeit bei unter 5-Jährigen konnte von 150 (1990) auf 50 (2013), die Müttersterblichkeit von 1700 auf 380 bei 100.000 Geburten reduziert werden. Außergewöhnliche Erfolge hat das Land bei der Bekämpfung von HIV, Tuberkulose und Malariaerkrankungen vorzuweisen. In seinem Film zu Eritrea verweist Fulvio Grimaldi auch auf folgende Zahlen: Durchschnittliche Lebenserwartung 68 Jahre (2016) gegenüber 49 Jahre 1993, Alphabetisierungsrate 82% (2016) gegenüber 20% (1991), Zugang zu sauberen Trinkwasser 80% (2014) gegenüber 30% 1991, Anbindung an das Stromnetz 38% (2014) gegenüber 20% (1991). Über große Fortschritte in der Stellung und den Rechten der Frauen berichtet Eritrea-Kenner Hans-Ulrich Stauffer in seinem Buch „Eritrea – der zweite Blick“: Klitorisbeschneidung wurde 2007 verboten und unter Strafe gestellt. Das Heiratsalter wurde auf 18 Jahre festgesetzt. Eine Ehe kann auf Antrag von Mann oder Frau geschieden werden. Der bezahlte Schwangerschaftsurlaub beträgt mittlerweile 60 Tage. Der Schwangerschaftsabbruch bei Vergewaltigung und sowie Gefährdung der Gesundheit der Frau wurde legalisiert. Frauen besetzen inzwischen 3 von 17 Ministerposten (ebenda, Seite 191/2)

[6] Äthiopien weigert sich bis heute, die Grenzlinie zu Eritrea anzuerkennen und hält unverändert Teile seines Nachbarlandes besetzt, wie auch die regierungsnahe „Stiftung Wissenschaft und Politik“ bestätigt. Es gilt jedoch als enger Verbündeter des Westens im „Krieg gegen den Terror“. „Bei Repressionen, Menschenrechtsverletzungen und antidemokratischen Maßnahmen der Regierung drückt man zumeist ein Auge zu“, so verständnisvoll die Stiftung (SWP-Aktuell 64, Juli 2015).

[7] Wichtigster Handelspartner Eritreas ist heute die Volksrepublik China. Mit einem Gesamtexport von 424 Millionen und Importen von 342 Millionen Dollar wies das Land 2015 einen Handelsbilanzüberschuß aus (s. http://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/eri/). Laut deutschen Auswärtigen Amt nimmt die Volksrepublik China in dem Land, das es bereits während seines Befreiungskrieges unterstützt hatte, eine politisch und wirtschaftlich (Bau-, Telekommunikations-, Gesundheits- und Bergbausektor) herausgehobene Stellung ein.

[8] Eine zentrale Rolle beim Aufbau Eritreas spielt der Nationale Sozialdienst. Er dient der nationalen Verteidigung, der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und der Integration der Bevölkerung mit ihren neun verschiedenen Ethnien. Er dauert insgesamt18 Monate. An eine militärische Ausbildung von 6 Monaten schließt sich ein Zivildienst an, der u.a. bei staatlichen Bauprojekten, Bau von Staudämmen, dem Anlegen von Brunnen, der Aufforstung, in Landwirtschaft und Bergbau, Gesundheits- und Bildungswesen geleistet wird. Angesichts der anhaltenden Bedrohungen durch das 15fach bevölkerungsreichere Äthiopien kommt es auch zu wiederholten bzw. längeren Einberufungen. Wegen seiner großen Bedeutung für den Aufbau des Landes, die aus eigener Kraft erfolgt, steht der Nationale Sozialdienst im Mittelpunkt der Verleumdungen.

[9] Die „bereinigte Gesamtschutzquote“ betrug 2016 in der Bundesrepublik Deutschland für Flüchtlinge aus Eritrea 99,3 %. Die besonders begehrte Rechtsstellung als Flüchtling (§ 3 Abs.1AsylG, Art. 16aGG) mit Aufenthaltsrecht für drei Jahre, unbegrenzten Arbeitsmarktzugang und Anspruch auf privilegierten Familiennachzug erhielten 81%. Für Flüchtlinge aus dem Kriegsland Afghanistan betrug die „bereinigte Gesamtschutzquote zum Vergleich nur 60,5%. Die Rechtsstellung als Flüchtling erhielten nur 22%. (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, Bundesdrucksache Nr. 18 – 11262 vom 21.02.2017).

Autor:

Bernd Duschner

ist Vorsitzender des Vereins „Freundschaft mit Valjevo“ aus Pfaffenhofen, der unter dem Eindruck der wochenlangen Bombardierung serbischer Städte 1999 gegründet wurde.

Dieser Text wurde zuerst am 14.10.2017 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/eritrea-ein-stern-in-der-nacht-afrikas› veröffentlicht. Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=28604›

Publiziert auf Free21 am 22.01.2018, 14:50 Uhr, von Ulrich Heyden auf www.rubikon.news, Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0.

Quelle:https://pixabay.com/de/, Foto: LilliCo28, Lizenz: CC-0.

Nur Mut!

Was wir noch heute von Stanley Milgram lernen können. Ein Aufruf zum zivilen Ungehorsam.

von Katrin McClean

Täglich arbeiten Millionen von Menschen in komplexen Zusammenhängen, die direkt oder mittelbar mit sozialen Ungerechtigkeiten einhergehen, zur Zerstörung unserer Umwelt beitragen oder in anderen Ländern Armut und Krieg herbeiführen. Dieselben Menschen sind ehrlich entsetzt über das Ausmaß der Umweltzerstörung, über weltweite Hungersnöte und die Brutalität von Kriegen, also über die Folgen ihres Handelns.

Wie ist es möglich, dass Menschen täglich auf eine Entwicklung hinarbeiten, bei der sie ihr eigenes und das Leben ihrer Kinder und Enkel riskieren? Und vor allem: Wie ließe sich das ändern? Durch einen politischen Massenaufstand mit starken politischen Führern? Aber lässt sich ein System, das (wie wir noch sehen werden) auf autoritäre Strukturen baut, dadurch ändern, dass man die Führung erneuert?

Mir scheint dringend geboten, die erste Frage genauer zu verfolgen: Wieso handeln Millionen von Menschen täglich gegen ihre eigenen Interessen und Wertvorstellungen?

Der alltägliche Gehorsam

Stellen Sie sich vor, Sie arbeiten in einer Bank und ihr Chef erwartet von Ihnen, dass Sie einem Rentner ein Finanzprodukt vorschlagen, mit dem dessen ganze Ersparnisse einem enorm hohen Risiko ausgesetzt sind. Sie melden Ihren Zweifel an, doch Ihr Chef entgegnet: „Ohne Risiko keine Gewinne, machen Sie gefälligst Ihren Job!“ Würden Sie das Produkt trotz persönlicher Bedenken verkaufen? Etwa 90 Prozent der Erwachsenen in unserer Gesellschaft würden es tun.

In unserer Gesellschaft ist es zur Normalität geworden, regelmäßig oder zumindest gelegentlich gegen das persönliche Empfinden zu handeln. Beamte von Asylbehörden unterschreiben Abschiebungsurteile, obwohl „sie persönlich“ den Betroffenen das Bleiben gewünscht hätten. Mitarbeiter von Job-Centern setzen Sanktionen bis zum völligen Geldentzug durch, obwohl „sie persönlich“ die Strafen als zu drastisch empfinden.

Ärzte verschreiben 85-jährigen Kranken quälende Chemotherapien, obwohl sie wissen, dass sie dem Patienten kaum noch Heilung, dafür aber zusätzliches Leid bringen, obwohl sie sogar Mitleid mit dem Patienten haben. Aber wenn der Chef sagt: „Sie arbeiten hier nicht im Hospiz, sondern im Krankenhaus. Machen Sie Ihren Job“, dann ziehen sie die Sache durch.

Überall finden wir diese Situationen von Gehorsam. Und wie erschreckend seine Ausbreitung ist, wissen wir spätestens seit 1973, als Stanley Milgram die Ergebnisse seines berühmten Experimentes in einem Buch vorstellte. (1)

Ein berühmtes und gleichzeitig unbekanntes Experiment

Das Milgram-Experiment ist auf der ganzen Welt für seinen skandalösen Befund berühmt: Sechzig Prozent aller Versuchspersonen waren in einem vermeintlichen Lernexperiment bereit, einen vermeintlich ungelehrigen Schüler für falsche Antworten zu bestrafen und ihn dabei mit Stromstößen zu Tode zu foltern. Etwa neunzig Prozent verabreichten ihm Stromstöße in lebensbedrohlicher Dosis. Der vermeintliche Schüler (also ein Schauspieler), der sich in einem Nebenzimmer befand, brüllte vor (vermeintlichen!) Schmerzen und flehte die Versuchsleitung an aufzuhören. Doch der übergeordnete „Experte“ bestand mit autoritären Befehlen wie: „Sie müssen weitermachen. Das Experiment erfordert es!“ auf der Fortführung. Nur zehn Prozent der (vermeintlichen) Lehrer brachen die Sache schon vor dem ersten Schmerzensschrei ab. Dreißig Prozent ließen sich von den markerschütternden Schreien des Opfers zum Abbruch bewegen. Der Rest, wie gesagt, zog durch bis zum (vermeintlichen) Exitus.

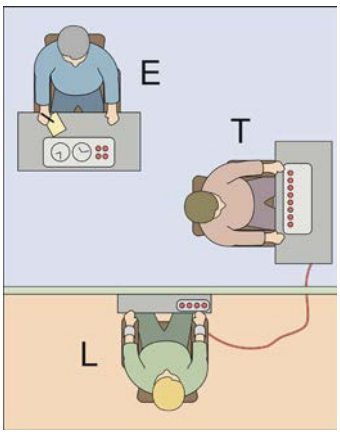


Illustration des Aufbaus eines Milgram-Experiments. Der Experimentator (E) überzeugt die Versuchsperson („Lehrer“ T), schmerzhafte Elektroschocks einem Schüler, der tatsächlich ein Schauspieler („Lerner“ L) ist, zu verabreichen. Viele Versuchspersonen gaben weiterhin Schocks trotz Bitten der Schauspieler um Gnade. (Abb.: Fred the Oyster, Lizenz: Public Domain)

Milgram hat dieses Experiment in verschiedenen Varianten wiederholt. Die Quote des Ungehorsams stieg, je näher man das Opfer an den Täter rückte. War es anfangs noch in einem anderen Raum, saß es am Ende in nächster Nähe zum „Lehrer“. Selbst da gingen immerhin noch knapp zwanzig Prozent bis zum Äußersten und ertrugen, dass das Opfer in ihrer Nähe bewusstlos zusammenbrach.

Eine weitere Variation brachte hervor, dass 90 Prozent aller Personen bis zum Todesstoß mitmachten, wenn sie nur mittelbar am Geschehen beteiligt waren, also etwa, wenn sie nur die vermeintlichen Lernaufgaben vorlasen, aber ein Partner für die Stromstöße verantwortlich war.

Unser Problem ist, dass sich die meisten von uns in so einer 90-Prozent-Variante befinden. Nur wenige führen Morde oder eine irreversible Umweltzerstörung direkt in alleiniger Verantwortung aus, die meisten aber sind indirekt daran beteiligt.

Das Interessante an Milgrams Buch ist aber nicht, dass er bewiesen hat, dass 90 Prozent aller Menschen bereit sind, ihre persönlichen Wertvorstellungen über den Haufen zu werfen, sobald ihnen eine Autoritätsperson das Gegenteil davon befiehlt. Das wirklich Interessante ist, dass er genauestens untersucht hat, wie der psychologische Prozess des Gehorsams überhaupt zustande kommt, und schließlich, welche Bedingungen dazu führten, dass zumindest ein Teil der Versuchspersonen trotz allem autoritären bzw. sozialen Druck ungehorsam wurde.

Damit vermittelt er enorm wertvolles Wissen darüber, wie ziviler Ungehorsam entstehen kann, und vor allem, welche unglaubliche Dramatik in jedem Moment steckt, in dem wir uns „ein Herz fassen“. Sein Buch „Das Milgram-Experiment“ ist in gewisser Weise ein Lehrbuch für Zivilcourage.

Publiziert auf Rubikon am 25.10.2017, 19:51 Uhr. Von Katrin McClean auf ‹https://rubikon.news/artikel/nur-mut›. Lizenz: Katrin McClean

Dass man Milgram immer nur mit der bekannten Schreckensbotschaft assoziiert, selten aber mit einem Lehrer zum Mutig-Sein, scheint mir typisch für unsere Gesellschaft. Wir sollten uns aber schleunigst mit den wertvollen Erkenntnissen seiner Forschung beschäftigen.

Das evolutionäre Gehorsams-Erbe in unserem Nervensystem

Ursprünglich wollte Milgram nur beweisen, dass „das Böse" keine nationale Besonderheit, etwa der Deutschen ist. Er hatte sich viel mit den Verbrechen der Nazis und Hannah Ahrendts These von der Banalität des Bösen beschäftigt. In seinem Experiment wollte er erforschen, wie autoritärer oder eben sozialer Druck ohne jegliche zusätzliche Bedingung wirkt. Die Versuchspersonen, die nicht wussten, dass sie ebensolche waren, sondern glaubten, sie machten einen Mini-Job als wissenschaftliche Assistenten, bekamen ihr Honorar, noch bevor sie den Versuchsraum betraten. Ein Abbruch ihrer Tätigkeit hatte für sie keinerlei berufliche oder persönliche Folgen, und sie wurden schon gar nicht mit Gewalt oder einer Waffe bedroht, hörten lediglich in stoischer Folge strenge Aufforderungen wie: „Fahren Sie fort! Sie müssen das tun!"

Milgram fand heraus, dass es in jedem Menschen eine Art natürliches Regulativ gibt, mit dem der Akt des Unterordnens belohnt wird. Er geht davon aus, dass sich im Laufe der Evolution ein sozialer Instinkt gebildet hat, der die Unterordnung in ein soziales System mit positiven Gefühlen quittiert. Der Versuch, eine vorhandene soziale Ordnung zu durchbrechen, wird entsprechend mit Angstgefühlen bestraft.

Jeder von uns kennt das. Die meisten haben Angst, sich vor eine größere Menschenansammlung zu stellen und frei zu sprechen. Sie durchbrechen damit ein sicheres soziales Gefüge, und ihr Instinkt will sie daran hindern.

Hannah Ahrendt Quelle: https://www.flickr.com/photos/g4gti/6246088123 Foto: Ryohei Noda Lizenz: CC By 2.0

Stellen Sie sich vor, Sie würden bei einer Pressekonferenz mit dem Bundespräsidenten während der laufenden Veranstaltung auf die Bühne gehen, ihm auf die Schulter hauen und lauthals rufen: „Na, alles gut, Walter?"

Ihr vegetatives System würde Sie schon bei der bloßen Vorstellung mit einem heftigen Cocktail aus Angstsymptomen daran hindern, obwohl nirgendwo Gefahr für Leib und Leben lauert.

Eben diese emotionalen Reflexe sind seit Jahrmillionen der Kitt, der den Zusammenhalt unserer Vorfahren und damit ihr Überleben garantiert hat.

Jede Autorität, aber auch jede soziale Gemeinschaft kann sie aufrufen und damit das erzeugen, was Milgram als Gehorsam bezeichnet. Er definiert: „Gehorsam ist der psychologische Mechanismus, durch den individuelles Handeln an politische Zwecke gebunden wird."

Nun sind hierarchische Systeme in der Regel erst einmal eine sinnvolle Organisationsstruktur, ohne die in unserer Gesellschaft ziemlich wenig funktionieren würde. Solange das Handeln in diesen Strukturen im Einklang mit persönlichen Bedürfnissen und Wertvorstellungen möglich ist, erfüllt eine festgelegte soziale Ordnung einen guten Zweck.

Die Problematik des Gehorsams beginnt dort, wo Motive und Empfindungen des Einzelnen in Widerspruch zur autoritären Forderung oder Erwartung einer sozialen Gemeinschaft geraten.

Der Konflikt mit den zwei Gefühlen

Milgram stellt fest, dass der Mensch als soziales Wesen immer zwei grundlegende emotionale Dispositionen mit sich herumträgt. Zum einen die persönlichen Wertvorstellungen, die bei fast allen Menschen von Empathie geprägt sind. Spontan befragt, werden die meisten Menschen Gewalt ablehnen und für Frieden, Dialog und gegenseitiges Verständnis sein. In einem Versuch bot Milgram seinen Testpersonen an, die Stärke der Stromstöße selbst zu variieren. Nicht ein einziger ging von sich aus auf eine Voltzahl, die größere Schmerzen verursacht hätte. Ohne autoritären Druck war die Empathie für den „unbelehrbaren" Schüler also bei allen Versuchspersonen völlig in Takt.

Das wirklich Interessante, das Milgram herausgefunden hat, ist die Erkenntnis, dass so gut wie alle Personen in einer autoritären Situation in einen Konflikt zwischen zwei verschiedenen Gefühlen geraten.

Auf der einen Seite stehen die persönlichen Wertvorstellungen des Einzelnen und auf der anderen die emotionale Bindung an das soziale Gefüge. Letztere versucht mit dem bekannten vegetativen Stressprogramm, den Ausbruch aus der sozialen Ordnung zu verhindern. Gleichzeitig kämpfen die persönlichen empathischen Gefühle um Gehör.

Das bedeutet zumindest einmal die wichtige Erkenntnis, dass es bis auf ganz wenige pathologisch Gefühlsblinde keine kaltblütigen Täter gibt.

Ist der Druck einer Autorität oder sozialen Gruppierung so groß, dass sie verlangt, die Empathie für andere Mitmenschen aufzugeben, gerät jeder Mensch in Konflikt. Und zwar wirklich jeder, wie Milgram mit seinen Studien beweisen konnte. Auch alle, die in seinem Experiment bis zum Todesstoß gegangen sind, erlebten äußerste Spannungszustände, in denen sich ihr innerer Konflikt manifestierte.

Ausgerechnet Milgram, der angeblich das Böse im Menschen bewiesen hat, hat eigentlich etwas ganz anderes entdeckt, nämlich die Erkenntnis: Wir können nicht einfach so Böses tun.

Auch wenn das immer wieder behauptet wird – es stimmt nicht. Selbst die schlimmsten Verbrecher müssen sich Bedingungen schaffen, die es ihnen ermöglichen, einen Teil ihrer Gefühle abzuspalten, also „eiskalt" zu sein. Es lohnt sich ungemein, sich diese Mechanismen anzuschauen. Würden wir sie alle rechtzeitig erkennen, könnte die Welt längst eine bessere sein.

Fluchtwege aus der Verantwortung

Nicht einer von Milgrams Stromstoßverteilern hat die autoritären Befehle vollkommen gedanken- bzw. gefühllos ausgeführt. Alle sind in einen Stresszustand geraten und haben sich mehr oder weniger exzessiv damit beschäftigt, ihr Handeln vor sich selbst zu rechtfertigen.

Sobald diese Personen Stromstöße setzten, deren Höhe ihrem eigenen ethischen Empfinden widersprach, bemühten sie sich sofort, die Verantwortung dafür von sich zu weisen. Dabei zeigte sich ein vielfältiges Handlungsarsenal.

Verantwortungsabgabe „nach oben"

Häufig erlebten Milgram und seine Kollegen Menschen, die ihre Verantwortung zu hundert Prozent an die übergeordnete Autorität abgeben wollten. Es fielen Sätze wie: „Ich persönlich würde das ja nicht tun, aber Sie haben ja gesagt, dass ich das machen soll. Ich mach das nur deshalb."

Außer einer vielleicht vorübergehenden Gewissenserleichterung nützt diese Aussage niemandem.

Milgram stellt in seinem Buch nüchtern fest: Die Welt ist nicht Ergebnis dessen, was Menschen gedacht haben, sondern dessen, was sie getan haben.

Publiziert auf Rubikon am 25.10.2017, 19:51 Uhr. Von Katrin McClean auf ‹https://rubikon.news/artikel/nur-mut›. Lizenz: Katrin McClean

Verantwortungs-delegation an das Opfer

Eine andere Strategie, das persönliche Verantwortungsgefühl zu überlisten, war es, dem Opfer die Schuld an der Tat zuzuschieben. „Der hat doch gewusst, worauf er sich einlässt." „Ich kann doch nichts dafür, dass der sich so dämlich anstellt."

Das sind nur zwei Beispiele aus dem verbalen Arsenal, empathische Gefühle für das Opfer der eigenen Tat niederzureden. An dieser Stelle setzt auch das allmähliche Verfertigen von Feindbildern an, das meine Kollegin Christiane Borowy in ihrem „Hammer-Artikel" so wunderbar analysiert hat.

Verleumdung der Tat

Manche drücken sich auch um Schuldgefühle, indem sie die Folgen ihres Handelns klein- oder wegreden wollen. Auch hier finden sich Sätze, die einem irgendwie bekannt vorkommen. Etwa: „Der markiert doch bloß." „So schlimm kann der Schmerz gar nicht sein." „Ich bin nicht bis 450 Volt hoch gegangen, da stand nur 45." Auch hier lassen sich sehr leicht Parallelen zu gängigen Rechtfertigungen finden. Armut in der dritten Welt? Gab es doch schon immer. Okkupation von Märkten? Wenn wir es nicht tun, tut es ein anderer. Egal, ob diese Argumente richtig sind oder nicht, sie erfüllen vor allem die Funktion, von der persönlichen Verantwortung abzulenken.

Rechtfertigung der Mittel

Ein anderer Weg, die persönliche Verantwortung wegzudenken, ist, die Diskussion auf eine technische Ebene zu verlagern. Ein Phänomen, vor dem Milgram schon 1973 eindringlich gewarnt hat. Warnungen, die sich heute dringlicher denn je anhören. Damals sagten seine Testpersonen Sätze wie: „Wer nicht hören will, muss fühlen." Oder: „Diese Methode ist human, denn der Schüler hat die Höhe der Stromstöße selbst unter Kontrolle."

Wenn uns heute hochbezahlte Politiker weismachen wollen, Drohnen seien eine „verantwortungsvolle Art, Krieg zu führen" ist das ein eben solcher Versuch, die Verantwortung letztendlich über die Technik wegzudelegieren.

Weglachen

Milgram schildert einen Mann, der bis zum höchsten Stromstoß ging und dabei in ein irres Gelächter verfiel, das mit jeder Steigerung der Voltzahl irrsinniger wurde. Milgram interpretiert dieses Verhalten als einen Versuch, die Spannung, die durch den inneren Konflikt entsteht, auf direktem, emotionalem Wege zu lösen.

Solches Täterlachen kennt man aus diversen Dokumentationen über SS-Leute oder folternde US-Soldaten. Aber auch für indirekte Täter kann Zynismus zur Erleichterung von Schuldgefühlen führen. Ich lache wirklich gern, aber was Humor auf Kosten anderer betrifft, bin ich inzwischen ziemlich wachsam geworden und zeige mich auch mal als „Spaßverderber".

All diese merkwürdigen und absurden Reaktionen produzieren Menschen nicht aus purer Langeweile oder weil sie „kein Herz" hätten, sondern im Gegenteil, weil sich in ihnen sehr wohl menschliche empathische Gefühle regen. Gleichzeitig sind sie von einem sozialen System umgeben, das ihnen einredet, Mitgefühl sei naiv, dumm, schwach oder sogar Verrat, und das sie dazu bringt, den persönlichen Gefühlskompass zu unterdrücken.

Gehorsam ist kein passiver, sondern ein aktiver Prozess, auch wenn er möglicherweise von vielen Menschen kaum noch wahrgenommen wird. Dennoch muss Unterordnung psychologisch geleistet werden, denn das Gefühl der persönlichen Verantwortung bleibt, auch wenn es ins Unbewusste verbannt wurde.

Unsere Gesellschaft ist so stark auf Gehorsam und Unterordnung aufgebaut, dass das Wegreden der persönlichen Verantwortung zum ganz normalen Verhalten geworden ist.

Seit ich Milgram gelesen habe, höre ich Leuten, die immer wieder dieselben Monologe von sich geben, sehr genau zu. Ich frage mich dann immer, welche Impulse diejenigen, die gerade reden, bei sich selbst unterdrücken. Wenn jemand permanent schlecht über andere Menschen redet, hat er meist ein Problem mit ihnen und im eigenen Verhaltensrepertoire (noch) nichts gefunden, um dieses Problem zu lösen. Auch jede Art von Rechtfertigungen macht mich seitdem neugierig. Rechtfertigungen sind ein Hinweis darauf, dass Menschen etwas gegen ihre persönlichen Empfindungen tun. Dabei ist ihnen vermutlich oftmals gar nicht klar, welchem Dogma sie seit Jahren in unbewusstem Gehorsam folgen, obwohl sich etwas in ihnen dagegen wehrt.

Es lohnt sich, immer wiederkehrende Dauermonologe auch bei sich selbst einmal unter die Lupe zu nehmen und ein paar Fragen zu stellen: Warum muss ich diese Aussagen immerzu wiederholen? Was will ich damit rechtfertigen? Welche Impulse will ich damit kleinreden? Welche Ängste und Zweifel will ich mir ausreden?

Wer Milgrams Buch gelesen hat, sieht auch, wie gefährlich sämtliche Versuche von Pauschalurteilen sind. Gerade hier verbreiten unsere Medien regelrechtes psychologisches Gift. „Ist DER Islam gefährlich?" Eine Formulierung, die direkt in die Selbstrechtfertigung eines Täters führt, der bereit sein soll, seine menschliche Empathie für einen Teil der Menschheit aufzugeben. Auch Behauptungen wie „Da hilft nur noch Waffengewalt", wie ich sie gelegentlich von Stammtischphilosophen höre, sind für mich Ausdruck eines politischen Gehorsams. Da hat jemand schon längst seine Verantwortung für andere Menschen an „die da oben" abgegeben, „die schon wissen, was gut ist".

Gehorsamkeit und Unterordnung sind Prozesse, die in täglichen inneren Diskussionen immer wieder hergestellt werden müssen.

Der Klangraum unserer Gesellschaft ist voll von Rechtfertigungsmonologen, die alle dazu dienen, die Gesellschaft, so wie sie ist, aufrechtzuerhalten, obwohl wir sie eigentlich katastrophal finden.

Gehorsam macht krank

Im weiteren Verlauf seiner Untersuchung stellte Milgram fest, dass diejenigen, die sich dem autoritären „Du musst weitermachen. Du musst die Stromstärke erhöhen!" unterordneten, nicht nur anfingen, innere Monologe zu führen, sondern gleichzeitig vegetative Störungen entwickelten. Steigender Blutdruck, Kopfschmerzen, alle bekannten Stress-Symptome traten auf und waren treuer Begleiter des Handelns gegen empathische Impulse.

Das heißt: Egal, ob du gehorsam bist oder nicht, dein Konflikt mit der Autorität ist da, und er quält dich.

Eine Erkenntnis, die von der hohen Anzahl der Selbstmorde von US-Soldaten nach dem Irak- oder Afghanistan-Einsatz bestätigt wird. Was sich in „eiskalten" Tätern abspielt, ist also häufig alles andere als eiskalt. Und so kann es uns in unseren 90-Prozent-Bereichen des Gehorsams auch gehen: Mitarbeiter in Job-Centern, die Hartz-IV-Sanktionen erteilen müssen, Bankangestellte, die ihre Kunden wissentlich in die Schuldenfalle treiben, oder auch nur all jene, die sich fragwürdigen Arbeitsbedingungen unterordnen, wohl wissend, dass ihnen damit zu wenig Geld und meist auch zu wenig Zeit für ihre Familie, für ihre eigene Gesundheit und Erholung bleibt – all diese Menschen leben in einem andauernden Gewissenskonflikt, der auf Dauer krank macht.

Menschen sind von Natur aus soziale Wesen. Deshalb ertragen unzählige von ihnen Zustände, die körperlich und emotional extrem belastend für sie sind. In bestimmten natürlichen Situationen, etwa nach der Geburt eines Kindes, ist eine solche Belastbarkeit von existentiellem Wert.

Doch gerade autoritäre Strukturen zählen auf solche sozialen Reflexe, überschreiten ständig körperliche und emotionale Grenzen von Individuen und erklären ih-

nen, dass es keine Alternativen gäbe. Die Folgen sind sogenannte „Zivilisationskrankheiten“, deren Häufigkeit stetig steigt.

Der Weg durch die Angst

Was passiert nun mit Menschen, die eingesehen haben, dass sie gegen ihre eigenen Bedürfnisse und Gefühle handeln? Die aber immer weiter ein „Du musst“ und „Anders geht es nicht“ im Ohr haben, wie die Leute im Milgram-Experiment?

Was ist mit denen geschehen, die bei Milgram aufgestanden sind und gesagt haben: „Schluss jetzt! Das ist ein völlig blödsinniges Experiment! Da mach ich nicht mehr mit! Hier haben Sie Ihr Geld zurück.“

Milgram konnte mit Hilfe von Messungen verfolgen, wie sich Widerstand formiert. Zunächst stellte er fest, dass die vegetativen Stress-Symptome sich enorm erhöhten, sobald die Person die Möglichkeit ins Auge fasste, sich gegen die Autorität zu stellen, also das Experiment abzubrechen. Der bloße Gedanke wurde mit einem Feuerwerk an Angstsymptomen bestraft. Herzrasen, Schweißausbrüche, zitternde Hände.

Man kann solche Gedanken niederdrücken und noch ein bisschen lauter rufen: „Der ist eben zu blöd! Der hört nur noch auf Stromstöße!“

Wer das am lautesten sagt, hat oftmals auch einen hartnäckigen empathischen Kern in sich, der zum Widerstand anstachelt.

Diejenigen, die abbrachen, so sagt Milgram, zeichneten sich vor allem dadurch aus, dass sie in der Lage waren, ihre Angst vor der Autorität zu ertragen, den Spannungszustand der Angst länger auszuhalten als andere. Genau das ist es, was man als Mut bezeichnen müsste.

Mut ist die Bereitschaft, Angst auszuhalten. Vor allem, eigene Gedanken und Impulse zuzulassen, die Angst erzeugen. Dann hat man eben ein rotes Gesicht, schweißnasse Hände, zitternde Lippen!

Hat man Milgram gelesen, weiß man, dass solche extremen Angstsymptome (umgangssprachlich gern „Schiss“ genannt) ein wichtiges Signal für uns sein können. Sie zeigen uns an, dass wir uns in einer äußerst wichtigen Konfliktsituation befinden. Sie fordern uns heraus, uns selbst zu befragen: Was will ich wirklich? Was tue ich nur, weil es von mir erwartet wird? In dem Moment, wo man kurz davor ist, sich frontal dem sozialen Druck, der autoritären Erwartung zu widersetzen, erreicht diese Angst ihren Höhepunkt.

Man kann lernen, sich bei dieser Angst zu beobachten und sich zu sagen, dass man grad auf einem sehr guten Weg ist, wenn man sich traut, seine eigene Angst auszuhalten und ihre Botschaft zu erkennen. Welches Verhalten, welche Entscheidung will diese Angst verhindern? Was hilft mir, diese Angst endgültig zu überwinden?

Ungehorsam führt in die eigene Verantwortung und in die Gesundheit

Die gute Nachricht des Milgram-Experimentes lautet: Nur die Ungehorsamen hatten eine Chance, das Experiment ausgeglichen und in sich ruhend zu verlassen. Sie haben ihr ungehorsames Verhalten als enorme Befreiung erlebt. Sie haben den inneren Konflikt gelöst. Zwar hatten manche von ihnen noch ein schlechtes Gewissen, weil sie meinten, ihre (vermeintliche) Aufgabe nicht zufriedenstellend gelöst zu haben. Doch die psychischen Folgen des unwissentlichen Experimentes waren für die Gehorsamen weitaus gravierender. Sie brauchten zum Teil noch längere psychologische Nachsorge und waren noch im Nachhinein mit der Rechtfertigung ihres Handelns beschäftigt, während für die Ungehorsamen die Sache in der Regel beendet war. Sie hatten den inneren Konflikt nach eigenen moralischen Maßstäben gelöst und damit zum emotionalen Ausgleich gefunden.

Milgram hat versucht, herauszufinden, welche Faktoren ungehorsames Verhalten begünstigt haben. Dabei gab es häufig einen klaffenden Widerspruch zwischen geäußerten moralischen Werten und gehorsamen brutalen Verhaltensweisen.

Das Denken von moralischen Werten allein scheint also wenig zuverlässig für moralisches Handeln zu sein.

Dafür fand er zwei wichtigere Komponenten:

Die Existenz einer übergeordneten Bindung

In anschließenden Befragungen stellte Milgram fest, dass viele Ungehorsame den Widerstand gegen die Autorität aus einer starken persönlichen Überzeugung oder Weltsicht zogen. Bei den meisten war es ein religiöser Zusammenhang, der ihnen Wegweiser für moralisches Handeln war.

Sie lebten mit dem Empfinden: Es kann keine irdische Autorität geben, die sich über eine göttliche Autorität stellen kann. Diese Menschen empfanden eine ideelle soziale Gemeinschaft, die sie davor schützte, sich übermäßig von kurzfristigen sozialen Bindungen kontrollieren zu lassen.

Ähnliche Effekte können aber auch starke politische, kulturelle, traditionelle oder familiäre soziale Bindungen haben.

Anders herum gedacht beweist das Milgram-Experiment:

Je einsamer das Individuum, je geringer die Einbindung in größere soziale Strukturen, umso größer ist die Gefahr der Gehorsamsbereitschaft.

Das Erkennen der persönlichen Verantwortung

Ein anderer entscheidender Faktor, der zum Ungehorsam führte, war die Haltung zur persönlichen Verantwortung für das eigene Handeln. Hier zeigte sich, dass Versuchspersonen, die sich beruflich oder privat in einer Situation befanden, die ihnen persönliche Entscheidungen abverlangte, viel stärker vor „blindem“ Gehorsam geschützt waren. Auch dies ist eine Schlüsselerkenntnis, aus der wir im Umkehrschluss lernen können:

Je stärker ich mein eigenes Handeln hinterfrage und mir persönliche Konflikte mit sozialen und autoritären Forderungen bewusst mache, umso mehr hole ich mir die Verantwortung für mich selbst zurück.

Und genau das ist der Weg, um ungesunde soziale Dauerkonflikte letzten Endes aufzulösen.

Nun ist damit nicht gemeint, dass jede Art von Unterordnung ungesund oder unrecht wäre. Wie bereits gesagt, ohne das Vertrauen in soziale Strukturen würde nichts funktionieren. Nichts wäre unproduktiver als ein Kollektiv, in dem jede Rollenzuweisung, jede Position und auch jeder gefundene Konsens immer wieder neu diskutiert würde. Milgrams Experiment zeigt lediglich, dass jeder Mensch gesünder lebt, wenn er die Verantwortung für sich und sein Handeln in keinem sozialen Gebilde vollkommen abgibt.

Und darin liegt die Hoffnung für die Zukunft.

Man stelle sich vor, in unserer Gesellschaft würde jeder Mensch die Verantwortung für sein persönliches Handeln wahren und nichts mehr tun, was moralisch bedenklich wäre. Wie viele unerträgliche Zustände würde es auf einen Schlag nicht mehr geben?

Deshalb glaube ich, dass wir anstelle neuer strahlender politischer Führer vor allem zivilen Ungehorsam brauchen.

Was ist also wirklicher Mut?

Mut ist meiner Meinung nach zum Beispiel nicht, mit Gleichgesinnten auf eine Demo zu gehen, um sich gegen eine andere Gruppe Gleichgesinnter zu positionieren. Das mag ein wichtiges gesellschaftliches Zeichen sein. Aber alle Demo-Teilnehmer befinden sich in einem sicheren sozialen Gebilde, das ihnen wenig Courage abverlangt.

Ganz anders wäre es, wenn jemand, der eine bestimmte politische Gesinnung vertritt, die Stammkneipe seiner politischen Widersacher aufsucht. Er würde

Publiziert auf Rubikon am 25.10.2017, 19:51 Uhr. Von Katrin McClean auf ‹https://rubikon.news/artikel/nur-mut›. Lizenz: Katrin McClean

sich bewusst dem Meinungsdruck eines vorhandenen sozialen Gefüges entgegenstellen. Das erzeugt Angst und fordert Mut.

Und was ist mit Menschen, die auf Demonstrationen oder kulturellen Veranstaltungen für Frieden und Gerechtigkeit einstehen, aber im beruflichen Alltag zusehen, wie Praktikanten als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden, und aus Angst vorm Chef nichts dagegen sagen?

Ansichten allein verändern gar nichts. Höchstens wenn man mit ihnen einen bestehenden Konsens infrage stellt. Etwa, wenn Kollegen sich gerade wieder auf ein pauschalierendes Feindbild einigen. Sei es Russland, „die" Moslems oder Pegida. Wenn sie ratzfatz Millionen von Menschen das Verständnis entziehen, am gemeinsamen Feindbild stricken oder sich an herablassenden Witzen erfreuen. Dann ist es mutig, mit einer gegenteiligen persönlichen Ansicht die Party zu verderben.

Mut hat in meinen Augen, wer „dumme Fragen" stellt in einer Gemeinschaft von Bescheidwissern, denen immer alles klar ist. Mut hat, wer einem Arzt widerspricht, der der 87-jährigen Oma eine Chemotherapie verordnen will. Mut hat jeder, der sich traut, aus den Erwartungsmustern seiner Umgebung auszubrechen.

Der Spielraum unseres Mutes ist dabei meist wesentlich größer, als wir glauben. Nicht jeder, der gegen Erwartungen handelt, ist sofort von Entlassung bedroht oder gar von politischer Verfolgung. Soziale Unterordnung beginnt in der Regel sehr viel früher.

Fragen Sie sich einmal selbst, wofür Sie Mut gebrauchen könnten? Man kann sich ganz bewusst in Situationen begeben, wo die Angst lauert. Vielleicht wird uns dort deutlich, wo unsere kaputte Gesellschaft festsitzt, wo man ansetzen könnte, um etwas zu ändern. Und wenn es eine noch so kleine unscheinbare Sache wäre. Suchen Sie eine Gelegenheit, um mutig zu sein. Es lohnt sich für Sie. Und unsere Gesellschaft braucht das. Dringend.

Quellen:

[1] Stanley Milgram, Das Milgram-Experiment – Zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autorität, Rowohlt 1974

Autor:

Katrin McClean

schreibt Krimis für Erwachsene und Detektivhörspiele für Kinder. Als Friedensaktivistin ist sie der Verbreitung von Feindbildern als Mittel der medialen Kriegsführung auf der Spur.

www.katrinmcclean.de

Dieser Text wurde zuerst am 25.10.2017 auf https://rubikon.news unter der URL ‹https://rubikon.news/artikel/nur-mut› veröffentlicht. Lizenz: Katrin McClean

‹http://www.free21.org/?p=28679›

Wider die Identitätspolitik

Empfindlichkeitsökonomie und Sprachkontrolle dienen dem neoliberalen Entsolidarisierungsprogramm. Interview mit Philosoph Robert Pfaller.

von Matthias Burchardt

Wir leben in einer Welt, in der immer mehr Menschen mit der größten Selbstverständlichkeit in Armut und Aussichtslosigkeit getrieben werden und in der man zugleich Erwachsene vor Erwachsenensprache warnt. Das eine hängt offenkundig mit dem anderen zusammen: Denn es sind dieselben Mächte, die das eine und das andere vorantreiben", gibt der Philosoph Robert Pfaller zu Protokoll. Und tatsächlich: Könnte es nicht vielleicht sein, dass die ganze Antidiskriminierungs-, Gleichstellungs-, Gender- und Queer-Politik ein riesiges Ablenkungsmanöver ist? Eine Verschwörung der Profiteure von Neoliberalismus und Austeritätspolitik?

MATTHIAS BURCHARDT: Lieber Robert mit ›Erwachsenensprache‹ ist ein lange überfälliges Buch erschienen, das eine schonungslose Zeitdiagnostik und philosophische bzw. psychologische Analysen leistet, aber auch Perspektiven eines erwachsenen Bürger-Seins eröffnet. Neben dem Neoliberalismus werden auch die Universitäten, die Religion, die linken Parteien und das politisch korrekte Sprechen unter die Lupe genommen. In den bisher erschienen Rezensionen findet sich erfreulich viel Zustimmung und bei der Lektüre möchte man beinah jeden Satz unterstreichen. Zugleich zuckt man aber auch zusammen und denkt: Der ist aber mutig! Riskiert da nicht jemand den sprichwörtlichen „Beifall von der falschen Seite" – also von Rechtspopulisten –, oder den Ausschluss aus der wissenschaftlichen oder politischen Gemeinschaft als Netzbeschmutzer? Was war der Anlass für das Wagnis, dieses Buch zu schreiben, und wie sind die Reaktionen?

ROBERT PFALLER: Mein Ausgangspunkt war, dass ich nicht weiter zusehen wollte, wie eine immer blasser werdende Linke gegen die populistische Rechte verliert - wie zuletzt in den USA. Meine These dazu lautet, kurz gesagt: die Linke hat es verabsäumt, in ihrer ökonomischen Politik etwas anderes zu machen als das neoliberale Programm der Rechten. Deshalb war sie gezwungen, auf der kulturellen Ebene Zeichen zu setzen, um einen Unterschied zu markieren oder zu simulieren. Daher die meist auf der Ebene der Sprache und der Symbole angesiedelten Maßnahmen der „Anerkennung" marginaler Gruppen, wie zum Beispiel Hillary Clintons ständige Betonung der sogenannten „LGTB+"-Agenda. Das aber wurde von der großen Mehrheit der verarmenden Bevölkerungsgruppen als ein elitäres, hauptsächlich weißes Programm empfunden. Auf der anderen Seite genügt es Politikern wie Trump, sprachlich bloß ein bißchen vulgär zu sein, um schon als „Mann des Volkes" wahrgenommen zu werden - auch wenn er natürlich in seiner ökonomischen Politik alles andere ist.

Angesichts dieser Lage habe ich gesagt: Wir brauchen wieder eine Politik, die auf wirkliche Gleichheit zielt; und nicht eine Pseudopolitik der Diversität, bei der alle nur angehalten werden, ihre Empfindlichkeiten zu kultivieren. Wir brauchen eine Sprache im öffentlichen Raum, die von Zugehörigkeit, Herkunft, sexueller Orientierung und anderen Besonderheiten absieht, damit wir uns wieder vernünftig verständigen und solidarisieren können. Hören wir mit dem elenden, heuchlerischen Moralisieren auf und holen wir das fre-

Im Interview:

Robert Pfaller

Robert Pfaller, Jahrgang 1962, studierte Philosophie in Wien und Berlin und ist nach Gastprofessuren in Chicago, Berlin, Zürich und Straßburg Professor für Kulturwissenschaften und Kulturtheorie an der Kunstuniversität Linz. Von 2009 bis 2014 war er Professor für Philosophie an der Universität für angewandte Kunst Wien.

che, schonungslose Reden zurück, denn das ist traditionell eine Sache der Linken gewesen, um Kritik zu üben und Mißstände zu benennen. Und machen wir endlich eine andere ökonomische Politik, die für ein erträgliches Leben für alle und für Zukunftsperspektiven sorgt. Ich habe wenig Angst, dafür Applaus von der Rechten zu bekommen. Der ist bisher auch ausgeblieben. Die neoliberale Pseudolinke freilich kritisiert mich in einem Spektrum, das von kleinen, gedankenlosen Mißverständnissen bis hin zu den großen Keulen aktueller hegemonialer Propaganda reicht: dem „Querfront"-Vorwurf und den billigen Diagnosen „Verschwörungstheorie" und „Paranoia". Genau das aber hatte ich als typischen Mechanismus dieses Diskurses ohnehin bereits in meinem Buch beschrieben. Wohl in kaum einer anderen Wissenschaft kommen einem gerade die Kritiker so sehr bei der Verifikation der eigenen Thesen zu Hilfe.

BURCHARDT: Ein Leitmotiv Deiner Überlegungen bildet der Hinweis auf das Missverhältnis zwischen unserem politisch-korrekten Sprechen und den realen Abgründen, die sich im Schatten dieses Sprechens auftun: Kriege, gescheiterte Staaten, globale Armut, Demokratieabbau. „Sprecht wie Mimosen! Handelt wie Bestien" lautet ein Vortragstitel von Dir. „Über die zartfühlende Begleitung der brutalen Entsolidarisierung", heißt es im Klappentext. Sind dies tragische Parallelphänomene oder besteht ein Zusammenhang zwischen der moralisierten Sprache und der ruinösen neoliberalen Politik?

PFALLER: Wie gesagt, fungierte das behutsame Sprechen zunächst vor allem als Feigenblatt für eine rücksichtslose Politik. Das Binnen-I zum Beispiel kam genau in dem Moment zu vorrangiger Prominenz, als man sich von der Einrichtung eines umfassenden Sozialstaats, wie er für die Gleichberechtigung von Frauen unabdingbar ist, still zu verabschieden begann.

Darüber hinaus aber kann man erkennen, dass die verschärfte Rücksicht auf die angebliche Verletzbarkeit von Gefühlen auch selbst einen aktiven Beitrag zur Umverteilung darstellt. Das zarte, postmoderne Sprechen leistet auf kultureller Ebene genau dasselbe wie die neoliberalen Privatisierungen auf jener der Ökonomie: es zerstört nämlich den öffentlichen Raum - jenen Raum, in dem mündige Menschen einander ohne Ansehen ihrer Person, Herkunft etc. begegnen, Argumente austauschen und Gleichheit mindestens als Fiktion praktizieren können. Letzteres ist notwendig, um ein Minimum an realer Gleichheit in der Gesellschaft herzustellen.

BURCHARDT: Ich kenne viele Menschen mit lauteren Motiven, die große Hoffnungen in die Normierung des Sprechens über Geschlecht und Herkunft usf. setzen, weil sie auf diesem Wege einen gesellschaftlichen Bewußtseinswandel anstreben, aus dem dann zwangsläufig auch eine gerechtere, bessere Welt entstehen wird. Wie könnte man denen gegenüber argumentieren? Letztlich laufen sie doch Gefahr, in bester Absicht zu Erfüllungsgehilfen einer neoliberalen Agenda zu werden, oder?

PFALLER: Ich fürchte, genau so verhält es sich. Die Normierung des Sprechens bringt nicht nur nichts; sie schadet vielmehr selbst noch zusätzlich.

Denn sie führt dazu, dass die Leute ständig auf ihre sogenannte Identität achten und nicht erkennen, dass ihre entscheidenden Probleme und Interessen meist anderswo liegen. Dadurch erkennen sie auch nicht, worin das Gemeinsame zwischen ihnen und diversen anderen Identitäten besteht, die dieselben Interessen haben.

Die Frage sozialer Benachteiligung wird durch die Sprechnormierung verdreht in die ganz andere Frage der Verletzbarkeit von Gefühlen, und letztere in erster Linie zu einem Problem des Sprechens „sublimiert". Dabei kommt es zu einer Umverteilung des Leids und seiner Anerkennung von den unteren Klassen der Gesellschaft zu den Eliten.

BURCHARDT: Du analysierst, was beim Austausch von Ausdrücken mit Diskriminierungspotential durch vermeintlich unverfängliche Wörter eigentlich geschieht. Zum einen klingt in der korrekten immer noch die inkorrekte Vokabel mit und es entsteht eine signifikante Pause oder Unterbrechung. Damit werden aber nicht nur die ‚bösen Diskriminierer' mundtot gemacht, sondern auch die wohlmeinenden und engagierten Menschen in ihrer Artikulation gehemmt. Ich erinnere mich noch an das Jahr 2015 als im Zuge der „Willkommenskultur" Helfer erst einmal belehrt wurden, dass „Flüchtling" aufgrund des Suffixes „-ling" ein diskriminierender Ausdruck sei. Interessant waren auch die Mutationen des „refugees welcome"-Logos, das zunächst nur die Silhouetten von laufenden Menschen zeigt, die dann noch um Rohstuhlfahrende und sexuell diverse Typen ergänzt wurden.

PFALLER: Es handelt sich ganz offenkundig um einen internen Distinktionswettbewerb unter Wohlmeinenden. Die Leute, die flüchten mussten, haben mit Sicherheit andere Sorgen.

BURCHARDT: Woher stammt eigentlich das PC-Programm? Auf welchem Wege konnte es als Machtform etabliert werden? Woraus bezieht es seine regulierende und kontrollierende Wirkung? Wieso kann so etwas überhaupt Macht über uns haben?

PFALLER: Bei diesem Programm handelt es sich eben nicht nur um einen Irrtum, sondern um eine Ideologie. Letztere existiert, wie Louis Althusser gelehrt hat, immer in Apparaten. Und dort sitzen Leute, die von ihren Fehlern leben. Der Neoliberalismus hat eine ganze Klasse von Kontrollbürokraten ins Leben gerufen.

BURCHARDT: Wenn wir diese Hintergründe verstehen, ergeben sich daraus Möglichkeiten, diese Macht zu unterlaufen oder gar zu brechen?

PFALLER: Die Linke hat gar keine andere Wahl. Wenn sie nicht brav weiter verlieren will, muss sie diese Kinderkrankheiten ablegen. Man wird sich wieder ansehen müssen, welche objektive Funktion solche repressiven Apparate erfüllen, anstatt nur gebannt darauf zu schauen, im Namen welcher angeblicher Opfer sie sprechen.

BURCHARDT: Im Zuge der #metoo-Debatte ist das Phänomen sexualisierter Gewalt im Internet, aber auch in den sog. Qualitätsmedien verstärkt diskutiert worden. Schweden reagiert darauf, indem es sexuelle Handlungen per Gesetz explizit zustimmungspflichtig machen möchte. Ideal wäre vermutlich ein schriftlicher Kontrakt, in dem alle Details ausgehandelt werden. Was zeigt sich an diesem Phänomen?

PFALLER: Metoo täuscht durch seinen geradezu nostalgischen, vergangenheitsbezogenen Aspekt ein wenig über die tatsächliche gegenwärtige Lage hinweg - zum Beispiel darüber, dass derzeit an den US-Universitäten unter dem Vorwand sexueller Belästigung offenbar schon regelrechte Hexenjagden gegen liberale Professoren, feministische Professorinnen und Studierende veranstaltet werden. Das Buch „Unwanted Advances" der Filmtheoretikerin Laura Kipnis zeigt das sehr gut auf.

Während Frauen der unteren Klassen - etwa Kellnerinnen im fast-food-Bereich - immer noch schlecht gegen Übergriffe geschützt sind, hat sich bei den Eliten in vielen Bereichen das Kräfteverhältnis inzwischen geradezu umgedreht. Diverse neue Einrichtungen und Verfahren mit merkwürdigen, bedenklichen Rechtsstandards machen es möglich, dass Beschuldigte, selbst wenn ihre Unschuld erwiesen ist, oft ihre Arbeitsstätten verlassen müssen und keine neue Arbeit mehr finden. Ich glaube, es ist ein schwerer politischer Fehler, in einer so undifferenzierten Expressivitätswelle, wie sie die hashtag-Bewegungen hervorrufen, einen Gewinn für die Sache der Frauen zu sehen. Hier entsteht nicht Bewusstsein oder Sensibilisierung, sondern Stimmung - eine sehr zwiespältige Waffe, die gegen alles Mögliche gerichtet werden kann und der bezeichnenderweise derzeit fast immer gerade fortschrittliche Kräfte, linke Politiker und exponierte Wissenschaftlerinnen, zum Opfer fallen. Die französischen Kritikerinnen rund um Cathérine Millet haben das meines Erachtens gut erkannt.

Das neue schwedische Gesetz - dessen bekanntester, umstritte-

Publiziert auf Rubikon am 25.10.2017, 19:51 Uhr. Von Katrin McClean auf ‹https://rubikon.news/artikel/nur-mut›. Lizenz: Katrin McClean

ner Punkt über die Notwendigkeit ausdrücklicher Zustimmung übrigens von der Regierung aus dem Entwurf gar nicht zur Umsetzung übernommen wurde - bedeutet nur eine kosmetische Änderung bisheriger Formulierungen, ohne an den Tatbeständen oder der Beweislast etwas Entscheidendes zu verändern. Dieses neue Gesetz soll nach Absicht seiner Verfasser lediglich erzieherische Wirkungen haben. Und es soll wohl davon ablenken, dass die schwedische Polizei angesichts einer drastisch gestiegenen Zahl von Gewaltverbrechen offenbar nicht mehr genügend Ressourcen hat, um auch nur die bereits bestehenden Gesetze gegen sexuelle Gewalt durchzusetzen. Bestürzende Fälle von unterbliebener Strafverfolgung selbst bei erdrückender Beweislage, bezeichnenderweise aus den unteren Gesellschaftsklassen, belegen das. Das neue Gesetz dagegen bedient offenbar eher die Mittelklasse, die das Problem hat, nach den typischen skandinavischen Wochenendbesäufnissen öfters mit fremden Personen im Bett zu landen, ohne sich dabei an eigene Absichten erinnern zu können.

BURCHARDT: Ich finde es bemerkenswert, dass Du Lebenskunst und politische Verantwortung nicht gegeneinander ausspielst. Das neoliberale Regime beraubt uns systematisch aller Lebensquellen, aus denen wir Kraft und Erfüllung schöpfen könnten: „Alles, was das Leben lohnend macht, […] soll beseitigt werden.“, schreibst Du. Ist Genuss inzwischen ein subversiver Akt?

PFALLER: Naja, indirekt. Wie ich in meinen früheren Büchern gezeigt habe, besitzt alles, wofür es sich zu leben lohnt, eine ungute Seite. Kein Genuss, den wir kennen, ist ohne Vorbehalt: Trinken macht Kopfweh, Sex ist eklig und sozial anstößig, Feiern kostet Schlaf und Geld, selbst Spazierengehen erfordert die Bereitschaft, Zeit zu verschwenden.

Über dieses Ungute nun können sich Individuen alleine meist kaum hinwegsetzen. Alleine zu trinken macht den wenigsten Freude; manche wollen da nicht einmal essen. Was aber hilft, ist ein kleiner, geselliger Anstoß: Wenn die Kollegin mit der Sektflasche kommt, weil jemand in der Firma Geburtstag hat, dann sind alle Vorbehalte schnell überwunden. Dann gelingt es uns, aus dem Unguten des Trinkens oder Feierns etwas Großartiges, Sublimes zu machen. Nur wenn wir gesellig und solidarisch sind, können wir genießen. Diese Geselligkeit wird von Neoliberalismus und Postmoderne zerstört. Darum erscheinen den Menschen heute die Genussmöglichkeiten wie Alkohol, Tabak, Sex etc. zunehmend abstoßend und bedrohlich.

BURCHARDT: Erwachsenheit wäre ein Schritt, den auch der Einzelne gehen sollte, denn es gibt kein Recht darauf, ein Idiot zu sein. Dadurch gewinnt er selbst einen anderen Rang und ermöglicht auch andere Modelle von Beziehung und Gemeinschaft. Was bedeutet es, „erwachsen“ zu sein?

PFALLER: Erstens die Fähigkeit, seine Befindlichkeiten ein Stück weit hinter sich zu lassen und anderen wenigstens fiktiv als Gleichen zu begegnen, um das verbindende Allgemeine in den Blick zu bekommen. Und zweitens die Erkenntnis, dass bestimmte Unannehmlichkeiten eben zum Leben gehören und nicht traumatisch sind und dass wir eben darum auch imstande sind, mit ihnen umzugehen. Ausgehend von dieser Ethik wird eine politische Haltung möglich: Wir werden fähig, unsere spontanen Erregungen klein zu halten - um uns in der Folge dann eben über dasjenige aufregen zu können, was uns klein hält.

BURCHARDT: Noch einmal zur Lage der parlamentarischen Demokratie: Eine Abgrenzung von sozialdemokratischer, grüner oder sogar linker Parteipolitik zur neoliberalen Agenda wird zunehmend schwierig, wenn nicht unmöglich. Symbolpolitische Aktionen und Signalvokabeln, wie „Gerechtigkeit“, „Vielfalt“ und „Inklusion“ bilden dann Wahlkampfköder, durch die eigene Klientel dann ins Kraftfeld des neoliberalen Modell gezogen werden sollen. Du beziehst Dich in dieser Frage auf Nancy Fraser Begriff des „Progressiven Neoliberalismus“. Was ist damit gemeint?

PFALLER: Eben dass die scheinbar progressive linke Mitte ihre ökonomische Politik in den 1980er Jahren aufgegeben hat und von da an genau dieselben neoliberalen Programme verfolgt hat wie ihre Gegner: Privatisierungen, Sozialabbau, Sparpakete, Austeritätspolitik etc. Um sich aber doch irgendwie von der Rechten abzugrenzen, hat man sich symbolische Programme auf die Fahnen geschrieben: immer kleiner werdende Engagements für immer kleinere marginale Gruppen. Wenn man aber Probleme der Ökonomie und der Klassen nicht auf ihrer eigenen Ebene, sondern stattdessen auf der Ebene der Kultur und der Identitäten zu lösen versucht, löst man nicht nur nichts, sondern bewirkt auf der kulturellen Ebene sogar noch zusätzlichen Schaden. Die scheinbar fortschrittliche kulturelle Politik ist zu einer Distinktionswaffe geworden, mit der die urbanen Eliten sich von allen übrigen abgegrenzt haben. Das hat die verarmenden vorstädtischen und ländlichen Klassen umso mehr ins Lager der Rechten getrieben.

BURCHARDT: Am Ende des Buches gibst Du einen Ausblick auf zwei gleichermaßen unerfreuliche Alternativen: Entweder droht die Herrschaft der populistischen Rechten oder eine Machtverfestigung des Neoliberalismus durch ”medial inszeniertes Kasperltheater gerade mit Hilfe des rechtspopulistischen ‚Krokodils‘“ Im Grunde profitieren also beide Bewegungen voneinander. Was könnte man Menschen raten, die aus Enttäuschung oder Protest mit der Rechten flirten? Warum ist die Rechte keine Alternative? Und: was wäre die wirkliche Alternative?

PFALLER: Ganz klar: wir brauchen dringend ein neues politisches Lager, das sich deutlich links von dieser Alternative positioniert. Nichts versuchen die beiden vorhandenen Komplizen ja so sehr zu verhindern wie das. Und die Rechte ist klarerweise keine Alternative. Sie macht ja dieselbe Politik (gepfeffert vielleicht mit einigen zusätzlichen, kulturellen Rückständen). Die aktuelle österreichische Rechts-Rechts-Regierung zum Beispiel will gerade das Hartz-IV-Programm der neoliberalen deutschen Sozialdemokratie kopieren.

BURCHARDT: Abschließend eine Frage in eigener Sache: Welchen Beitrag könnte ein Internet-Magazin wie der Rubikon zur Verwirklichung dieser Alternative leisten?

PFALLER: In den letzten Jahren ist mir, zum Beispiel in der Berichterstattung über den Krieg in Syrien oder in der Ukraine, erschreckend deutlich geworden, wie sehr offenbar auch die liberaleren deutschen Medien geprägt sind von einer NATO-lastigen Sichtweise. Es wurde zum Beispiel immer wieder erklärt, in Mossul bekämpften die Amerikaner mit ihren Verbündeten „den Islamischen Staat“; in Aleppo dagegen bekämpften die Russen und die syrische Regierung „Rebellen“. Merkel „sagte“, Putin „behauptete“ etc. Um die dringenden gesellschaftlichen und politischen Probleme der Gegenwart in unseren Ländern zu lösen, brauchen wir eine Gegenöffentlichkeit, deren Diskurs nicht auf solchen Stereotypen aufbaut.

BURCHARDT: *Vielen Dank für das Gespräch!*

Autor:

Matthias Burchardt

ist Akademischer Rat am Institut für Bildungsphilosophie an der Universität zu Köln und stellvertretender Geschäftsführer der Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V. Er ist entschiedener Kritiker der Bildungsreformen im Namen von PISA und Bologna. Zuletzt erschien von ihm der Aufsatz „G8 als Baustein eines Reformputsches gegen die humanistische Bildungskultur“ im Buch „Weniger ist weniger: G8 und die Kollateralschäden“.

Dieser Text wurde zuerst am 27. Januar 2018 auf rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/wider-die-identitatspolitik› veröffentlicht. (Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=28735›

Das Vermächtnis von Reagans psychologischer Kriegsführung

von Robert Parry

Freigegebene Aufzeichnungen aus der Präsidentenbibliothek von Reagan zeigen, wie die US-Regierung zivile Agenturen mit psychologischer Kriegsführung beauftragt hat, um Informationen als ein Mittel zu benutzen, um das Verhalten eines anvisierten ausländischen Publikums und zumindest indirekt auch der amerikanischen Bürger zu manipulieren.

Ein gerade freigegebenes Anwesenheitsprotokoll [1] über ein Treffen eines Agentur-übergreifenden „PSYOP"-Komitees am 24.Oktober 1986 zeigt Vertreter der Agentur für Internationale Entwicklung (USAID), des Außenministeriums und der US Informationsagentur (USIA), zusammen mit Beamten der Central Intelligence Agency und des Verteidigungsministeriums.

Einige Namen von Beamten aus der CIA und dem Pentagon sind auch drei Jahrzehnte später immer noch geheim. Aber die Bedeutung dieser Dokumente ist, dass sie aufdecken, wie Agenturen, die traditionellerweise mit globaler Entwicklung (USAID) oder internationaler Information (USIA) zu tun hatten, in die Strategien der US-Regierung zur psychologischen Kriegsführung in Friedenszeiten eingemeindet wurden, in eine Militärtechnik, die den Willen eines Kriegsgegners durch das Verbreiten von Lügen, Verwirrung und Terror brechen soll.

Im Grunde spielt die psychologische Kriegsführung mit den kulturellen Schwächen einer anvisierten Bevölkerung, damit diese leichter kontrolliert und besiegt werden kann. Aber die Reagan-Regierung hat dieses Konzept aus den traditionellen Grenzen der Kriegsführung herausgelöst und wendete die PSYOPs zu jeder Zeit an, immer

President Ronald Reagan begrüßt Donald Trump 1987 im Empfangsbereich des Weißen Hauses (Foto: gemeinfrei)

wenn die US-Regierung behauptete, Amerika sei bedroht.

Diese Enthüllung – untermauert durch andere Dokumente [2], die Anfang des Jahres von Archivaren der Reagan-Bibliothek in Simi Valley, Kalifornien herausgegeben wurden – ist für die heutige Aufregung über angebliche „Fake News" und Anschuldigungen über „russische Desinformation" von großer Bedeutung. Jeder wird daran erinnert, dass die US-Regierung auf dem selben Gebiet tätig war.

Natürlich ist der Einsatz von Desinformation und Propaganda durch US-Regierungen nichts Neues. So hat die USIA in den 1950ern und 1960ern regelmäßig unter falschen Namen wie Guy Sims Fitch Artikel in freundlich gesonnenen Zeitungen und Magazinen veröffentlicht. (Anm. d. Ü.: sehr lesenswerter Artikel über das Phantom)

Jedoch haben in den 1970ern der blutige Vietnam-Krieg und die Enthüllungen der Pentagon-Papiere über die Täuschungen der US-Regierung zur Rechtfertigung des Kriegs bei den amerikanischen Propagandisten eine Krise ausgelöst, sie haben beim amerikanischen Volk Vertrauen verloren. Auch einige der traditionellen Quellen für US-Desinformation, etwa die CIA, sind stark in der Achtung gesunken.

Dieses sogenannte „Vietnam-Syndrom" – eine skeptische Bürgerschaft gegenüber den Behauptungen der US-Regierung über ausländische Konflikte – hat die Bemühungen von Präsident Reagan unterwandert, seine Interventionspläne in laufende Bürgerkriege in Mittelamerika, Afrika und anderswo zu verkaufen.

Reagan betrachtete Mittelamerika als „sowjetischen Brückenkopf", aber viele Amerikaner sahen hochnäsige mittelamerikanische Oligarchen und ihre brutalen Sicherheitskräfte, die Priester, Nonnen, Gewerkschafter, Studenten, Bauern und Eingeborene abschlachteten.

Reagan und seine Berater erkannten, dass sie diese Wahrnehmung ändern mussten, wenn sie eine weitere Finanzierung für das Militär von El Salvador, Guatemala, Honduras erreichen wollten – und für die Contra-Rebellen in Nicaragua, die von der CIA organisierte paramilitärische Kraft, die im links-regierten Nicaragua marodierte.

Wahrnehmungs-management

Somit wurde es zu einer hohen Priorität, die öffentliche Wahrnehmung in den anvisierten Ländern neu zu formen, aber noch wichtiger die im amerikanischen Volk. Diese Herausforderung brachte die Reagan-Regierung dazu, die Methoden zur Verteilung von Propaganda und zur Finanzierung freundlicher ausländischer Operateure wiederzubeleben und neu zu organisieren. Etwa durch die Erschaffung des National Endowment for Democracy (NED) unter seinem neokonservativen Präsidenten Carl Gershman.

Eine weitere Einheit in diesem Prozess war das Psychological Operations Committee [3], das 1986 unter Reagans Nationalem Sicherheitsrat geformt wurde. Seit dieser Zeit hat die US-Regierung, ob Republikaner oder Demokraten, viele dieser PSYOP-Prinzipien angewendet, Rosinenpickerei oder manipulierte Beweise, um Gegner zu unterwandern und die amerikanische Öffentlichkeit für die Unterstützung von Washingtons Politik zu gewinnen.

Diese Realität – dass die US-Regierung ihre eigene falsche Realität kreiert, um das amerikanische Volk und das internationale Publikum zu manipulieren – sollte Journalisten im Westen dazu verpflichten, alle Behauptungen aus Washington mit einer großen Prise Skepsis zu behandeln.

Stattdessen sehen wir jedoch bei den führenden Nachrichtenmedien ein Muster, dass sie einfach das verstärken, was auch immer die US-Agenturen über den ausländ-

Publiziert auf Free21 am 27.01.2018, 11:26 Uhr, von Robert Parry auf www.theblogcat.de. Lizenz: Robert Parry, Übersetzung: FritztheCat.

dischen Gegner versichern, während die Skeptiker als Übermittler von „Fake News“ oder feindlicher „Propaganda“ verunglimpft werden. Im Grunde können wir den Erfolg der psychologischen US-Kriegsführung daran messen, wie sich die westlichen Massenmedien als Verstärker-Mechanismus hervortun, um die Konformität zu den verschiedenen Informationsthemen und Sichtweisen der US-Regierung sicherzustellen.

So wird zum Beispiel jeder Zweifel an der Sichtweise der US-Regierung zu, sagen wir, dem gegenwärtigen Syrien-Konflikt, oder dem Staatsstreich 2014 in der Ukraine, oder dem russischen „Hacking“ der US-Wahl 2016, oder zu Irans Status als „führender Sponsor für Terrorismus“ von den großen westlichen Nachrichtenmedien als Beweis dafür verwendet, man sei zumindest ein „nützliches Werkzeug“ für eine ausländische Macht, wenn nicht gar ein vorsätzlicher „Propagandist“ des Feindes, der einer fremden Macht gegenüber loyal ist, somit ein Verräter [4].

Die führenden Massenmedien und die vom Establishment für gut befundenen Webseiten tun sich jetzt mit Google [5], Facebook und anderen Technologiefirmen zusammen, um Algorithmen zu entwickeln, um Internet-Inhalte zu vergraben oder zu löschen, die nicht im Gleichschritt mit dem als wahr angesehenen marschieren, was einfach oft dem folgt, was die Agenturen der US-Regierung als wahr ansehen.

Die dokumentarischen Belege sind jetzt jedoch eindeutig, dass die US-Regierung eine deutlich definierte Strategie unternommen hat, um auf der ganzen Welt über westliche Nachrichtenagenturen psychologische Kriegsführung zu betreiben, die über Ereignisse in den betroffenen Ländern berichten, die diese Propaganda und Desinformation wie einen Bumerang über das amerikanische Volk bringen.

Während der letzten Regierungen wurden Euphemismen eingesetzt, um den eher abschätzigen Begriff „psychologische Kriegsführung“ zu verhüllen – etwa „öffentliche Diplomatie“, „strategische Kommunikation“ [6], „Wahrnehmungsmanagement“ [7] und „smart power“ [8]. Aber der ernsthafte Drang zur Ausweitung dieser Propagandafähigkeiten der US-Regierung lässt sich auf die Präsidentschaft von Reagan zurückführen.

Der Strippenzieher

Über die Jahre habe ich einen Haufen Dokumente erhalten, die mit PSYOPs und verwandten Programmen zu tun haben. Sie stammen aus „obligatorischen Überprüfungen zur Deklassifizierung“ von Akten, die zu Walter Raymond Jr. gehören, einem leitenden Spezialisten der CIA für verdeckte Einsätze, der 1982 zum Nationalen Sicherheitsrat Reagans stieß, um die Kapazitäten für PSYOPs, Propaganda und Desinformation wieder aufzubauen.

Raymond, der mit einem Charakter aus einem John LeCarre-Roman verglichen werden kann, der plötzlich auftaucht, hat seine Jahre im Weißen Haus von Reagan als ein finsterer Strippenzieher verbracht, der sein Bestes tat, um keine öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen oder vermieden hat, dass es ein Foto von ihm gibt – so scheint es.

Aus Zehntausenden von Fotos von Treffen in Reagans Weißem Haus habe ich nur zwei gefunden, die Raymond zeigen – und da sitzt er in einer Gruppe und ist teilweise von anderen Beamten verdeckt.

Aber Raymond scheint seine wahre Bedeutung bewusst gewesen zu sein. In seinen NSC-Akten fand ich das Gekritzel eines Organigramms, das Raymond ganz oben zeigt, wie er etwas hält, das wie das Kreuz aussieht, das Marionettenspieler benutzen um ihre Puppen zu kontrollieren [9]. Die Zeichnung passt zur Realität von Raymond als dem Akteur hinter dem Vorhang, der die verschiedenen Einsatzgruppen kontrollierte, die zur Umsetzung der PSYOPs und der anderen Propagandastrategien verantwortlich waren.

In Raymond Akten fand ich einflussreiches Papier vom November 1983, geschrieben von Oberst Alfred R. Paddock Jr mit dem Titel „Militärische Psychologischer Kriegsführung und die US-Strategie“ [10]. Darin heißt es: „die geplante Verwendung von Kommunikation zur Beeinflussung von Einstellungen oder Verhaltensweisen sollte, wenn sie richtig angewendet wird, jeder Anwendung von Gewalt vorangehen, sie begleiten und ihr folgen. Anders ausgedrückt: Psychologische Kriegsführung ist das einzige Waffensystem, das in Friedenszeiten, während eines Konflikts und in der Folge eines Konflikts eine wichtige Rolle spielt.“

Paddock weiter: „Militärische psychologische Kriegsführung ist ein wichtiger Bestandteil der ‚Gesamtheit von PSYOP‘, sowohl im Frieden als auch im Krieg … Wir benötigen ein Programm für psychologische Kriegsführung als integraler Bestandteil unserer nationalen Sicherheitspolitik und Programme … Die Kontinuität eines ständigen übergreifenden Ausschusses oder eines Ausschusses, der die notwendigen Koordinierungsmechanismen für die Entwicklung einer kohärenten, weltweiten Strategie für psychologische Kriegsführung bereitstellt, wird dringend benötigt.“

Ein als „Top Secret“ eingestuftes und freigegebenes Dokument [11] in den Akten Raymonds – datiert auf 4. 02.1985, vom Verteidigungsminister Caspar Weinberger – drängt auf eine größere Umsetzung von Präsident Reagans nationaler Sicherheitsdirektive 130, die am 6. März 1984 unterschrieben wurde [12], und die die psychologische Kriegsführung in Friedenszeiten genehmigt, indem die PSYOPs über die traditionellen Grenzen aktiver militärischer Einsätze auf Situationen in Friedenszeiten erweitert werden, wenn die US-Regierung behauptet, es wären nationale Sicherheitsinteressen in Gefahr.

„Diese Genehmigung kann Impulse für den Wiederaufbau einer notwendigen strategischen Fähigkeit liefern und die Aufmerksamkeit auf psychologische Kriegsführung als nationales – nicht nur militärisches – Instrument lenken und sicherstellen, dass PSYOPs vollständig mit der öffentlichen Diplomatie und anderen internationalen Informationsaktivitäten koordiniert werden“, heißt es in Weinbergers Dokument.

Ein Komitee aus verschiedenen Agenturen

Diese breitere Verpflichtung zu PSYOPs führte zur Gründung des Psychological Operations Committee (POC), dessen Vorsitz ein Vertreter aus dem Nationalen Sicherheitsrats von Reagan hatte, einem Stellvertreter aus dem Pentagon und mit Vertretern aus der CIA, dem Außenministerium und der USIA.

„Diese Gruppe ist verantwortlich für die Planung, Koordination und Durchführung psychologischer Operationen zur Unterstützung der Politik und der Interessen der Vereinigten Staaten im Bezug auf die nationale Sicherheit.“ So heißt es in einem „geheimen“ Zusatz [13] zu einem Memo vom 25. März 1986 von Col. Paddock, dem Sachwalter für PSYOP, der zum Direktor für psychologische Kriegsführung in der US-Armee ernannt wurde.

„Der Ausschuss wird den Schwerpunkt der Koordination zwischen den Behörden für die detaillierte Notfallplanung für die Verwaltung der nationalen Informationsressourcen während des Kriegs und für den Zeitraum zwischen Frieden und Krieg legen“, heißt es in dem Ergänzungspapier. „“Das POC stellt sicher, dass in Kriegszeiten oder während Krisen (die als Perioden akuter Spannungen definiert werden können, in denen das Leben amerikanischer Bürger bedroht ist oder ein Krieg zwischen den USA und anderen Ländern bevorsteht) die internationalen Informationselemente der USA bereit sind, besondere Verfahren einzuleiten, um eine politische Konsistenz, eine zeitnahe Antwort und eine rasche Antwort des beabsichtigten Publikums sicherzustellen.“ (Anm. d. Ü.: Wie ich diese Behördensprache hasse!)

Mit anderen Worten: Die US-Regierung kann PSYOPs praktisch jederzeit einsetzen, denn es gibt immer „Perioden akuter Spannungen, die das Leben amerikanischer Bürger bedrohen“.

Das Psychological Operations Committee wurde durch ein „ge-

heimes“ Memo [14] von Reagans Nationalem Sicherheitsberater John Pointdexter am 31. Juli 1986 formell beschlossen. Die erste Sitzung fand am 2. September 1986 statt [15], und die Tagesordnung konzentrierte sich auf Mittelamerika und „wie die POC-Agenturen die Programme des Verteidigungsministeriums in El Salvador, Guatemala, Honduras, Costa Rica und Panama unterstützen und ergänzen können.“ Das POC wurde auch beauftragt, „Nationale PSYOPS-Richtlinien zu entwickeln“, um „die nationalen PSYOPS-Programme zu formulieren und umzusetzen.“

Raymond wurde Co-Vorsitzender des POC, zusammen mit dem CIA-Beamten Vincent Cannistraro, der stellvertretender Direktor für Geheimdienstprogramme im NSC-Stab, so steht es in einem „geheimen“ Memo [16] des stellvertr. Verteidigungsministers Craig Alderman Jr.

Das Memo spricht auch davon, dass zukünftige POC-Meetings über PSYOP-Projekte für die Philippinen und Nicaragua unterrichten werden, letzteres Projekt trägt den Codenamen „Niagara Falls“. Das Memo spricht auch von einem „Project Touchstone“, aber es ist unklar, worauf sich dieses PSYOP-Programm bezieht.

Ein weiteres „geheimes“ Memo [17] mit Datum 1. Oktober 1986, mitverfasst von Raymond, berichtet über das erste Treffen des POC am 10. September 1986 und merkt an, dass „das POC sich bei jedem Treffen auf ein Einsatzgebiet konzentrieren wird (z.B. Mittelamerika, Afghanistan, Philippinen).“

Das zweite Treffen von POC am 24. Oktober 1986 – für das soeben die Anwesenheitsliste herausgegeben wurde – konzentrierte sich auf die Philippinen, so besagt ein Memo [18] vom 4. November 1986, mitverfasst von Raymond.

Aber die Hauptaufmerksamkeit der Reagan-Regierung lag weiterhin auf Mittelamerika, darunter „Project Niagara Falls“, das gegen Nicaragua zielende PSYOPS-Programm. Ein „geheimes“ Pentagon-Memo [19] vom stellvertr. Minister Alderman vom 20. November 1986 umreißt die Arbeit der 4th Psychological Operations Group zu diesem PSYOP-Plan, „um bei der Demokratisierung Nicaraguas zu helfen“, worunter die Reagan-Regierung „Regimewechsel“ versteht. Die genauen Details von „Projekt Niagara Falls“ wurden in dem freigegebenen Dokument nicht enthüllt, aber der Codename deutet auf eine Kaskade von PSYOPS.

Schlüsselpersonen

Andere Dokumente aus Raymonds NSC-Akte werfen ein Licht darauf, wer die anderen Schlüsselfiguren in den PSYOPS- und Propagandaprogrammen waren. Beispielsweise zitiert Raymond in undatierten Notizen [20] über Versuche zur Beeinflussung der Sozialistischen Internationalen, darunter die Sicherstellung der Unterstützung der US-Außenpolitik durch sozialistische und sozialdemokratische Parteien in Europa, die Bemühungen von „Ledeen, Gerhsman“, ein Hinweis auf den neokonservativen Akteur Michael Ledeen und auf Carl Gershman, einen weiteren Neokon, der seit 1983 als Präsident des von der US-Regierung finanzierten National Endowment for Democracy (NED) fungiert.

Obwohl aus technischer Sicht NED unabhängig von der US-Regierung ist, so erhält es doch einen Großteil seiner Gelder vom Kongress (derzeit etwa $100 Mio. jährlich). Dokumente aus dem Reagan-Archiv machen auch deutlich, dass NED als Ersatz für einige verdeckte politische und Propaganda-Operationen der CIA organisiert worden war, die in den 1970ern in Ungnade gefallen war. Zuvor veröffentlichte Dokumente aus Raymonds Akten zeigen, dass CIA-Direktor William Casey zur Gründung von NED drängte und dass Raymond, Caseys handverlesener Mann im Nationalen Sicherheitsrat, Gershman regelmäßig Ratschläge und Anweisungen erteilt hat. (Siehe: CIA’s Hidden Hand in ‘Democracy’ Groups [21])

Während die Initialen USAID das Bild von wohltätigen Amerikanern erwecken, die in verarmten Ländern Brunnen bohren, Schulen und Krankenhäuser errichten, so ist USAID auch dabei hilfreich, freundliche Journalisten rund um den Globus zu finanzieren.

2015 veröffentlichte USAID ein Datenblatt, in dem ihre Arbeit zur Finanzierung „journalistischer Erziehung, dem Aufbau von Medienunternehmen, Kapazitätserweiterung für unterstützende Organisationen und die Stärkung des juristisch-regulatorischen Umfelds für freie Medien“ zusammengefasst wurde. USAID schätzte sein Budget für die „Medien-stärkenden Programme in über 30 Ländern“ auf $40 Mio. jährlich, darunter die Hilfe für „unabhängige Medienorganisationen und Blogger in über einem Dutzend Ländern“.

Vor dem Umsturz in der Ukraine 2014 hat USAID Training in der „Handy- und Webseitensicherheit“ angeboten, was sich ein wenig nach einer Operation anhört, die Aufklärung örtlicher Regierungen zu behindern. Eine ironische Haltung, wenn man bedenkt, wie versessen die USA mit der Überwachung sind, einschließlich der Verfolgung von Whistleblowern [22], weil die mit Journalisten redeten.

USAID, die mit der Open Society von Milliardär George Soros zusammenarbeitet, hat auch daqs Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) finanziert, das „investigativen Journalismus“ betreibt, der sich für gewöhnlich über Regierungen hermacht, die bei den Vereinigten Staaten in Ungnade gefallen sind und danach mit Anschuldigungen wegen Korruption aufs Korn genommen werden.

Das US-finanzierte OCCRP kollaboriert auch mit Bellingcat [23], einer investigativen Internet-Webseite, die vom Blogger Eliot Higgins gegründet wurde, der jetzt ein nicht ständiges leitendes Mitglied des Atlantic Council ist, einem Pro-NATO-Denkpanzer, der Gelder von den US-Regierungen und alliierten Regierungen erhält.

Higgins hat im Internet Falschinformationen verbreitet, einschließlich entkräfteter Vorwürfe, die syrische Regierung sei in den Sarin-Angriff 2013 verwickelt gewesen [24]. Und er hat ein australisches Filmteam zu einem Ort dirigiert, der anscheinend die falsche Stelle für ein Video über eine BUK-Flugabwehrbatterie war [25], die sich angeblich nach dem Abschuss von Malaysia Flug 17 am 17. Juli 2014 auf den Weg nach Russland machte.

Trotz seines zweifelhaften Rufs über seine Genauigkeit wurde Higgins in den Massenmedien gelobt, teilweise, weil seine „Ergebnisse“ immer zu dem Propaganda-Thema passen, das die US-Regierung und ihre westlichen Alliierten verbreiten. Zwar werden die meisten echten unabhängigen Blogger von den Massenmedien ignoriert, aber Higgins wurde für seien Arbeit in der New York Times und der Washington Post gepriesen. Und Google hat Bellingcat in seine First Draft-Koalition aufgenommen, die bestimmen soll, welche Nachrichten echt und welche falsch sind.

Mit anderen Worten: Die US-Regierung hat eine robuste Strategie zur Einsetzung von direkten und indirekten Einfluss-Agenten, die jetzt beeinflussen, wie die Titanen des Internets ihre Algorithmen strukturieren, um günstige Informationen hervorzuheben und ungünstige Informationen verschwinden zu lassen.

Die Lügenerbschaft

Im ersten Kalten Krieg haben die CIA und die US-Information Agency die Kunst des „Informationskriegs“ verfeinert [26], darunter erstmals einige der derzeitigen Funktionen wie vordergründig „unabhängiger“ Einheiten und Ausschnitte, die die amerikanische Propaganda einer zynischen Öffentlichkeit präsentieren, die viel von dem ablehnt was die Regierung sagt, die aber „Bürgerjournalisten“ und „Bloggern“ vertraut.

USIA, die 1953 gegründet wurde und in den 1980ern unter dem von Reagan ernannten Direktor Charles Wick wieder zum Leben erweckt wurde, sie wurde 1999 abgeschafft. Aber ihre Propaganda-Funktionen wurden größtenteils in das neue Büro des stellvertr. Außenministers für Öffentliche Diplomatie und Öffentliche Angelegenheiten übernommen. Dort ist sie zu einer neuen Quelle für Desinformation geworden.

Publiziert auf Free21 am 27.01.2018, 11:26 Uhr, von Robert Parry auf www.theblogcat.de. Lizenz: Robert Parry, Übersetzung: FritztheCat.

Zum Beispiel hat Obamas Minister für Öffentliche Diplomatie, Richard Stengel, 2014 eine Reihe von Unwahrheiten und Falschinterpretationen [27] über Russlands RT-Network verbreitet. Zum Beispiel behauptete er, dass RT die „lächerliche Behauptung" aufgestellt habe, die USA hätten $5 Milliarden in das Regimewechsel-Projekt in die Ukraine investiert. Aber das war eine offensichtliche Anspielung an eine öffentliche Rede der stellvertr. Außenministerin Victoria Nuland am 13. Dezember 2013, in der sie sagte [28], dass „wir mehr als $5 Milliarden investiert haben", um der Ukraine bei dessen „europäischen Hoffnungen" zu helfen.

Nuland war auch die führende Vertreterin beim ukrainischen Umsturz, sie hat den Anti-Regierungs-Randalierern persönlich zugejubelt. In einem abgehörten Telefonat [29] mit dem US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt, hat Nuland diskutiert, wie man „diese Sache zusammenklebt" und „Hilfestellung leisten kann", und wer der neue Führer sein soll. Sie hat Arseniy Yatsenyuk auserwählt – „Yats ist unser Mann" – der schließlich nach dem Sturz von Victor Yanukowitsch Ministerpräsident wurde.

Trotz all der Beweise für einen US-gestützten Coup hat die New York Times die Beweise einfach ignoriert, unter anderem das Nuland-Pyatt-Telefonat, und hat verkündet, es habe keinen Coup gegeben [30]. Die Hörigkeit der NYT zur falschen Geschichte des Außenministeriums ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich das Vermächtnis von Walter Raymond, der 2003 starb, bis in die Gegenwart fortsetzt.

In den letzten Jahren hat sich der Sprachgebrauch des Programms vielleicht gefälligeren Euphemismen zugewandt. Aber die Idee ist die selbe geblieben: wie man PSYOPS, Propaganda und Desinformation benutzt [31], um Zuhause und im Ausland die US-Politik zu verkaufen.

Originalartikel: https://consortiumnews.com/2017/10/13/the-legacy-of-reagans-civilian-psyops/
Übersetzung: FritztheCat

Quellen:

[1] Anwesenheitsprotokoll „PSYOPS COMM" vom 24.10. 1986, <https://consortiumnews.com/wp-content/uploads/2017/10/sign-in-sheet-PSYOPSCOMM.pdf>

[2] Parry, Robert: How US Flooded the World with Psyops, <https://consortiumnews.com/2017/03/25/how-us-flooded-the-world-with-psyops/>

[3] *siehe* [2]

[4] Parry, Robert: Washington Post's 'Fake News' Guilt, <https://consortiumnews.com/2016/11/27/washington-posts-fake-news-guilt/>

[5] Parry, Robert: What to Do About 'Fake News', <https://consortiumnews.com/2016/11/18/what-to-do-about-fake-news/>

[6] Parry, Robert: US/NATO Embrace Psy-ops and Info-War, <https://consortiumnews.com/2015/09/02/usnato-embrace-psy-ops-and-info-war/>

[7] Parry, Robert: The Victory of 'Perception Management', <https://consortiumnews.com/2014/12/28/the-victory-of-perception-management/>

[8] Parry, Robert: Hillary Clinton's Failed Libya 'Doctrine', <https://consortiumnews.com/2015/07/01/hillary-clintons-failed-libya-doctrine/>

[9] Skizze Walt Raymond, <https://consortiumnews.com/wp-content/uploads/2017/03/WaltRaymondDrawing.pdf>

[10] Military Psychological Operations And US Strategy by Colonel Alfred H. Paddock, Jr., US Army War College, November, 1983, <https://consortiumnews.com/wp-content/uploads/2017/02/Military-PSYOPSandUSstrategy-Paddock.pdf>

[11] Memorandum For The Chairman, Special Planning Group, Public Diplomacy, Subject: NSDD 130 Tasking, <https://consortiumnews.com/wp-content/uploads/2017/03/NSDD130Tasking-130552.pdf>

[12] National Security Decision Directive Number 130, <https://fas.org/irp/offdocs/nsdd/nsdd-130.htm>

[13] Memorandum For Dr. Stearman, National Security Council, Subject: PSYOP Committee, <https://consortiumnews.com/wp-content/uploads/2017/03/PSYOP-Committee-130575-130576-130697.pdf>

[14] Memorandum for the Secretary of State et al., Subject: Establishment of a Psychollogical Operations Committee, <https://consortiumnews.com/wp-content/uploads/2017/03/Establishing-PSYOPCommittee-130705.pdf>

[15] Memorandum for Nicholas Platt et al., Subject: First Meeting of the Psychological Operations Committee (POC), <https://consortiumnews.com/wp-content/uploads/2017/03/FirstMeetingPOC-130729.pdf>

[16] Memorandum for Director, Joint Staff, Subject: Establishment of a Psychological Operations Committee, <https://consortiumnews.com/wp-content/uploads/2017/03/Establishing-POC-130725.pdf>

[17] Memorandum for John M. Poindexter, Subject: The Psychological Operations Committee Gets Under Way, <https://consortiumnews.com/wp-content/uploads/2017/03/POCGetsUnderWay-130740.pdf>

[18] Memorandum for John M. Pointexter, PSYOPS Operations Committee, <https://consortiumnews.com/wp-content/uploads/2017/03/POCPSYOPSforPhilippines-130755130754.pdf>

[19] Memorandum on Project Niagara Falls, <https://consortiumnews.com/wp-content/uploads/2017/03/ProjectNiagaraFalls-131151-131153.pdf>

[20] SI Meeting, <https://consortiumnews.com/wp-content/uploads/2017/03/SIMeeting-13.pdf>

[21] Parry, Robert: CIA's Hidden Hand in 'Democracy' Groups, <https://consortiumnews.com/2015/01/08/cias-hidden-hand-in-democracy-groups/>

[22] McDovern, Ray: Punishing Another Whistleblower, <https://consortiumnews.com/2015/05/12/punishing-another-whistleblower/>

[23] Edge, Abigail: New Bellingcat project to investigate cross-border corruption, <https://www.journalism.co.uk/news/new-bellingcat-project-to-investigate-cross-border-corruption/s2/a562610/>

[24] Russell-Sluchansky, Carmen: The Failed Pretext For War: Seymour Hersh, Eliot Higgins, MIT Rocket Scientists On Sarin Gas Attack, <http://www.mintpressnews.com/the-failed-pretext-for-war-seymour-hersh-eliot-higgins-mit-professors-on-sarin-gas-attack/188597/>

[25] Parry, Robert: A Reckless 'Stand-upper' on MH-17, <https://consortiumnews.com/2015/05/28/a-reckless-stand-upper-on-mh-17/>

[26] Parry, Robert: The Victory of 'Perception Management', <https://consortiumnews.com/2014/12/28/the-victory-of-perception-management/>

[27] Parry, Robert: Who's the Propagandist: US or RT?, <https://consortiumnews.com/2014/05/01/whos-the-propagandist-us-or-rt/>

[28] Regime Change in Kiev, Victoria Nuland Admits: US Has Invested $5 Billion In The Development of Ukrainian, „Democratic Institutions", <http://www.informationclearinghouse.info/article37599.htm>

[29] Ukraine crisis: Transcript of leaked Nuland-Pyatt call, <http://www.bbc.com/news/world-europe-26079957>

[30] Parry, Robert: NYT Still Pretends No Coup in Ukraine, <https://consortiumnews.com/2015/01/06/nyt-still-pretends-no-coup-in-ukraine/>

[31] Parry, Robert: The Orwellian War on Skepticism, <https://consortiumnews.com/2016/12/01/the-orwellian-war-against-skepticism/>

Unterstütze Free21.org

donate

Vereins-Spenden-Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Autor:

Robert Parry

Jahrgang 1949, ist ein US-amerikanischer Investigativjournalist, der in den Vereinigten Staaten vor allem Mitte der 1980er-Jahre durch seine Arbeiten zur Iran-Contra-Affäre für Associated Press und Newsweek bekannt wurde. Während des Contra-Kriegs in Nicaragua deckte er das CIA-Handbuch Psychological Operations in Guerrilla Warfare auf und war an der Aufdeckung des vom CIA geduldeten Drogenschmuggels beteiligt. 1984 erhielt er den George Polk Award in der Sparte „Nationale Berichterstattung". Nachdem Parry seine letzte Anstellung bei einem Nachrichtenmagazin im Jahr 1990 verlassen hatte, wurde er 1995 selbständiger Herausgeber des Onlinemagazins Consortiumnews.com.ist investigativer Reporter und Buchautor. (Quelle: Wikipedia)

Dieser Text wurde zuerst am 13.10.2017 auf theblogcat.de unter der URL <https://www.theblogcat.de/archiv/oktober-2017/> veröffentlicht. Lizenz: Robert Parry, Übersetzung: FritztheCat

‹http://www.free21.org/?p=28715›

Wir sind **Frieden**

Unbekannte Friedensaktivisten auf die Bühnen

von Andrea Drescher

Tierschutz, Achtsamkeit und Gemeinwohlökonomie – drei Themen aus der Friedensbewegung, für die sich die drei Frauen, die in dieser Ausgabe vorgestellt werden, seit Jahren engagieren. Die Vielfalt an Themen macht deutlich, dass es eigentlich für jeden und jede etwas zu tun gibt. Wie schon Goethe sagte: Erfolg hat drei Buchstaben - T.U.N. Anita, Christiane und Grit „tun“ schon länger. Danke dafür!

Anita Krieger

Geboren 1969 in Schramberg, Baden-Württemberg, lebt die Kauffrau für Bürokommunikation heute in Bayern. Sie ist Tierrechtlerin, Mutter eines Sohnes und Kampfkünstlerin.

Was bedeutet es für dich, Friedensaktivist zu sein?

Für mich heisst es ganz einfach, das Leben aller Lebewesen zu schützen, allen mit Respekt zu begegnen. Ob Menschen oder Tiere, da mache ich keinen Unterschied. Ich sehe mich in erster Linie als Tierrechtlerin, die nicht-menschlichen Tiere haben meine 100%ige Loyalität. Menschen sind letztlich nur eine weitere Gattung. Dafür setze ich mich seit über 10 Jahren ein.

Aber Du warst auch in der Friedenbewegung aktiv?

Das ist richtig. Ich habe bei den Mahnwachen für gut zwei Jahre einen Abstecher in die Friedensbewegung gemacht. Aber mir wurde dabei bewusst, dass die hilflosesten und am härtesten durch Ausbeutung betroffenen Wesen auf der Erde eben die nicht-menschlichen Tiere sind. Es gibt ja eine Menschenrechte-Charta – auch wenn man sich kaum daran hält, es ist eine Basis, auf die sich Menschen berufen können. Mir ist es ein Anliegen, Tierrechte wie Menschenrechte zu etablieren. Das heisst nicht, dass ich Menschen etwas Schlechtes wünsche. Aber den Rechten von Tieren eine, d.h. meine Stimme zu geben, ist für mich ein Lebensthema. Das wurde mir in der Zeit bei den Mahnwachen wieder sehr deutlich.

Lebensthema inwiefern?

Im Tierschutz bin ich schon seit meinem 18. Lebensjahr aktiv. Vor rund 10 Jahren stieß ich dann auf das Thema Tierrechte, der Auslöser dafür war ein erst 13 Jahre altes Mädchen. Auf Youtube wurde ich mit unzähligen Undercover-Aufnahmen konfrontiert. Ob Massentierhaltung oder Tierversuche – es gibt unzählige solche Videos, die sich direkt oder indirekt mit Tierrechten beschäftigen. Und mir war klar, damit muss ich mich auseinandersetzen. Ich habe mich diesen Videos regelrecht hingegeben. Viele Menschen ertragen derartige Aufnahmen gar nicht. Bei mir aber war ganz stark das Gefühl da „Das muss ich mir jetzt geben“. Ich habe mich täglich stundenlang damit befasst, über Wochen; es hat mich einfach gepackt, aktiv zu werden. Für mich ist der Veganismus die größte und ehrlichste Friedensbewegung, da er alles umfasst: den Schutz von Tieren, Menschen und Umwelt. Es wird zwar meist auf Ernährung reduziert, geht aber weit darüber hinaus. Es geht um einen bewussten Umgang mit dem Leben. Dafür braucht es eine politische Debatte, und diese anzustoßén ist mir ein Anliegen. Aus der normalen Friedensbewegung habe ich mich daher komplett zurückgezogen. Beides zu machen, ist nichts Halbes und nichts Ganzes. Es ist einfach eine Frage der Zeit.

Schön, dass Du trotzdem mit mir sprichst, obwohl ich selbst gelegentlich Fleisch esse ...

Ich bin ja kein A-loch. Ich bin Friedensaktivist, und ich schätze auch Menschen, die sich der Themen noch nicht ganz so bewusst sind. Nur manchmal werde ich im Zorn aggressiv – wenn z.b. wie derzeit in Bayern die freilaufenden Wölfe ohne Not abgeschossen werden. Da platzt mir der Kragen, aber ich denke, das

Anita Krieger

ist menschlich. Das wichtigste ist aber, Bewusstsein zu wecken. Dafür setze ich mich mit allen meinen Möglichkeiten ein.

Wo engagierst Du Dich?

Nachde ich zunächst mit einer Freundin bei uns in der Gegend einen Tierrechteverein gegründet habe, bin ich seit einigen Jahren bei Animal Peace http://www.animal-peace.org aktiv. Dieser älteste und wichtigste Tierrechteverein in D war der Gesellschaft schon bei seiner Gründung 1988 um 20 Jahre voraus. Eine der Kernaussagen des Vereins lautet: „Wenn wir den anderen Tieren ihre natürlichen Rechte zurückgeben, so verlieren wir nichts als das Privileg auf Folter und Mord.“ Wer möchte von sich behaupten, auf dieses Recht nicht gerne und jederzeit verzichten zu können.

Und was tust Du bzw. der Verein konkret?

Wir Nacktaffen aus dem Verein sind die Anwälte der Tiere. Den Begriff Nacktaffe haben wir aus dem Buch „Der nackte Affe“ von 1967von Desmond Morris übernommen. Und in unserer Funktion als Anwalt unternehmen wir die unterschiedlichsten Aktionen.

Welche sind das?

Früher hat man sich z.B. angekettet – heute liegt unser Fokus mehr auf der Verbreitung von provokanten Texten, um die Menschen über die verschiedenen Medien zu erreichen. Und dabei sind wir recht erfolgreich. Man findet uns nicht nur im Internet. Wir kommen in die WELT, in die Süddeutsche, ins VICE Magazin. Man nimmt uns zur Kenntnis, auch wenn es immer wieder aufgrund der sehr provokativen Präsentation anschließend fast immer einen Shitstorm gegen uns gibt.

Was heisst provokant? Hättest du da ein Beispiel für uns?

Als am 19.Dezember 2016 der Anschlag auf den Christkindl-Markt in Berlin stattfand, haben wir das zum Anlass genommen, auf die Millionen Gänse aufmerksam zu machen, die zur Weihnachtszeit als Gänsebraten verrecken müssen. Dieser Protest wurde z.B. in der WELT publiziert, hat aber natürlich für helle Aufregung gesorgt.

Mir erscheinen Veganer oft sehr radikal - verlangt Ihr nicht ein wenig viel von anderen?

Veganer sind radikal – das ist die Folge des konsequenten Handelns. Und eines ist sicher: Die Welt braucht Utopien. Unser Ziel ist die komplette Abschaffung der Ausbeutung von Tieren – aber auch von Menschen. Man muss das Maximum fordern, um das Minimum zu erreichen. Wir machen aber auch „harmlosere“ Aktionen und Veranstaltungen, durch die wir die Menschen für Tierrechte sensibilisieren. So gibt es dieVegamania in Regensburg und München, dieWies‘n Vegan oder am Münchner Marienplatz Weihnachten Vegan und Ostern Vegan. Bei den Veranstaltungen sind viele Organisationen dabei – wie Ärzte gegen Tierversuche, die Sea Shepherd Conservation Society oder Animals Angels, die Tiertransporte begleiten und die Einhaltung der derzeitigen Mindeststandards kontrollieren. Alle informieren die Besucher, die natürlich auch an den zahlreichen kulinarischen und musikalischen Angeboten viel Spaß haben. Bei den Veranstaltungen wird immer sehr deutlich: Vegan macht glücklich.

Publiziert auf Free21 am 25.01.2018, 19:35 Uhr, von Andrea Drescher

Dann wünsche ich Dir, Deinem Umfeld und den Tieren, dass Du weiterhin ein glücklicher Mensch bleibst. Danke für das Gespräch.

Christiane Borowy

Dipl.-Sozialogin, Körpertherapeutin, Sängerin und Mutter eines großen Sohnes, geb. 1968 in Heidelberg, wohnhaft in Bochum. In ihrem Institut für sozialkulturelle Arbeit – www.borowita.de – hat sie nach fundierter Ausbildung eine ihrer Leidenschaften zum Beruf gemacht.

Seit wann bist du in der Friedensszene aktiv?

Eigentlich seit der Schulzeit in den 80igern fast durchgängig. Zwischendurch hat die Familie mal einen stärkeren Fokus, aber ich habe immer etwas getan, um zum Frieden beizutragen.

Was heisst denn „etwas"?

Ich war schon auf dem Schulhof Schlichter, oder auch bei uns im Chor. Konkret habe ich Gesprächskreise ins Leben gerufen und moderiert, Artikel und Handzettel geschrieben, die ich in der Region verteilt habe, Veranstaltungen koordiniert, beim BUND mitgearbeitet ... Und wo immer ich war, habe ich versucht, Menschen zu motivieren, sich für den Frieden zu engagieren. Ich stelle mich auch dort hin, wo man auf den ersten Blick nicht an das Thema Frieden denkt.

Wo stellst Du Dich hin, was bedeutet das?

Frieden hat viele Aspekte, es geht nicht immer nur um Krieg und Terror. Es bedarf einer friedlichen Grundhaltung, wenn unterschiedliche Interessen aufeinander stoßen. Sei es der Mann/Frau-Konflikt, der Streit zwischen Nachbarn, wenn die Hecke zu hoch ist, oder wenn unterschiedliche Gruppen und Institutionen zusammenarbeiten sollen. An der Ruhr-Uni Bochum war ich Gleichstellungsbeauftragte für die Studierenden zunächst in der Fakultät, später für die gesamte Uni. Da musste ich immer wieder zwischen unterschiedlichen Positionen von Studierenden und universitären Gremien für Ausgleich sorgen. „Divide et impera" gab es damals schon: Streit, Diffamierung, Spaltung - man konnte die verschiedensten Methoden beobachten, um die Gruppe der Studierenden daran zu hindern, ihre Interessen wirksam zu vertreten.

Gehst Du auch auf die Straße?

In den 80igern war ich noch auf jeder Demo in meiner Region zu finden, heute eher selten. Das ist irgendwann eingeschlafen. Die Friedensinstitute und Interessengruppen sind nach und nach eingegangen. In den Gruppen gab es auf einmal Streit. Auch hier: Spaltung entlang der kritischen und der klassischen Friedensinstitute – wobei unklar ist, wodurch diese sich wirklich unterscheiden.

Christiane Borowy

Wo liegt jetzt Dein Fokus?

Mir geht es heute mehr darum, den Menschen die Mechanismen, die zu Unfrieden führen, bewusst zu machen. Ich möchte Spaltungen aufdecken und dazu beitragen, das Verbindende zu finden und greifbar zu machen. Wenn man den gemeinsamen Nenner sucht, besteht die Chance zu einer friedlichen Lösung. Dabei muss man die eigenen Vorstellungen hinterfragen. Bei Krisen muss man sich bewusst machen, dass man selbst aggressiv ist. Welchen Beitrag habe ich als Konfliktpartei? Warum rege ich mich über eine spezielle Situation auf? Legt man diese unbewussten Aspekte offen, bringt es die Menschen zum Nachdenken. Dabei fließt die Arbeit von Byron Katie recht häufig in mein Tun ein. Und ganz wichtig: ich möchte auch Raum für Begegnung im Sinne von De-Anonymisieren schaffen. Wenn Menschen sich persönlich gegenübersitzen, entstehen positive Netze, entsteht Solidarität. Das ist auch Schwerpunkt meiner Arbeit bei Borowita. Ich biete sehr unterschiedliche Wege, z. B. Singkreise, Diskussionsrunden und natürlich Seminare wie das Einüben von friedfertigem Verhalten oder Achtsamkeitsseminare speziell für die Friedensbewegung.

Warum gerade die Friedensbewegung? Sind deren Aktive nicht besonders friedfertig?

Die Friedensbewegung unterliegt massiven Spaltungsversuchen. Dem wirke ich entgegen. Man muss und kann umdenken, das muss im Bewusstsein der Aktiven verankert werden. Dabei spielt auch der verbal-gewaltfreie Umgang miteinander eine wichtige Rolle. Ein gelöster Konflikt führt zu Liebe und Frieden. In den 80iger Jahren wurde man mit Themen wie innerem Frieden noch belächelt. Das ist heute schon anders. Es geht auch um die Frage, wie man Konflikte vermeiden und aus der Gewaltspirale aussteigen kann. Ich kann nicht verhindern, dass gespalten wird, aber die Konsequenz darf nicht sein, nichts zu tun. Ich möchte Solidarität und gemeinschaftsorientiertes Denken durch meine Arbeit fördern. Dabei ist es wichtig zu erkennen, wo die Grenzen einer sinnvollen persönlichen Auseinandersetzung liegen. Man geht auch nicht zum Löwen und fragt „Bist du auch Vegetarier?". Bei gewalttätigen Menschen muss man sich auch mal umdrehen und gehen. Das ist immer eine Gratwanderung.

Bist du auch außerhalb des Instituts aktiv?

Ja, in unterschiedlichenen Bereichen. Ich war bei Pax Terra Musica dabei, gehe auf Friedenstagungen und schreibe für das Online-Magazin Rubikon. Dort bin ich auch als Ombudsfrau, d.h. als Schlichterin aktiv, um von Anfang an dazu beizutragen, eine Spaltung zu verhindern.

Wo liegt in Deinen Augen das größte Risiko für den Frieden?

Ehrlich gesagt: im eigenen Inneren. Bin ich nicht in der Lage, mich selbst zu hinterfragen und an Konflikten zu wachsen, kann ich es im Außen nicht erwarten. Bin ich in irgendeiner Form von mir selbst getrennt, also gespalten, ist das Risiko von unfriedlichen Reaktionen enorm. Und Trennlinien im Innern wie im Äußeren gibt es mehr als genug. Viele Menschen werden von Angst getrieben. Angst, den Job zu verlieren, Angst vor Existenzbedrohung, Angst davor, an dieser schlechten Welt nichts verbessern zu können. Angst macht inaktiv.

Und die größte Chance – wo siehst Du die?

Man kann viel Spass daran haben, sich für etwas wirklich Schützenswertes einzusetzen. Die Vision, dass die Menschen trotz Streit lernen, miteinander harmonisch umzugehen, finde ich klasse. Durch Streit lernt man Versöhnung und Verzeihen. Jeder gelöste Konflikt bedeutet einen wichtigen Schritt in Richtung Frieden.

Dann weiter erfolgreiches Streiten und Versöhnen! Danke für das Gespräch.

Grit Hallal

Geboren 1965 in Potsdam, wohnhaft in einer WG in Brieselang bei Berlin und in Pramet in Oberösterreich. Die gelernte Köchin mit Abitur, Studium von BWL, VWL und Grosshandelstechnologie sowie Fortbildung in Richtung Persönlichkeitsentwicklung hat ihre Hobbys weitgehend zum Beruf gemacht.

Verstehst Du Dich als Friedensaktivistin?

Ja! Und das auch hauptberuflich, denn bei mir verschmelzen privates und berufliches Leben in eines. Wir bombardieren die Länder, beuten sie wirtschaftlich aus, aber die Mehrheit beschäftigt sich mit Bundesliga. Und dann wundert man sich, dass Menschen zu uns kommen und sagen, unser Land ist nicht mehr bewohnbar. Unsere ganze Wirtschaftsordnung ist auf Krieg ausgelegt, daher gibt es die Probleme in der Welt. Zu erklären, wie das alles zusammenhängt,

was durch unser Wirtschaftssystem passiert, ist ein erheblicher Teil meiner Arbeit. In unseren Projekten greifen wir viele dieser Themen auf.

Wer sind „wir“?

Wir, das ist der Verein „Lernsinn Erlebbar“, den ich initiiert habe und zu dessen Vorstand ich gehöre. Wir sind 15 aktive Mitglieder, die alle mitarbeiten. Das ist aber nicht „nur“ ein Ehrenamt, sondern ein gemeinnütziger Zweckbetrieb, den wir seit kurzem unter dem Namen www.gemeinwohl-in-der-karriere.de in der Öffentlichkeit präsentieren, und unter dem sich drei Projekte -„Lernsinn erlebbar“, „Arbeitssinn erlebbar“ und unser Bioladen - vereinen. Dort sind wir konkret friedenspolitisch aktiv.

Inwiefern?

Es geht uns darum, dass Menschen Sinnvolles für andere tun und dabei ihre eigene Berufung leben können. Wir bieten berufliche Orientierung für Menschen vor und nach dem Schulabschluss, leisten Aufklärungsarbeit zur Demokratiebildung und fördern im Rahmen unserer Projekte wichtige Themen wie die Gemeinwohlökonomie und den Frieden.

Geht das auch etwas konkreter? Könntest du mir ein Beispiel für ein Projekt nennen?

Na klar! In unserem Bioladen machen wir gemeinsame Aktionen mit Menschen – geflüchteten und hier schon länger wohnhaften – und das jeden Nachmittag von 16.30 bis 18 Uhr. Da wird zusammen gekocht aus natürlichen, teilweise selbst in der Natur geernten Rohstoffen zur Selbstversorgung, oder auch gebastelt – Stichwort Upcycling -, um kostbare Rohstoffe wieder zu verwerten. Solches gemeinsames Tun ist auch Friedensarbeit, es geht dabei darum, Brücken zu bauen, der Spaltung entgegenzuwirken, Verständigungsschwierigkeiten und Berührungsängste abzubauen. Und das Upcycling kommt ja im Sinne des nachhaltigen Wirtschaftens der Allgemeinheit wieder zugute. Es war eine spontane Idee, die wir dann umgesetzt haben. So entstehen unsere Projekte: Vorhandenes wird aufgegriffen, kombiniert, vernetzt. Das ist etwas, worin ich auch meine eigene Berufung sehe, nämlich Menschen und Maßnahmen miteinander zu vernetzen.

Grit Hallal

Warum ist dir die Gemeinwohlökonomie (GWO) ein besonderes Anliegen?

Das hat wohl auch mit meiner Sozialisierung in der DDR zu tun. In der DDR gab es starke Solidarität und Kooperation – wie in der GWO. Man hat auf den Nachbarn geachtet, so zum Beispiel der alten Frau von nebenan die grade verfügbaren Orangen mitgebracht, damit die sich nicht extra anstellen musste. Auch unser damaliges Erfassungssystem von Sekundärrohstoffen und der Altstoffhandel werden jetzt im Westen wieder neu erfunden. Bei uns gab es Wiederverwertung von allem Möglichen, es wurde nur wenig weggeschmissen - was im Gemeinwohlsinne ja absolut notwendig ist.

Die heutige Wirtschaft. Kapitalismus bzw. Neoliberalismus ist Entartung. Es steht nur das Geld im Mittelpunkt, nicht der Sinn. Die GWO stellt die Wirtschaft auf gesunde Füsse, so dass die Bedürfnisse von Menschen, Gesellschaft und Natur wieder im Mittelpunkt stehen. Die Wirtschaft wird dem Ganzen entsprechend unter- bzw. eingeordnet.

Was tut Ihr zur Förderung der GWO?

In Berlin haben wir jeden Dienstag einen Beratungstag im Bereich persönliche Potentialentfaltung und Gemeinwohl in der Karriere. Denn es ist ja gar nicht so einfach, Gemeinwohl zu leben. Ich muss erst mal bei mir selbst anfangen und schauen, ob es funktioniert. Zeige ich mit einem Finger auf einen Konzern, zeigen drei Finger auf mich zurück. Wer bei der Supermarktkette einkauft, muss sich über den Erfolg der Ketten nicht wundern. Man ist ja dann Teil des Systems und stärkt es immer wieder. Unser Ziel ist es, Menschen zu unterstützen, dass sie ihre Berufung leben.

Psychologisch wurde inzwischen nachgewiesen, dass diejenigen, die die vier großen S leben können, also Selbstverwirklichung, Selbstermächtigung, Selbstwirksamkeit und Selbstverantwortung, einen deutlich geringeren Konsumbedarf haben. Man braucht eben kein geiles Auto oder eine Schiffsreise auf ökologischen Supermonstern, um sich gut zu fühlen. Die Menschen zu ermutigen, die großen S in ihrem Leben zu stärken, ist ein Weg zu nachhaltigerem Verbrauch und damit auch zu mehr Frieden in der Welt, davon bin ich überzeugt. Man kann den Kapitalismus so gewissermaßen aushungern. Ihm das Geld zu entziehen ist ein weiterer Weg.

Geld entziehen heisst was?

Ich arbeite seit 2013 wo immer möglich tauschorientiert. Wir haben bei uns im Verein das „Gib- und Nimm-Coaching“ nach Heidemarie Schwärmer, die 10 Jahre ohne Geld gelebt hat, eingeführt. So kommen wir weg vom Geld. Die Menschen erhalten Unterstützung, uns geht es gut dabei, aber wir achten auf Wertausgleich, der nicht unbedingt direkt erfolgen muss. Können sich Menschen eine Unterstützung gerade nicht leisten, bleiben sie in ihrer Situation, im Unfrieden gefangen. Das ist negativ. Darum haben wir im Verein beschlossen, dass auch ein Ausgleich auf Zeitbasis möglich sein soll. Das wurde uns vom Finanzamt bestätigt.

2016 habe ich auf der Gemeinwohlwoche in Oberösterreich dann den Obmann des Vereins WIR GEMEINSAM kennengelernt. Und da es bei uns so viel geworden ist, wollte ich die WG Konzepte für uns übernehmen. Nachbarschaftshilfe, Regionalwirtschaft – also regionale Unternehmen unterstützen statt der multinationalen Konzerne -, Zeittauschen mithilfe von WIR-Stunden – das hat mich überzeugt. Bis dato hatten Komplementärwährungen in Berlin keinen wirklichen Erfolg, es fehlten die Unternehmen dafür, die aber genauso Bedarf an Unterstützung haben. Und sie sind auch daran interessiert, dass es den Menschen in ihrer Region gut geht. So entstand die Regionalgruppe Berlin von WIR GEMEINSAM. Gerade kleine Unternehmen wollen sich mehr gesellschaftlich engagieren, haben aber kaum Zeit und zu wenig Geld. Das Engagement-Problem lässt sich durch WIR GEMEINSAM und die Gemeinwohlökonomie lösen. Man kann sich in kleine überschaubare Projekte einbringen und so aktiv zur Verbesserung der Gesellschaft beitragen.

Viel Erfolg bei Eurer Arbeit! Danke für das Gespräch.

Autor:

Andrea Drescher

Unternehmensberaterin & Informatikerin, Selbstversorgerin & Friedensaktivistin – je nachdem was gerade gebraucht wird. Seit 2016 bei Free21 als Schreiberling und Übersetzerin mit im Team.

‹http://www.free21.org/?p=28706›

Foto: danielo/Shutterstock.com

Besetztes Land

Vor 100 Jahren versprach Großbritannien den Juden das Land der Palästinenser.

von Rolf Verleger

Der Konflikt zwischen jüdischen Israelis einerseits und muslimischen und christlichen Palästinensern andererseits darüber, wem das Land gehört, ist und bleibt der Kernkonflikt im konfliktreichen Nahen Osten. In wenigen Tagen, am 2. November 2017, wird dieser Kernkonflikt 100 Jahre alt. Er ist ein vielschichtiges Erbe Europas — des Zarenreichs, das seine jüdische Minderheit diskriminierte und sie damit in Auswanderung und Rebellion trieb, Großbritanniens, das dieses Problem für seine eigenen Pläne ausnutzte, und schließlich Deutschlands, das die Juden Europas systematisch umbrachte. Der 2. November 2017 erinnert an die Rolle Großbritanniens.

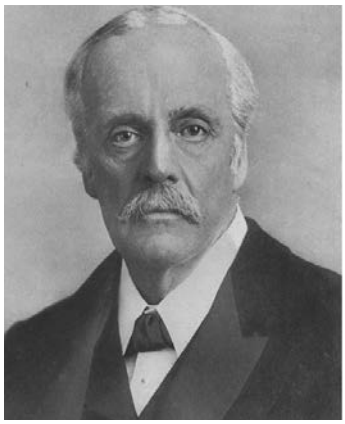
Denn am 2. November 1917, mitten im Ersten Weltkrieg, verkündete die britische Regierung nach monatelangen Beratungen und öffentlichen Kontroversen: „Die Regierung Seiner Majestät betrachtet die Einrichtung eines nationalen Heims in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird ihre besten Bestrebungen einsetzen, um das Erreichen dieses Ziels zu ermöglichen."

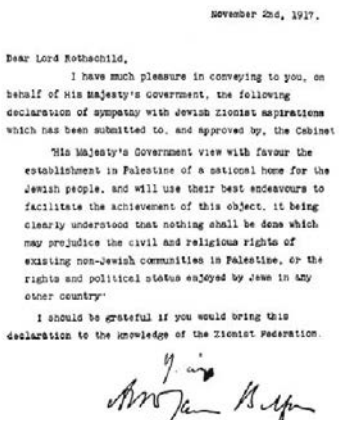
Dies ist die Hauptaussage der Balfour-Deklaration, benannt nach dem damaligen Außenminister Arthur James Balfour (1848-1930).

Großbritanniens Motive für die Balfour-Deklaration

Die Motive waren vielschichtig; wichtig waren wohl diese: 1. Abwehr von Flüchtlingen, 2. Englands imperiale Politik, 3. Abwehr des Bolschewismus und 4. der anglikanische Zionismus.

1. Abwehr von Flüchtlingen: Nachdem seit 1880 über 100.000 jüdische Flüchtlinge aus dem Zarenreich in Großbritannien angekommen waren [1], formierte sich 1902 die nationalistische British Brothers' League („England for the English!"). Sie erreichte 1905 ein restriktives Einwanderungsgesetz [2] und bereits 1903, dass die britische Regierung Herzls zionistischer Bewegung mit dem sogenannten „Uganda-Plan" einen Landstrich in Kenia als jüdische Heimstätte anbot, um die Flüchtlinge umzulenken. Das lehnte die zionistische Bewegung nach anfänglichen Erwägungen letztlich ab. Es blieb den Juden aus dem Zarenreich als Auswanderungsziel Amerika, besonders die USA: Etwa zwei Millionen europäische Juden, die meisten aus dem Zarenreich, wanderten zwischen 1880 und 1914 dorthin aus. Der Erste Weltkrieg unterbrach diese Auswanderung, und Großbritannien musste daher befürchten, wieder Ziel einer Flüchtlingswelle aus dem revolutionären, in Bürgerkrieg und Pogrome verstrickten Russischen Reich zu werden.





November 2nd, 1917.

Dear Lord Rothschild,

I have much pleasure in conveying to you, on behalf of His Majesty's Government, the following declaration of sympathy with Jewish Zionist aspirations which has been submitted to, and approved by, the Cabinet

'His Majesty's Government view with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, and will use their best endeavours to facilitate the achievement of this object, it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine, or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country'

I should be grateful if you would bring this declaration to the knowledge of the Zionist Federation.

Lord Balfour und seine Deklaration

2. Imperiale Politik: Der Reichtum Großbritanniens hing an seinen Kolonien, besonders am riesigen Indien. Der Handelsweg nach Indien führte durch das Mittelmeer über die britischen Stationen Gibraltar, Malta und Zypern sowie durch den Sueskanal. Ägypten war bereits britische Halbkolonie, und es war wichtig für Großbritannien, auch das östliche Hinterland des Kanals abzusichern: Palästina, das zum Osmanischen Reich gehörte. Die Zerschlagung dieses Reichs war ein Hauptziel für Großbritannien [3] im Ersten Weltkrieg. In Absprache mit Frankreich – 1916 durch das Sykes-Picot-Abkommen – wurde dieses Ziel nach Kriegsende durch den Völkerbund besiegelt.

3. Abwehr des Bolschewismus: Winston Churchill schrieb 1920 in einem Zeitschriftenbeitrag [4]: Die Juden hätten der Welt das Beste gegeben – das Christentum – und gäben ihr nun das Schlechteste – den Bolschewismus: alle führenden Sozialisten, besonders in Russland, seien jüdisch, außer Lenin. Man müsse diese Gefahr bekämpfen, indem man im Judentum die Neigung zum Sozialismus durch einen gesunden Nationalismus ersetze – den Zionismus. Churchill stand mit dieser Meinung unter den englischen konservativen Politikern nicht allein. (Dass kurze Zeit später, nach Lenins Tod, der Georgier Stalin seine Alleinherrschaft dadurch sichern würde, dass er alle anderen Führungspersonen, Juden wie Nichtjuden, umbrachte und dadurch eindeutig klar wurde, dass der Bolschewismus keine jüdische Macht war, konnten diese englischen Politiker nicht vorausahnen.)

4. Anglikanischer Zionismus: In der reformierten anglikanischen Kirche war die „evangelikale" Idee weit verbreitet, dass sich Juden zum Christentum bekennen würden, wenn sie alle in „ihr" Land zurückgekehrt seien, und dass dann Jesus Christus wiederkehren würde (s. dazu Shlomo Sand in Die Erfindung des Landes Israel). David Lloyd George [5], Premierminister 1916-1922 und treibende Kraft der Balfour-Deklaration, war als gläubiger Evangelikaler aufgewachsen.

Gemäß der Deklaration ließ sich Großbritannien 1922 nach Ende des Ersten Weltkriegs ein Mandat des Völkerbunds für dieses Gebiet des Osmanischen Reichs geben, das das heutige Israel, das Westjordanland und den Gazastreifen umfasst, zum Aufbau der Jüdischen Heimstätte. Dies war im weiteren Verlauf ausschlaggebend für die Gründung des Staates Israel 1948 auf einem Teilgebiet dieses Mandats.

Rolle von Juden bei der Balfour-Deklaration

Bei weitem nicht alle Juden befürworteten damals die Deklaration, jedoch konnten in England die Befürworter ihren Einfluss wirksam durchsetzen. Adressat der Dekla-

ration war die zionistische Bewegung, die sich unter Juden im Zarenreich ab 1881 organisierte und 1897 durch den umtriebigen und gut vernetzten Wiener Journalisten Theodor Herzl als „Zionistische Weltorganisation“ ihre politische Form fand.

Repräsentant der zionistischen Bewegung in England war der im Zarenreich geborene Chemieprofessor Chaim Weizmann. Wichtiger Wegbereiter der Deklaration war Herbert Samuel, jüdisches Mitglied der britischen Regierung 1909-1916. Er entwarf bereits 1914 ein Memorandum The Future of Palestine: Aus den Gebieten des Osmanischen Reichs solle ein jüdischer Staat entstehen; dies sei aber noch nicht durchsetzbar, da die muslimische Bevölkerungsmehrheit nicht von einer jüdischen Minderheit regiert werden könne; daher sei eine britische Oberhoheit über dieses Land sinnvoll, bis so viele Juden eingewandert seien, dass sie Autonomie bekommen könnten. Samuel wurde 1922 der erste Hohe Kommissar Großbritanniens im Mandatsgebiet Palästina.

Gegner der Deklaration waren der Vorsitzende des Zentralrats britischer Juden David Lindo Alexander sowie der Begründer des Reform-Judentums in Großbritannien und der World Union of Progressive Jews Claude Montefiore. Sie stellten sich im Mai 1917 in einem gemeinsamen Artikel in der Londoner Times gegen den politischen Zionismus und warnten davor, jüdische Siedler in Palästina mit Sonderrechten gegenüber der arabischen Bevölkerung auszustatten. Der Artikel wurde drei Wochen später von einer knappen Mehrheit im Zentralrat missbilligt, Alexander musste zurücktreten. Aber auch Minister Edwin Montagu, ein Cousin Herbert Samuels und seit Juli 1917 britisches Regierungsmitglied, war entschieden und leidenschaftlich gegen die Deklaration [6], weil ein „Heimatland Palästina“ Juden in ihren eigentlichen Heimatländern zu Ausländern mache, weil es zu Benachteiligung und Vertreibung der Bevölkerung in Palästina führe und weil es borniert, selbstbezogene Tendenzen im Judentum fördere.

Aufgrund seiner Intervention wurde die Balfour-Deklaration so formuliert, „dass nichts getan werden wird, das den bürgerlichen und religiösen Rechten bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder den Rechten und dem politischen Status, den Juden in jedem anderen Land genießen, abträglich ist.“

Die Folgen

Leider waren diese Klauseln langfristig nicht wirksam: Vielmehr geschah im Folgenden sehr viel, das den Rechten der arabischen Bevölkerung in Palästina abträglich war. Es geschah im Folgenden auch sehr viel, das den Rechten der Juden in „jedem anderen Land“ abträglich war: Große Teile des europäischen Judentums wurden vernichtet. Dies war zwar keine Folge der Balfour-Deklaration, aber die Existenz der jüdischen Heimstätte im Heimatland der arabischen Bevölkerung erwies sich auch nicht als ein Schutz dagegen, vor allem weil der Widerstand der einheimischen Bevölkerung gegen die von ihnen als kolonialistische Übernahme wahrgenommene jüdische Einwanderung die britische Mandatsmacht zu massiven Beschränkungen dieser Einwanderung zwang – genau zu der Zeit von 1933 bis 1945, in der sie am nötigsten gewesen wäre.

Ein trauriger Höhepunkt als Folge der Balfour-Deklaration war mit Ende der britischen Mandatsherrschaft die Naqba 1947/48, die Vertreibung und Enteignung von ca. 750.000 arabischen Menschen durch den neuen jüdischen Staat.

Wer’s genauer wissen möchte...

Mein gerade erschienenes Buch [7] geht ausführlich auf dieses Thema und die Hintergründe ein. Einen Schwerpunkt des Buchs bilden die Ereignisse im Zarenreich von 1881 bis 1917, denn dort lebte die Mehrheit aller Juden, in diskriminiertem Status, und von dort kommen alle relevanten Strömungen: Zionismus, Auswanderung in die USA, nationalreligiöse Erlösungssehnsucht, Sozialismus, und – durch die Auswanderung nach Mittel- und Westeuropa und durch die Assoziation von Juden zum Sozialismus – der Antisemitismus des 20. Jahrhunderts.

Die britischen „Independent Jewish Voices“ haben eine aktuelle kritische Bewertung der Balfour-Deklaration gefilmt: Vorschau [8] und der 24-minütige Film [9]. Auf Mondoweiss [10] ist der Film besprochen.

Der jetzige Earl of Balfour, Urenkel von A.J. Balfours Bruder, schrieb im Februar 2017 einen Brief an die New York Times [11], in dem er – zu Unrecht – humanistische Motive als Hauptgrund der Balfour-Deklaration benennt, aber auch – völlig zu Recht – darauf hinweist, dass unter humanistischen Gesichtspunkten die aus der Deklaration entstandene Lage dringend geändert werden müsse.

Quellen:

[1] Wikipedia, „History of the Jews in England“, *<https://en.wikipedia.org/wiki/History_of_the_Jews_in_England>*

[2] Wikipedia, „Aliens Act 1905“, *<https://en.wikipedia.org/wiki/Aliens_Act_1905>*

[3] Wikipedia, „Schlacht von Gallipoli“, *<https://de.wikipedia.org/wiki/Schlacht_von_Gallipoli>*

[4] Wikisource, Winston Leonard Spencer Churchill, „Zionism versus Bolshevism“, am 08.02.1920, *<https://en.wikisource.org/wiki/Zionism_versus_Bolshevism>*

[5] Wikipedia, „David Lloyd George“, *<https://en.wikipedia.org/wiki/David_Lloyd_George>*

[6] Jewish Virtual Library, Edwin Montagu, „Anti-Semitism: Mantagu Memo on the Anti-Semitism of the British Government“, am 23.08.1917, *<https://www.jewishvirtuallibrary.org/montagu-memo-on-british-government-s-anti-semitism>*

[7] Westend Verlag, Rolf Verleger, „Hundert Jahre Heimatland?“, am 02.10.2017, *< http://tinyurl.com/yb6q962b >*

[8] YouTube, „Independent Jewish Voices: 100 Years After Balfour TRAILER“, am 08.10.2017, *<https://youtu.be/_X68sFudlfg>*

[9] YouTube, „Independent Jewish Voices: 100 Years After Balfour FULL FILM“, am 08.10.2017, *<https://youtu.be/a2Y3Pllutjo>*

[10] MONDOWEISS, Philip Weiss, „‘A blot on Judaism, Jewish history and ethics‘ – British Jews regret the Balfour Declaration“, am 10.10.2017, *<http://tinyurl.com/yblrpl3r>*

[11] The New York Times, Roderick Balfour, „Trump’s Turn on the Mideast Road“, am 16.02.2017, *<https://www.nytimes.com/2017/02/16/opinion/the-presidents-turn-on-the-mideast-road.html>*

Autor:

Rolf Verleger

Jahrgang 1951, ist Psychologe und war bis 2017 Professor an der Universität zu Lübeck. Er ist Sohn zweier Überlebender der Vernichtung des europäischen Judentums. Von 2005 bis 2009 war er Mitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland. Seitdem engagiert er sich für Gerechtigkeit in Palästina, ist Mitglied der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ und Mitgründer und Vorsitzender des „Bündnis zur Beendigung der israelischen Besatzung“. Zuletzt erschienen von ihm „Israels Irrweg. Eine jüdische Sicht“ sowie „100 Jahre Heimatland? Judentum und Israel zwischen Nächstenliebe und Nationalismus“.

Dieser Text wurde zuerst am 31.10.2017 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/besetztes-land› veröffentlicht. Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH (CC-BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=28542›

Publiziert auf Free21 am 04.12.2017, 11:52 Uhr. Original von Rolf Verleger erschienen auf ‹www.rubikon.news›.

Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Druck-Abonnent erhält je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite der kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Druck-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Druck-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber Name, Vorname:

Abweichende Lieferanschrift:

Str., Nr.:

Name

PLZ, Ort:

Str., Nr.:

E-Mail:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Am Entenpfuhl 4, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2018: 15.2.18/15.4.18/15.6.18/15.8.18/15.10.18/15.12.18

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2018 gedruckt. Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare werden ca. 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Druck-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Druck-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.

Das Free21-Prinzip:

Die Geschenkidee: Ein **Free21**-Abo

Abo Free21

www.Free21Abo.de

Free21

Wir suchen noch ehrenamtliche

Verstärkung für das Free21-Team:

Du bist kritisch, skeptisch, sattelfest in Rechtschreibung und dazu noch misstrauisch? Dann bist Du für uns der/die geborene

Researcher/in

Bevor wir Artikel layouten und veröffentlichen, prüfen und korrigieren unsere Researcher die Texte unserer Autoren sowie die Links und Quellen auf Verfügbarkeit und sachliche Richtigkeit.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: research@free21.org

Wir wollen auch nicht deutschsprachige Menschen bei ihrer Meinungsbildung unterstützen und einen Teil unserer Artikel in anderen Sprachen publizieren. Um das zu schaffen, benötigen wir Eure Unterstützung.

Dafür suchen wir ehrenamtliche

Übersetzer/innen

sprachlich versiert sowie mit guten stilistischen und orthografischen Fähigkeiten.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: translate@free21.org